

OBS-Arbeitsheft 87



Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars

„Die Griechen provozieren!“

**Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über
die griechische Staatsschuldenkrise**

**Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2016**

OBS-Arbeitsheft 87
ISSN-Print 1863-6934
ISSN-Online 2365-2314

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 6693-2810
Fax: 069 6693-2786
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autor*innen:

Prof. Dr. Kim Otto
Professor für Wirtschaftsjournalismus
Universität Würzburg
Kontakt: kim.otto@uni-wuerzburg.de

Andreas Köhler, M. A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Professur für Wirtschaftsjournalismus
Universität Würzburg
Kontakt: andreas.koehler1@uni-wuerzburg.de

Kristin Baars, B. A.
Wissenschaftliche Hilfskraft
der Professur für Wirtschaftsjournalismus
Universität Würzburg

Redaktion:
Benedikt Linden
Otto Brenner Stiftung

Lektorat:
Dr. Sabine Giehle
TEXT + FAKT, Mainz
www.text-und-fakt.de

Satz und Gestaltung:
www.complot-mainz.de

Titelbild:
Collage: com.plot, Foto: Fotolia

Druck:
mww.druck und so ... GmbH, Mainz-Kastel

Redaktionsschluss:
29. Juli 2016

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei herunterzuladen.

Die Texte der Otto Brenner Stiftung verwenden eine gendersensible Sprache. Es werden entweder geschlechtsneutrale Bezeichnungen gebraucht (z. B. Mitarbeitende) oder auf die Schreibweise mit Gender-Sternchen zurückgegriffen (z. B. Bürger*innen). Diese Schreibweise betont die soziale Konstruktion von Geschlecht und die Vielfältigkeit von Geschlechtsidentitäten.

Vorwort

„Die Halbstarken von Athen“ („WAZ“), „Keine weiteren Milliarden für die gierigen Griechen!“ („Bild“) – Schlagzeilen wie diese prägten den Sommer 2015. Der Streit zwischen der Linksinregierung in Griechenland und ihren europäischen Gläubigern – vor allem der Bundesregierung – war voll entbrannt. Entsprechend prominent war das Thema in den deutschen Nachrichten präsent. Aber es regte sich auch schnell Kritik an der Art der Berichterstattung. Ein großer Teil der Bevölkerung stand der Berichterstattung vieler deutscher Medien zur griechischen Staatsschuldenkrise kritisch gegenüber und fühlte sich schlecht informiert. Als symptomatisch wurde angesehen, was der ARD-Korrespondent in Brüssel, Rolf-Dieter Krause, in einer Sendung bei Frank Plasberg („hart aber fair“) sagte: „Jetzt kommen aber diese Jungs von Syriza und führen Europa am Nasenring durch die Manege. (...) Wer so vorgeht, gehört zum Teufel gejagt.“

Der Vorwurf der einseitigen Darstellung eines so wichtigen politischen Ereignisses ist aus mehreren Gründen schwerwiegend: Erstens machen Krisen-Zeiten eine besonders kompetente Berichterstattung notwendig. Um sich eine eigene Meinung bilden zu können, müssen die Bürger*innen umfassend und ausgewogen über die Sachverhalte und die politischen Alternativen, die zur Entscheidung stehen, informiert werden. Zweitens reiht sich diese Kritik ein in den Kontext eines allgemeinen Verlustes des Vertrauens in die mediale Berichterstattung. Doch dieser Vertrauensverlust führt nicht nur zu fundierter, begründeter Kritik, die als Korrektiv der Entwicklung dienen könnte. Auch die „Lügenpresse“- und „Gleichschaltung“-Rufer – unerträglich historisch parallelisierend und pauschalisierend – bekommen damit neuen Auftrieb. Viele Redakteur*innen und Redaktionen reagieren mit Abwehr, ein Verhalten, das dann häufig selbst pauschal weiter gegen Kritik immunisiert.

In dieser vertrackten Situation erscheint es der Otto Brenner Stiftung umso wichtiger, die Polarisierung in der Medienkritik zu durchbrechen: weder sollten bedenkliche Entwicklungen, verursacht durch persönliche Verfehlungen und strukturelle Defizite, in der Medienbranche eine pauschale Verurteilung der dort arbeitenden Menschen und „der“ Presse zur Folge haben. Noch darf die Lautstärke der rechtspopulistischen und verschwörungstheoretischen Rufer zum Verzicht auf (auch durchaus radikale) Medienkritik führen. Im Gegenteil: Mehr denn je bedarf es nun sachlicher und gut argumentierender Kritik, die auf der Sorge vor dem Verlust der für eine Demokratie so wichtigen Kontrollfunktion der Medien gegenüber den Mächtigen in Wirtschaft und Politik beruht. Nur so können Fehlentwicklungen präzise benannt, diejenigen in der Medienbranche, die tatsächlich keinerlei Verantwortung für Fehlleistungen trifft, vor pauschaler Kritik geschützt und notwendige Ansatzpunkte für Veränderung aufgezeigt werden.

Vor diesem Hintergrund legt die OBS eine breit angelegte Untersuchung über die Berichterstattung der wichtigsten öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen im deutschen Fernsehen zur griechischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2015 vor. Untersucht wurden die täglichen Hauptausgaben von „Tagesschau“ und „heute“ sowie die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ zum Thema Griechenland. Die Autor*innen unserer Studie haben bereits für die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 in wichtigen deutschen Tageszeitungen sowie im Internet-Portal Spiegel Online (SPON) untersucht. Ein Ergebnis: Die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise war wenig tiefgründig und stark wertend.

Unsere OBS-Studie, die auf eine einzigartige Fülle an empirischem Material zurückgreifen kann, identifiziert ebenfalls erhebliche Probleme in der Qualität der TV-Berichterstattung. Während die Berichterstattung der Nachrichtensendungen die Relevanz des Themas angemessen widerspiegelte und hier auch das Kriterium der Vielfalt erfüllt wurde, zeigten sich Mängel bei den Kriterien der Neutralität, der Ausgewogenheit und der analytischen Qualität. Die Berichterstattung blieb im Untersuchungszeitraum auf ganz wenige Themen fokussiert, Journalist*innen ließen oft eigene Bewertungen in Nachrichten und Berichte einfließen und die Tonalität über alle Beiträge hinweg war deutlich zuungunsten der Position der griechischen Regierung. Der in vielen öffentlichen Debatten formulierte Eindruck der einseitigen Berichterstattung wird von der vorliegenden Studie also (teilweise) empirisch untermauert. Aufgrund der festgestellten Verfehlungen bei zentralen Qualitätskriterien müssen sich die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen fragen lassen, ob sie immer ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und ihrem journalistischen Anspruch gerecht werden.

Ein funktionierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für die gelebte Vielfalt einer engagierten Zivilgesellschaft und die Stabilität eines demokratischen Gemeinwesens von überragender Bedeutung. Ausgewogenheit, Neutralität und Tiefe in der Berichterstattung sind wichtig und müssen garantiert werden. Wir hoffen, dass unsere Studie einen Teil dazu beiträgt, dass über belegbare Defizite wieder fair gestritten wird und sie konstruktive Bemühungen unterstützt, aus erkannten Fehlern zu lernen und besser zu werden in der Berichterstattung – auch und besonders über Griechenland-Krise und Euro-Debatte hinaus.


Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im Juli 2016

Inhalt

1	Einleitung.....	5
2	Stand der Forschung.....	9
2.1	Fernsehnachrichten und Qualität	9
2.2	Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen	11
3	Qualität in Fernsehnachrichten	14
3.1	Fernsehnachrichten in Deutschland	14
3.2	Qualitätskriterien für Fernsehnachrichten	16
4	Forschungsdesign	26
4.1	Zielsetzung und Fragestellungen	26
4.2	Methode	27
4.3	Operationalisierung/Erläuterung von Begrifflichkeiten und Konzepten	27
4.4	Materialbasis	31
4.5	Durchführung	34
4.6	Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung.....	34
5	Ergebnisse der Untersuchung	37
5.1	Relevanz des Themas	37
5.2	Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung.....	45
5.3	Ausgewogenheit in der Berichterstattung	47
5.3.1	Akteursausgewogenheit	48
5.3.2	Bewertungsausgewogenheit	57
5.4	Neutralität der Berichterstattung	77
5.5	Analytische Qualität der Darstellung der griechischen Reformagenda in der Berichterstattung.....	83
5.5.1	Politikfelder in der Nachrichtenberichterstattung	84
5.5.2	Berichterstattung über konkrete Reformvorschläge.....	90
5.5.3	Andere Themen im Fokus der Berichterstattung	97

6	Zusammenfassung der Ergebnisse	103
6.1	Ergebnisse für die gesamte Nachrichtenberichterstattung	103
6.2	Vergleich der untersuchten Nachrichtensendungen	106
6.3	Schlussfolgerungen	110
	Anhang	111
	Literaturverzeichnis.....	112
	Tabellarischer Anhang	115
	Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen.....	123
	Hinweise zu den Autor*innen	126

1 Einleitung

Die griechische Staatsschuldenkrise war im Jahr 2015 eines der zentralen Themen der Fernsehberichterstattung in Deutschland. Nach der Flüchtlingskrise wurde über kein Thema so intensiv berichtet (Krüger/Zapf-Schramm 2016: 85). In mehr als jeder dritten Nachrichtensendung von ARD und ZDF wurde die griechische Staatsschuldenkrise thematisiert. In über 19 Stunden befassten sich die Nachrichtensendungen im Jahr 2015 mit dem Thema. Daran ist die hohe Relevanz der griechischen Staatsschuldenkrise für die Berichterstattung in der deutschen Nachrichtenberichterstattung erkennbar. Das lag sicher auch an den Ereignissen in Griechenland.

Nachdem Griechenland aufgrund seiner hohen Staatsverschuldung und eines hohen Haushaltsdefizites von über zwölf Prozent im Jahr 2009 die Zahlungsunfähigkeit drohte, beantragte das Land im Jahr 2010 Finanzhilfen internationaler Geldgeber. Daraufhin wurden von der Europäischen Zentralbank (EZB), der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) (auch „Troika“ oder „Institutionen“ genannt) in den folgenden Jahren Kredite und Bürgschaften im Umfang von mehreren Hundert Milliarden Euro vergeben. Diese Finanzhilfen waren an strenge Sparauflagen geknüpft.

Am 25. Januar 2015 wurden in Griechenland ein neues Parlament und eine neue Regierung gewählt. Das Linksbündnis Syriza um Parteichef Alexis Tsipras gewann die Wahl. Alexis Tsipras wollte die Sparauflagen der internationalen Geldgeber lockern, die Austeritätspolitik beenden, Privatisierungen zurückfahren und die Kreditvereinbarungen neu verhandeln (Ko-

tios 2015: 82). Die Regierung in Athen musste sich jedoch, um weitere Hilfen zu bekommen, zu Spar- und Reformauflagen sowie zur weiteren Zusammenarbeit mit EU, EZB und IWF bekennen. Am 24. Februar reichte die griechische Regierung eine Liste mit Reformen bei der EU ein, die grünes Licht für weitere Kreditauszahlungen bis Ende Juni gab. Bis dahin musste die griechische Regierung die Regierungen der EU-Staaten und den IWF von einer Verlängerung der Finanzhilfen überzeugen. In der Nacht zum 27. Juni 2015 brach Regierungschef Alexis Tsipras die Verhandlungen ab und setzte ein Referendum an. Die Griech*innen sollten über einen Reformentwurf der Institutionen EU, IWF und EZB abstimmen. In diesem Referendum wurde, bei einer Wahlbeteiligung von 62,5 Prozent, der Vorschlag mit 61,3 Prozent der gültigen Stimmen abgelehnt. In Folge des Abbruchs der Verhandlungen und der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage wurden Kapitalverkehrskontrollen mit deutlichen Belastungen der griechischen Bevölkerung und Wirtschaft eingeführt. Am 12. Juli 2015 einigten sich die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der Eurozone schließlich einstimmig auf Rahmenbedingungen für ein drittes Programm. Einige Mitglieder des Syriza-Bündnisses trugen den neuen Spar- und Reformkurs von Alexis Tsipras jedoch nicht mit. Er trat am 20. August 2015 von seinem Amt zurück. Am 20. September 2015 kam es zu Neuwahlen, welche wiederum das von Alexis Tsipras geführte Syriza-Bündnis gewann.

Deutschland nahm als größter Geldgeber innerhalb der Eurogruppe eine besondere Rol-

le im Konflikt mit Griechenland ein. Im zweiten Hilfspaket wurden 142,7 Milliarden Euro an Griechenland ausgezahlt. 11,8 Milliarden davon kamen vom IWF, die restlichen 130,9 Milliarden von dem europäischen Rettungsschirm. Nachdem Griechenland, Irland und Portugal als Bürgen ausfielen, stieg der deutsche Anteil auf etwa 29 Prozent – im Fall des zweiten Griechenland-Pakets entspricht das knapp 38 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2015).

In den Verhandlungen trat die deutsche Regierung hart für eine Reduzierung der Staatsverschuldung durch Einsparungen, Privatisierungen und Steuererhöhungen ein. Finanzminister Schäuble drohte zeitweise mit einem Euro-Austritt Griechenlands auf Zeit. Die Mehrheit der Eurostaaten im Minister*innenrat folgte der politischen Linie der deutschen Regierung, die zur Lösung der Staatsschuldenkrise auf Austeritätspolitik setzte. Die EU-Kommission und auch die französische Regierung wollten Griechenland auf jeden Fall im Euro halten und waren dementsprechend stärker zu Zugeständnissen bereit. Der IWF trat hart und streng gegenüber der griechischen Regierung auf und forderte weitreichende Strukturreformen als Grundlage für weitere Kredite.

Während des Jahres 2015 konnte ein Meinungsumschwung in der deutschen Bevölkerung beobachtet werden. Waren im Januar 55 Prozent der Deutschen für einen Verbleib Griechenlands im Euro und 33 Prozent dagegen, so wollten im Juni nur noch 41 Prozent, dass Griechenland den Euro behält, 51 Prozent waren dagegen. Diesen Meinungsumschwung zeigen Umfragen der Forschungsgruppe Wah-

len für das ZDF-Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen 2015). 70 Prozent der Befragten waren im Juni 2015 gegen weitere Zugeständnisse der EU an Griechenland. Betrachtet man Demoskopie als Messinstrument der öffentlichen Meinung (vgl. Otto 2001: 59; Raupp 2007: 53), so ist während des ersten Halbjahres die Zustimmung zu finanziellen Hilfen für Griechenland in der öffentlichen Meinung stark zurückgegangen. Die Akteure des Wirtschaftssystems, insbesondere aus der Finanzwirtschaft, und die Akteure aus dem politischen System verloren an Vertrauen in der Bevölkerung.

Die öffentliche Meinung wird durch Massenmedien maßgeblich beeinflusst. Verunsicherung in der Bevölkerung kann ihre Ursache demnach auch in der massenmedialen Berichterstattung haben. Nachrichtensendungen gelten als Herzstück der Informationssendungen im Fernsehen. Ihnen wird ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und größte Beachtung von der Öffentlichkeit entgegengebracht. Ihr „offiziöser Nimbus“ suggeriere eine neutrale und vollständige Berichterstattung (vgl. Faulstich 2008: 78). Über die Fernsehnachrichten wird ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeit hergestellt, durch welche die Bürger*innen am öffentlichen Diskurs beteiligt werden und sich eine Meinung über die relevanten Themen bilden können. Verbunden sind damit die Forderungen nach der Trennung von Nachrichten und Meinung, nach Verständlichkeit, kritischer Distanz, Hintergrundberichterstattung, Vielfalt und Ausgewogenheit, denn Fernsehnachrichten gelten als Teil der alltäglichen Kommunikationskultur (vgl. Meckel/Kamps 1998: 11; Faulstich 2008: 79).

Meinungsumschwung im Jahr 2015

Flaggschiffe der Nachrichtensendungen in Deutschland sind die „Tagesschau“ in der öffentlich-rechtlichen ARD sowie die Sendung „heute“ des öffentlich-rechtlichen ZDF. Die beiden Nachrichtensendungen erreichen täglich fast 13 Millionen Zuschauer*innen.

Die Berichterstattung der ARD stand in Wirtschaftskrisen zuletzt in der Kritik. „Es mangelt nach unseren Analysen an der Einhaltung von journalistischen Grundfertigkeiten“, fassten Arlt und Storz (2010: 151) ihre Untersuchung der ARD-Berichterstattung zu Krisenereignissen zusammen. Gäbler (2015) kritisierte die politischen Magazine in der ARD und dem ZDF und forderte mehr Hintergrundinformation und mehr Meinungsdebatten.

Dabei geht es für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk um die für ihn wesentliche Frage, ob er seinen gesetzlichen Auftrag erfüllt. Die Leistungsanforderungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind mehr oder weniger explizit in den Rechtsgrundlagen für den Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland formuliert: in der Verfassung, in den Landesrundfunkgesetzen und Rundfunkstaatsverträgen und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Der Rundfunk wird dabei als Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung betrachtet, der eine Reihe von Anforderungen erfüllen muss. Die Funktion der Meinungsbildung sieht der Gesetzgeber nur dann erfüllt, wenn die angebotenen Informationen „breit“, „vollständig“ und „ausgewogen“ sind (BVerfGE 12, 205).

Die gesetzlichen Vorgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die darin formu-

lierten Leistungsvorgaben sind die Grundlage seiner Existenzberechtigung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zur Ausgewogenheit verpflichtet. Dazu gehören das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung und die Verpflichtung zur Überparteilichkeit. Die Abbildung verschiedener Meinungen im Programm soll insgesamt ausgewogen sein. Diese Vorgaben gelten in besonderem Maße für Nachrichten und politische Sendungen. Außerdem sind die Nachrichtensendungen dem Gebot der Neutralität verpflichtet und sollen den Bürger*innen wesentliche Hintergrundinformationen zur Meinungsbildung liefern.

Im Mittelpunkt dieser Studie steht daher die Frage, wie über die griechische Staatsschuldenkrise in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks berichtet wurde. Hierzu zählen die Sendungen „Tagesschau“ und „heute“ sowie die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“, die bei besonderen Ereignissen die Hauptnachrichtensendungen ergänzen. Untersucht wird, ob die Anforderungen an Neutralität, Ausgewogenheit, Vielfalt und Hintergrundberichterstattung eingehalten wurden.

Dieser Ergebnisbericht führt zunächst in den Stand der Forschung zur Qualität von Fernsehnachrichten ein. Anschließend werden die relevanten Kriterien für Qualität im Fernsehen herausgearbeitet und erläutert. Als Grundlage wird zudem die Bedeutung von Fernsehnachrichten für Öffentlichkeit und Gesellschaft beschrieben. Darauf aufbauend werden die Zielsetzung und die Forschungsfragen der Studie detaillierter dargelegt.

*Leistungsanforderungen
an den Rundfunk*

Anschließend daran werden das Untersuchungsdesign und das methodische Vorgehen der Studie erläutert. Den größten Teil dieser Studie nimmt die Ergebnisdarstellung ein. Sie orientiert sich an den zentralen Forschungsfragen und beleuchtet die Berichterstattungsintensität, die Darstellung von Akteuren, die

Vermittlung von Meinungen und die Thematisierung der griechischen Reformpolitik. Im abschließenden Fazit werden die Erkenntnisse hinsichtlich der Fragestellungen systematisch zusammengefasst und die Bedeutung der Ergebnisse interpretiert und diskutiert.

2 Stand der Forschung

Im Folgenden soll der Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Untersuchungsobjekt dieser Studie, den Fernsehnachrichten, und zum Untersuchungsgegenstand, der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise, dargestellt werden. Dabei werden jeweils Studien und Ergebnisse herausgestellt, die die Qualität der Berichterstattung in den Fokus nehmen.

2.1 Fernsehnachrichten und Qualität

Die kommunikations- und politikwissenschaftliche Forschung hat kaum ein anderes journalistisches Produkt so intensiv beforscht wie die Fernsehnachrichten. Sie gelten als die Gattung mit der höchsten Reputation und der größten sozialen Relevanz. Das führte zu einem normativen Erwartungsdruck seitens der politischen Öffentlichkeit, weil die Fernsehnachrichten den öffentlichen Diskurs mitbestimmen. Die Frage nach der Qualität von Fernsehnachrichten wurde zu einem Hauptthema der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Journalismus im Fernsehen.

Zur Qualität von Fernsehprogrammen entwickelten u. a. Schatz und Schulz (1992) als Erste auf Grundlage einer Exegese von Gesetzestexten und Urteilen eine Systematik relevanter Qualitätskriterien für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Zentral sind die

- Vielfalt des Programms, die auf Strukturen, Inhalte, Akteure und Themen abzielt
- die Relevanz des Programms und der ausgewählten mediatisierten Botschaften sowie

- die Professionalität, die auf inhaltlicher Ebene insbesondere journalistische Professionalität meint und somit u. a. Sachgerechtigkeit, Ausgewogenheit, analytische Qualität und Neutralität beinhaltet.

Eine Reihe von Studien baut auf diesem Ansatz auf (vgl. Daschmann 2009). Eine Auswahl soll im Folgenden kurz vorgestellt werden.

- Eine Inhaltsanalyse der gesamten Nachrichtenangebote von ARD, ZDF, RTL und Sat.1 in zwei Kalenderwochen der Jahre 1992, 1998 und 2001 auf Grundlage der von Schatz und Schulz aufgestellten Kriterien von Qualität führte Maurer (2005) durch. Er kam zum Ergebnis, dass der Nachrichtenanteil, die Programm-, Format- und Themenvielfalt bei den öffentlich-rechtlichen Sendern erheblich höher ist als bei den privaten Sendern. Unter den Akteuren werden Regierungen und Regierungsparteien bevorzugt. Bei den Nachrichten von ARD und ZDF stammen jeweils 62 Prozent der O-Töne aus dem Regierungslager. Maurer überprüfte auch die Trennung von Nachricht und Meinung. Diese sei bei ARD und ZDF besser erfolgt als bei den privaten Fernsehsendern. In den Hauptnachrichten der ARD wurden 2001 in 16 Prozent der analysierten Beiträge explizite Bewertungen durch Journalist*innen vorgenommen, im ZDF in 29 Prozent der Fälle.
- Krüger (2015) untersuchte regelmäßig im Auftrag der ARD/ZDF-Medienkommission die Programme von ARD, ZDF, RTL, Sat.1 und Pro Sieben und wertete die Programm-

Intensiv beforscht

*Konvergenz und
Boulevardisierung*

schemata aus. Er maß den Nachrichtenanteil, aber auch die Anteile von Politik, Sport, Boulevard und anderen Themen im Programm. Er kommt dabei zu dem Befund, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihren Politikanteil langsam verringern und den privaten Sendern angleichen – der Anteil der Politikberichterstattung ist jedoch auch weiterhin dominierend bei ARD und ZDF.

- Eine ähnlich angelegte Studie erfolgt seit 1997 regelmäßig durch Weiß et al., die im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (vgl. ALM 2014) u. a. Aspekte der Nachrichtenqualität öffentlich-rechtlicher und privater Fernsehsender vergleichen. Auch hier stehen Programmschemata und Themengebiete im Mittelpunkt der Untersuchung, verglichen werden u. a. die Anteile von „politischer Publizistik“. Sie kommen zum Ergebnis, dass die politische Fernsehpublizistik im Ersten Programm der ARD ein deutlich größeres Gewicht hat als im ZDF. Die Differenz zwischen beiden Programmen beträgt fast eine Programmstunde pro Tag. In beiden öffentlich-rechtlichen Sendern ist der Anteil politischer Fernsehinformationen am Programm jedoch erkennbar höher als in den privaten Programmen. Analysen und Bewertungen zu Qualitätskriterien, wie der Ausgewogenheit von Akteuren, Themen, analytischen Qualität und Neutralität, auf Beitragsebene werden jedoch nicht vorgenommen.
- Die thematische und inhaltliche Struktur politischer Informationssendungen im Fernsehen untersuchten Bruns und Mar-

cinkowski (1997) in einer Langzeitstudie von 1986 bis 1994. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung standen Präsentationsweisen von Information wie Attraktivität, Sprache, Zuschauer*innennähe, Sendungsaufbau und Filmsprache. Trotz der Etablierung des privaten Rundfunks konnten sie eine Angleichung (Konvergenz) und Entpolitisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht feststellen. Eine Boulevardisierung von Informationssendungen finde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht statt, ist ihr Befund.

- Die Frage einer Boulevardisierung der öffentlich-rechtlichen Nachrichtenprogramme und einem damit verbundenen Qualitätsverlust stand zuletzt häufiger im Fokus der Forschung. Donsbach und Büttner (2005) untersuchten Boulevardisierungstrends in Nachrichtensendungen von ARD und ZDF zu den Bundestagswahlen in den Jahren 1983, 1990 und 1998. Sie untersuchten, ob die Nachrichtensendungen zum Negativismus in der Berichterstattung tendieren, noch angemessene Hintergrundberichterstattung liefern, dem Gebot der Neutralität folgen und Nachricht und Meinung nicht vermischen. Eine geringere Hintergrundberichterstattung konnten sie für ARD und ZDF nicht feststellen ebenso wenig wie einen Trend zum verstärkten Negativismus, also zur Darstellung von Themen mit negativer Valenz. Sie schließen daraus, dass hoher Negativismus keine Entwicklung im Untersuchungszeitraum sei. Feststellen konnten sie hingegen einen signifikanten

Anstieg der Beiträge, in denen Nachricht und Meinung vermischt wurden, und damit eine Verletzung des Neutralitätsgebotes. Im ZDF enthielten 1998 immerhin 17 Prozent der Meldungen wertende Aussagen (Donsbach/Büttner 2005: 34 f.).

- Leidenberger (2015: 292) untersuchte zuletzt die Nachrichtensendungen Deutschlands und Frankreichs im Vergleich hinsichtlich Boulevardisierungstendenzen und konnte erhebliche Unterschiede der Sendung „heute“ zur „Tagesschau“ feststellen. Themen, Stil und Aufmachung von „heute“ ähneln stark den privaten TV-Nachrichten und weisen einen Trend zur Boulevardisierung auf.

Bisherige Studien lassen also erkennen, dass die Qualität von Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk höher ist als bei den privaten Programmen. Der Anteil politischer Informationen ist höher als bei den privaten Sendern, was für eine intensivere Hintergrundberichterstattung spricht. Die Nachrichten von ARD und ZDF gelten als ausgewogen und beziehen vielfältige Akteure mit ein. Sie fokussieren jedoch auf Regierungsakteure. Kritisch kann hingegen die festgestellte Vermischung von Nachricht und Meinung gesehen werden, die in mehreren Studien auch bei den Nachrichten von ARD und ZDF festgestellt wurde. Diese Verstöße gegen das Neutralitätsgebot treten in den öffentlich-rechtlichen Programmen zwar seltener auf als bei den privaten, widersprechen aber dennoch der gebotenen journalistischen Professionalität. Zu über-

prüfen ist, ob diese Befunde – eine vielfältige, ausgewogene, hintergründige Nachrichtenberichterstattung der öffentlich-rechtlichen Programme, die jedoch Mängel in der Neutralität aufweist – auch auf die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zutreffen.

Bisherige Studien zur Qualität untersuchen vielfach komplette Programmstrukturen und Sendungen. Analysen zur Qualität auf Beitragsebene sind indes selten und zeichnen, wie die oben dargestellte Erhebung von Donsbach und Büttner (2005), ein ambivalenteres Bild der Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Untersuchungen, wie jenseits der Wahlberichte mit Qualitätskriterien in Beiträgen zu politischen und wirtschaftlichen Krisen umgegangen wird, fehlen indes. Anhand der Analyse der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise in den Fernsehnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ sowie den Sondersendungen „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“ soll diese Forschungslücke geschlossen werden.

2.2 Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen

Neben dem Objekt dieser Untersuchung – den Fernsehnachrichten von ARD und ZDF – soll auch der Stand der Forschung zum Gegenstand – der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise – dargestellt werden. Bisher gibt es vereinzelte wissenschaftliche Untersuchungen zur medialen Berichterstattung zu den jüngsten Finanz- und Schuldenkrisen in der deutschen Öffentlichkeit aus verschie-

*Verstöße gegen
Neutralitätsgebot*

denen Perspektiven. Die meisten Erhebungen bezogen sich auf die Eurokrise 2010 oder die Finanzkrise in davorliegenden Jahren (vgl. Schlosser 2013; Schranz/Eisenegger 2011; Schranz et al. 2010; Seiffert/Fähnrich 2012). Für diese Studie relevant sind insbesondere Erkenntnisse zur Qualität der Berichterstattung, die im Folgenden kurz benannt werden. Diese Aspekte finden sich kaum in den zentralen Fragestellungen bisheriger Studien, werden jedoch in einigen Untersuchungen mit aufgegriffen.

■ Bach, Weber und Quiring (2012) untersuchten Deutungsmuster in der Finanzkrise 2008 in deutschen Tageszeitungen mittels qualitativer und quantitativer Inhaltsanalyse. Die traditionellen Qualitätszeitungen (vor allem „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Süddeutsche Zeitung“) orientierten sich dabei wechselseitig an der Krisendeutung der jeweils anderen. Erkennbar war eine Themenhomogenität, die Ausdruck mangelnder Hintergrundberichterstattung ist.

■ Schlosser (2013) befasste sich mit der Berichterstattung in der Eurokrise 2010 und fragte u. a. nach dem Ausmaß der Bezüge zu Griechenland. Sie stellte fest, dass Griechenland die Berichterstattung in der Eurokrise auch in den Qualitätsmedien dominierte. Die Schuldigen für die Eurokrise wurden in Griechenland gesucht. Dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ konnte Schlosser eine Einseitigkeit der Berichterstattung und somit einen Mangel an Ausgewogenheit nachweisen.

■ Ebenfalls um Ausgewogenheit und Vielfalt der Berichterstattung ging es in einer Studie von Arlt und Storz (2010). Sie untersuchten die Berichterstattung vor und während der globalen Krise der großen Spekulation anhand 16 verschiedener Einzelereignisse – vom Rücktritt Oskar Lafontaines als Finanzminister im März 1999 bis zum G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 – und befassten sich auch mit Qualitätsmerkmalen. Sie zeigten, dass die tagesaktuellen Massenmedien über Jahre hinweg das Thema Finanzmärkte und Finanzmarktpolitik ignoriert haben und damit ihrer Rolle als Frühwarnsystem der Gesellschaft nicht gerecht wurden. Die Journalist*innen haben sich meist intensiv um die Perspektive der Anbieter von Finanzmarktprodukten und der Anleger gekümmert. Die volkswirtschaftliche und finanzmarktpolitische Dimension wurde dagegen stark vernachlässigt. Die Studie zeigt außerdem, dass die Journalist*innen in den Redaktionen perspektivenarm arbeiteten, sich weitestgehend auf Regierungen und Bankenvertreter*innen fokussierten.

■ Schranz et al. (2010) untersuchten die Wirtschaftsberichterstattung in der „Neuen Zürcher Zeitung“, dem „Tages-Anzeiger“ und der Boulevardzeitung „Blick“ und schlussfolgern: „Die seismografische Funktion, frühzeitig vor der Finanzmarktkrise zu warnen, wurde von den Schweizer Medien nicht erfüllt“ (Schranz et al. 2010: 2). Die Journalist*innen vertrauten zu stark den Selbstheilungskräften des Marktes, wodurch eine differenzierte Reflexion über die

Balance zwischen Regulation, Deregulation und Ordnungspolitik in der Wirtschaftsberichterstattung in den Hintergrund geraten sei. Die Wirtschaftsberichterstattung sei ihrer Analyse zufolge nicht in der Lage gewesen, die globale Wirtschaftskrise reflexiv adäquat zu begleiten. Der Wirtschaftsjournalismus orientiere sich zu stark an spektakulären Einzelereignissen und Personenskandalen und befasse sich zu wenig mit Hintergründen komplexer Wirtschaftsprozesse, insbesondere deren Ursachen und Folgen. Es fehlt demnach vor allem an der analytischen Qualität.

- In einem Forschungsprojekt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung untersuchten Otto und Köhler (2016) von Juli bis September 2015 in einer Vollerhebung die Berichterstattung deutscher Tageszeitungen zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015. Es wurden bei der Boulevardzeitung „Bild“, aber auch bei den untersuchten Qualitätsmedien „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Welt“ und „taz“ sowie beim Online-Portal „Spiegel Online“ eine mehrheitlich meinungsorientierte und wertende Berichterstattung vorgefunden. Journalist*innen nahmen dabei auch selbst eine Position ein, in 28

Prozent der Fälle auch in den untersuchten Nachrichten und kürzeren Berichten. Als objektive Darstellungsformen sollten Nachrichten und Berichte frei von Meinungen der Journalist*innen sein. Die Ergebnisse sprechen für eine Auflösung der berufsethischen Trennungsnorm von Nachricht und Meinung in einer Vielzahl von Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise. Die Berichterstattung war auch in ihrer Gesamtheit nicht ausgewogen zwischen unterschiedlichen Positionen und Meinungen. Spezifische Reformvorschläge und -ziele wurden indes nur selten aufgegriffen. Vielfach fand eine differenzierte Hintergrundberichterstattung zu den Reformvorhaben der griechischen Regierung nicht statt. Die Reformvorschläge wurden nur oberflächlich und nicht ausführlich behandelt.

Auf der Grundlage der referierten Studien kann die Frage abgeleitet werden, ob die festgestellten Phänomene – fehlende Trennung von Nachricht und Meinung, fehlende Ausgewogenheit, geringe Hintergrundberichterstattung und somit Mängel in der analytischen Qualität sowie eingeschränkte Akteursvielfalt – sich auch in anderen zentralen Mediengattungen wie den Fernsehnachrichten wiederfinden. Hierzu gibt es in Bezug auf die griechische Staatsschuldenkrise bislang keine Befunde.

*Trennung von
Nachricht und Meinung
löst sich auf*

3 Qualität in Fernsehnachrichten

Im folgenden Abschnitt soll die Bedeutung der Fernsehnachrichten in Deutschland erläutert werden. Daran anschließend wird die wissenschaftliche Diskussion über Qualität in Fernsehnachrichten abgebildet und für die Untersuchung relevante Qualitätskriterien erläutert.

3.1 Fernsehnachrichten in Deutschland

Fernsehnachrichten erfüllen wichtige Funktionen in einer Demokratie. Diese ergeben sich aus der Zielformulierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk des Bundesverfassungsgerichts und den Gesetzesgrundlagen. Sie dokumentieren, archivieren, ordnen und vermitteln tagesaktuelle Informationen für ihre Zuschauer*innen und erfüllen damit maßgeblich eine Informationsaufgabe für die Gesellschaft. Nachrichten werden Ereignisse erst, wenn sie aus einer Gesamtheit an Geschehnissen zur Berichterstattung ausgewählt wurden. Sie sind also Ergebnis eines Selektionsprozesses und damit Ausdruck einer sozialen Konstruktion von Wirklichkeit (vgl. Weischenberg/Scholl 1998). Fernsehnachrichten selektieren Informationen, tragen zur Meinungsbildung bei und schaffen so einen Orientierungsrahmen für die Gesellschaft. Sie üben darüber hinaus eine Kritik- und Kontrollfunktion, eine Integrations-, eine Bildungs- und eine Unterhaltungsfunktion aus. Gemessen an Kontinuität der Zuschauer*innenzahlen und Bewertungen zum subjektiven Nutzen sind Fernsehnachrichten die Formate, die den Informationsbedürfnissen der Bevölkerung am ehesten nachkommen. Fernsehnachrichten sind Teil der all-

täglichen Kommunikationskultur (vgl. Meckel/Kamps 1998: 11). Dies gilt auch noch in Zeiten von Internet und Social Media, wie die steigenden Zuschauer*innenzahlen der Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ zeigen (vgl. Tabelle 1).

In Westdeutschland ging am 20. Dezember 1952 erstmals die „Tagesschau“, produziert vom Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR), auf Sendung. Heute wird die Sendung vom Norddeutschen Rundfunk (NDR) für alle Anstalten der ARD produziert. Sie läuft parallel um 20 Uhr im Programm der ARD und auf allen dritten Programmen sowie auf Phoenix und 3sat. Mit der „Tagesschau“ ist die Hauptausgabe um 20 Uhr gemeint. Darüber hinaus gibt es weitere Ausgaben im Tagesverlauf und seit 1997 mehrmals pro Stunde bei tagesschau24 (vormals EinsExtra). Die „Tagesschau“ ist die Nachrichtensendung mit der stärksten Reichweite in Deutschland. Sie erreichte 2015 im Jahresdurchschnitt täglich 9,11 Millionen Zuschauer*innen und erzielte damit einen Marktanteil von 32 Prozent.

An zweiter Stelle unter den Nachrichtensendungen in Deutschland steht die Sendung „heute“ des ZDF. Sie kam 1963 im neu gegründeten Zweiten Deutschen Fernsehen ins Programm. „heute“ erreichte im Jahr 2015 im Durchschnitt täglich 3,8 Millionen Zuschauer*innen und erzielte dabei einen Marktanteil von 17 Prozent. Sie ist damit die zweitwichtigste Nachrichtensendung in Deutschland. Im Unterschied zur „Tagesschau“ ist die Sendung „heute“ mehr auf die Unterhaltungsbedürfnisse der Zuschauer*innen ausgerichtet. Die Nachrichten werden nicht von Sprecher*innen, sondern

*Selektion von
Informationen*

Tabelle 1:

Zuschauer*innen und Marktanteile der Fernsehnachrichten in Deutschland

	2013		2014		2015	
	Zuschauer*innen in Mio.	Marktanteile in %	Zuschauer*innen in Mio.	Marktanteile in %	Zuschauer*innen in Mio.	Marktanteile in %
Tagesschau	8,87	31,9	8,96	32,0	9,12	32,7
heute	3,69	16,6	3,79	17,1	3,84	17,3
RTL aktuell	3,46	16,6	3,25	15,6	3,14	15,1
Sat.1 Nachrichten	1,63	6,0	1,47	5,4	1,36	5,0
ProSieben Newstime	0,81	5,0	0,80	5,0	0,80	4,9

„Tagesschau“ einschließlich Dritte Programme, 3sat und Phoenix; „heute“ einschließlich 3sat

Quelle: Zubayr/Heinz 2016: 148.

von Redakteur*innen im Studio präsentiert, um auf diese Weise journalistische Professionalität zu vermitteln (vgl. Plake 2004: 103 f.).

Mit der Einführung des dualen Rundfunksystems etablierten sich mehrere private Fernsehsender und nahmen ebenfalls Nachrichtensendungen („RTL aktuell“ und „Sat.1 Nachrichten“) ins Programm, die inhaltlich und formal andere Akzente setzten als die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen (z. B. einen stärkeren Fokus auf Bilder und Soft News wie Berichte über das Privatleben von Prominenten). Sie erreichen jedoch nicht so viele Zuschauer*innen wie die etablierten öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“, weshalb Letztere auch im Fokus dieser Studie stehen.

Standardisiert sind folgende Elemente in Nachrichtensendungen zu finden (vgl. Faulstich 2008: 83 f.):

- Sprecher*innenmeldungen (im Studio von Sprecher*innen gesprochene Wortnachrichten, unterlegt teilweise mit Bewegtbild, dann „Nachricht im Film“ genannt)
- Filmberichte (Film, nachträglich betextet)
- Kommentare (Meinungsäußerungen vor der Kamera, erkennbar abgegrenzt von Nachrichten)
- Gespräche (mit Akteuren oder Reporter*innen vor Ort)

Es handelt sich bei Fernsehnachrichten heute um Formate, die weltweit ähnliche Präsentationsformen nutzen. Die Dramaturgie ist gekenn-

*Ähnliche
Präsentationsformen*

zeichnet durch einen Wechsel von Wortmeldungen, kurzen Nachrichten im Film (NiF), Schalten und längeren (Reporter*innen-) Beiträgen (Meckel 1997). Die strenge Formalisierung der „Tagesschau“ vermittelt Sicherheit. Stilisierte Seriosität soll professionelle Gründlichkeit und journalistische Objektivität ausdrücken. Der Aufbau von Bild- und Wortnachrichten folgt dem Muster abfallender Spannung. Das Wichtigste kommt zuerst und die nach Einschätzung der Redaktion am wenigsten wichtigen Informationen zuletzt. In „heute“ findet auch ein Wechsel zwischen harten und soften Themen statt (vgl. Plake 2004: 102, 104).

Die Sender ARD und ZDF haben zudem ergänzend zu ihren Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ Formate entwickelt, die bei besonderen Ereignissen ausgestrahlt werden und die Nachrichtensendungen ergänzen. In der ARD handelt es sich um die Sendung „Brennpunkt“ und im ZDF um die Sendung „ZDF spezial“. Um das Informationsbedürfnis der Zuschauer*innen ausreichend zu befriedigen, kommen diese Formate dann zum Einsatz, wenn ein aktuelles Ereignis ausführlicher dargestellt werden soll, als es der Zeitrahmen der Hauptnachrichtensendungen zulässt. Sie widmen sich nur einem einzigen Thema. Diese Nachrichten-Ergänzungen werden in der Regel direkt im Anschluss an die Hauptnachrichtensendung ausgestrahlt und haben einen Umfang von ca. 10 bis 30 Minuten. Im Jahr 2015 gab es 43 „Brennpunkte“ und an 37 Tagen wurde ein „ZDF spezial“ ausgestrahlt. Anlässe für diese Sondersendungen im Jahr 2015 waren u. a. Terroranschläge in Paris, der Ukraine-Konflikt,

der Absturz eines „Germanwings“-Flugzeugs in den Alpen und die Flüchtlingskrise in Europa. Die griechische Staatsschuldenkrise war Thema in 7 Sendungen des „Brennpunkts“ und in 10 „ZDF spezial“-Sendungen.

3.2 Qualitätskriterien für Fernsehnachrichten

Die Qualitätsdebatte im Journalismus dauert in Wissenschaft, Politik und Journalismus schon seit mehreren Dekaden an. Zentraler Gegenstand der Debatte um journalistische Qualität ist in der Wissenschaft weniger der Qualitätsbegriff als vielmehr seine Operationalisierung – das meint vor allen Dingen seine messbaren Bestandteile (vgl. Daschmann 2009: 257). So gab es bereits eine Vielzahl an Versuchen, Qualität im deutschen Journalismus zu definieren und so messbar und vergleichbar zu machen.

Schatz und Schulz (1992) systematisierten als Erste im deutschsprachigen Raum einen Kriterienkatalog für Medienqualität. Anlass waren Befürchtungen, die Qualität des Fernsehens leide unter der Einführung des privaten Rundfunks. Diese Arbeit war Start- und Referenzpunkt für weiterführende Auseinandersetzungen mit der Qualität im Journalismus. Da Qualität eine normative Bewertung sei, müsse sie aus einem normativen Wertesystem abgeleitet werden (Schatz/Schulz 1992: 690). Hierfür bilden die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, das Grundgesetz, die Rundfunkstaatsverträge und die Landesmedien- bzw. Landesrundfunkgesetze die Grundlage. Aus den gesetzlichen Bestimmungen und der

Exegese von Gesetzestexten leiteten Schatz und Schulz fünf grundlegende Dimensionen von Qualität ab: Vielfalt, Relevanz, gestalterische und inhaltliche Professionalität, Akzeptanz durch das Publikum und Rechtmäßigkeit (Schatz/Schulz 1992).

Es folgten in der Wissenschaft weitere Ableitungen für unterschiedliche Bezugssysteme und aus verschiedenen Wertesystemen:

- Rager (1994) erstellte einen Kriterienkatalog für Qualität in Zeitungen und leitete diese aus der Funktion der Medien in der Demokratie ab (Rager 1994: 190). Als Kriterien journalistischer Qualität, die allesamt der Vielfalt dienten, benannte er Aktualität, Relevanz, Richtigkeit und Vermittlung.
- Pöttker (2000) leitete zehn Kriterien journalistischer Qualität aus der Funktion des Journalismus für die Gesellschaft ab. Dieser müsse möglichst viele Teile der Gesellschaft über Kommunikation miteinander vernetzen (Pöttker 2000: 388). Es gibt gegenstandsbezogene Kriterien (Richtigkeit, Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und Verschiedenheit), publikumsbezogene Kriterien (Unabhängigkeit, Zeitigkeit, Verständlichkeit und Unterhaltsamkeit) und kommunikatorbezogene Kriterien (Wechselseitigkeit und Sorgfalt bei der Thematisierung).
- Die Grice'schen Kommunikationsmaximen waren Grundlagen der von Bucher (2003) benannten Kriterien journalistischer Qualität. Journalistische Qualitätsstandards werden dabei aus Prinzipien abgeleitet, die für alle Kommunikationsprozesse gelten sollen. Grundlage der Herleitung ist hier also der

Kommunikationsprozess. Die Kommunikationsprinzipien lauten: Kooperationsprinzip, Maxime der Qualität, Maxime der Quantität, Maxime der Relation und Maxime der Modalität. Daraus leitete Bucher die Kriterien Aktualität, Verlässlichkeit, Vielfältigkeit, Relevanz und Verständlichkeit ab.

- Bezogen auf Nachrichtenagenturen erstellte Hagen (1995) einen Kriterienkatalog zur Messung der Informationsqualität. Diese Kriterien bauen stark auf den von Schatz und Schulz (1992) benannten Dimensionen auf und operationalisieren diese für eine Anwendung auf den Agenturjournalismus.
- Arnold (2009) leitete Qualitätskriterien für Zeitungsjournalismus aus verschiedenen Ebenen ab: der funktional-systemorientierten Ebene, der normativ-demokratiethoretischen Ebene und der nutzerbezogenen-handlungsbezogenen Ebene. Er integriert damit verschiedene Herleitungswege in ein Modell. Auf einer funktional-systemorientierten Ebene von Qualität stehen die Funktionen und professionellen Aufgaben des Journalismus im Mittelpunkt. Der Journalismus soll auf einer Makroebene eine Selbstbeobachtung der Gesellschaft ermöglichen. Dies erfolgt durch die Reduzierung von Komplexität und die Übertragung von Erfahrungswissen in offene Sphären, die für jedermann zugänglich sind (vgl. Pöttker 2000: 378). Daraus können die Qualitätsmerkmale Vielfalt, Aktualität, Relevanz, Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Recherche, Kritik, Zugänglichkeit, Hintergrundberichterstattung sowie regionaler/lokaler

*Wertesysteme im
Bezug zu Qualität*

*Rolle des Journalismus
in der Demokratie*

Bezug abgeleitet werden (Arnold 2008: 502, Arnold 2012: 79). Auf der normativ-demokratietheoretischen Ebene werden die Funktionen des Journalismus von seiner Rolle in der Demokratie abgeleitet. Qualitätskriterien werden hier also nicht mit einer Funktion begründet, die durch ein gesellschaftliches Problem entstanden ist, sondern mit fundamentalen Werten einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Grundlage sind medienrelevante normative Regelungen wie Kodizes oder Gesetze, in denen gesellschaftliche Normen festgelegt sind. Ausgewogenheit, Neutralität/Trennung von Nachrichten und Meinung sowie Achtung der Persönlichkeit sind Qualitätskriterien, die sich daraus ergeben (Arnold 2008: 502 f.). In einer dritten Ebene, der publikumsbezogenen-handlungsorientierten Ebene, geht es darum, dass journalistische Produkte, die funktional sind und den Werten der demokratischen Gesellschaft entsprechen, auch für das Publikum nutzbar sind. Unterhaltsamkeit, Anwendbarkeit und Gestaltung werden hier als Qualitätskriterien zugeordnet (Arnold 2008: 503). Die Qualitätsvorstellungen des Publikums bestimmen auch über den Markterfolg eines journalistischen Produkts und geben so zentrale Leitlinien vor (Arnold 2012: 80). Die von Arnold benannten Kriterien werden aus der Funktion der Zeitung und für die journalistische Arbeit für Zeitungen abgeleitet, beinhalten jedoch weitestgehend Qualitätskriterien, die Schatz und Schulz (1992) als Bestandteile ihrer Qualitätsdimensionen benennen.

Die genannten Qualitätskriterien überschneiden sich vielfach, weisen aber vor allem Unterschiede in ihren Bezugsfeldern und Begriffen auf (vgl. Tabelle 2).

Der Ansatz von Schatz und Schulz (1992) ist dabei der einzige, der Qualität im Rundfunk als Bezugsfeld benennt und sich aus den formulierten Aufgaben und Funktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ableitet. Für die hier geplante Analyse von Fernseh-Nachrichtensendungen ist dieser Ansatz daher am ehesten anwendbar. Die anderen Ansätze fokussieren auf den Zeitungsjournalismus, weshalb sie hier nicht weiterverfolgt werden. Kriterien und auch Operationalisierungen stimmen jedoch teilweise überein und werden bei Klärungsbedarf herangezogen.

Medienangebote empirisch intersubjektiv fassbar zu machen, war ein zentrales Anliegen des Ansatzes „Qualität von Fernsehprogrammen“ von Schatz und Schulz (1992). Aufbauend auf den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, dem Grundgesetz, den Rundfunkstaatsverträgen und den Landesmedien- bzw. Landesrundfunkgesetzen als Grundlage haben sie einen Orientierungsrahmen für die Beurteilung von Programmqualität herausgearbeitet. Allgemeine Begriffe der Rechtstexte werden von ihnen konkretisiert und operationalisierbar erläutert. Ihre Überlegungen zur Analyse von Programmen sind auch auf die Analyse von Fernsehnachrichten übertragbar (Daschmann 2009: 257). Die von ihnen identifizierten fünf Dimensionen von Qualität – Vielfalt, Relevanz, Professionalität, Akzeptanz und Rechtmäßigkeit – sind

Tabelle 2:

Forschungsansätze zu Qualitätskriterien

Ansatz	Schatz/Schulz 1992	Rager 1994	Hagen 1995	Pöttker 2000	Bucher 2003	Arnold 2009
Bezugsfeld	Rundfunk	Zeitungsbericht- erstattung	Nachrichten- agenturen	Journalismus allgemein	Journalismus allgemein	Zeitungen
Qualitäts- kriterien	Vielfalt		Vielfalt	Verschiedenheit	Vielfalt	Vielfalt
	Relevanz	Relevanz	Relevanz		Relevanz	Relevanz
		Aktualität	Aktualität	Zeitgeist	Aktualität	Aktualität
	Professionalität	Richtigkeit	Richtigkeit	Richtigkeit	Verlässlichkeit	Recherche
		Vermittlung	Verständlichkeit	Verständlichkeit	Verständlichkeit	Gestaltung
			Ausgewogenheit			Ausgewogenheit
			Sachlichkeit			
			Transparenz			Trennung von Nachricht und Meinung
						Hintergrundbericht- erstattung
	Akzeptanz					Zugänglichkeit
						Anwendbarkeit
	Rechtmäßigkeit					

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Beck/Reineck/Schubert 2010: 24 f.

teilweise miteinander verwoben. Sie sollen im Folgenden vorgestellt werden:

Vielfalt

Schatz und Schulz lehnen ihre Definition von Vielfalt an die Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes an. Demnach ist für den deutschen Rundfunk ein Angebot gleichwertig vielfältiger Informationen verbindlich. Die Vielfalt

von Medienangeboten gilt in pluralistischen Gesellschaften mit konkurrierender Willensbildung für die Funktionalität der Demokratie als unerlässlich. Vielfalt kann strukturell und inhaltlich betrachtet werden. Auf struktureller Ebene gelten Sparten, Genres, Gestaltungselemente und Darstellungsformen als Indikatoren von Vielfalt. Auf inhaltlicher Ebene des Programms kann die Vielfalt von Ereignissen,

von Räumen, von Themen und von Interessen betrachtet werden. Operationalisiert wird dies durch eine Vielfalt von Themen und Akteuren. Dies bedeutet, dass möglichst alle relevanten Positionen und Akteure berücksichtigt werden sollen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 693 ff., 704).

Professionalität

Die Rechtsgrundlagen für den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk fordern eine professionelle Qualität der gesamten Programme. Das Gebot der journalistischen Professionalität hat seinerseits ebenfalls mehrere Dimensionen. Auch hier kann zunächst zwischen inhaltlicher und gestalterischer Professionalität unterschieden werden.

Inhaltliche Professionalität wird auch als journalistische Professionalität bezeichnet und unterschieden hinsichtlich analytischer und deskriptiver Qualität. Die Anforderungen an analytische Qualität werden aus der Kritik- und Kontrollfunktion des Rundfunks abgeleitet. Dieses Qualitätskriterium gilt vor allem für Nachrichten und Magazine. Diese haben dann analytische Qualität, wenn sie u. a. Hintergründe aktueller Ereignisse beleuchten und Fakten interpretieren.

Neben der analytischen Qualität lässt sich journalistische Professionalität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch anhand der deskriptiven Qualität des Programms bestimmen. Dazu zählt auf der einen Seite die Sachgerechtigkeit der Berichterstattung, auf der anderen Seite die Unparteilichkeit. Zur Unparteilichkeit gehören die Elemente Ausgewogenheit und Neutralität. Ausgewogenheit bezieht sich hier

auf die Berichterstattung zu einem einzelnen Thema, nicht auf die komplette Berichterstattung eines Programms. Neutralität als zweite Komponente der Unparteilichkeit kann durch die Einhaltung der Grundregel, dass Nachricht und Meinung strikt zu trennen sind und Kommentare als solche zu kennzeichnen sind, erfasst werden. Dies geht aus Rechtstexten für den Rundfunk, aber auch aus Regeln der journalistischen Praxis hervor (vgl. Schatz/Schulz 1992: 703 ff.). Die Ausgewogenheit zwischen unterschiedlichen Interessen, die Trennung von Nachricht und Meinung (Neutralität) und die analytische Qualität sind Aspekte journalistischer Professionalität.

Relevanz

Unter Relevanz wird die Bedeutsamkeit von Informationen verstanden. Um die Komplexität von Informationen und die Informationsflut zu mindern, werden Themen nach dem Kriterium der Relevanz durch Journalist*innen selektiert, wodurch dieses ein bedeutender Maßstab hinsichtlich der Qualität von Selektionsentscheidungen wird (Wyss 2002: 131).

Schatz und Schulz verstehen Relevanz als „relationalen Begriff“. Vorgänge bzw. Sachverhalte seien nie an sich bedeutsam, sondern erlangten ihre Relevanz ausschließlich aus der realen oder zu erwartenden Wirkung auf einzelne Individuen, soziale Gruppen oder die Gesamtgesellschaft. Diese „soziale Relevanz“ eines Medienprodukts gliedere sich in drei Relevanzebenen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 696 f.):

Relevanz ist relativ

- die Individual- bzw. Mikroebene
- die Mesoebene, mit der einerseits soziale Gruppen und Institutionen, aber auch gesellschaftliche Subsysteme, wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, gemeint sind, und
- die Makroebene, repräsentiert durch die Gesamtgesellschaft

Demnach hat derselbe Vorgang für Teile der Öffentlichkeit unterschiedliche Relevanz.

Weiter differenzieren Schatz und Schulz innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme (Wirtschaft, Politik etc.) zwischen den „leistungserbringenden Funktionseliten“ (Manager*innen, Politiker*innen etc.) und den dazugehörigen „Leistungsabnehmern“ (Konsument*innen, Regierte etc.). Sie gehen davon aus, dass die durch eine Medienaussage bei den Funktionseliten erzeugte Betroffenheit bzw. Wirkung durch die positionsbedingte Multiplikatorwirkung eine größere „soziale Relevanz“ erlangt als bei Erreichen derselben Anzahl von Leistungsabnehmer*innen.

Des Weiteren steige die Relevanz, wenn sich ein gesellschaftliches Subsystem in einer Krise befinde, z. B. das Subsystem Wirtschaft bei einer Meldung über die Finanzkrise (vgl. Schatz/Schulz 1992: 697). Zu den quantitativen Kriterien, anhand derer man die Relevanz eines Ereignisses bestimmen und abgleichen kann, zählt zum einen die Anzahl tatsächlich oder potenziell betroffener Personen eines Vorganges. Zum anderen ist bei potenziellen Auswirkungen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Sachverhaltes ausschlaggebend für seine Bedeutsamkeit.

Um zu überprüfen, ob die Relevanz eines Themas adäquat wiedergegeben wird, wie es in dieser Studie der Fall ist, muss der Blick auf eine andere Ebene von Relevanz fallen: die Attributoren-Relevanz. Es geht hierbei um die Frage, wie die Relevanz eines Themas von Gruppen oder sozialen Systemen beurteilt wird, die somit die soziale Relevanz bestätigen. Dies kann beispielsweise durch die öffentliche Meinung, die aktive Öffentlichkeit, die mediale Öffentlichkeit, die wissenschaftliche Öffentlichkeit oder die Film- und Fernsehkritik erfolgen (vgl. Schatz/Schulz 1992: 696 ff.).

Akzeptanz und Rechtmäßigkeit

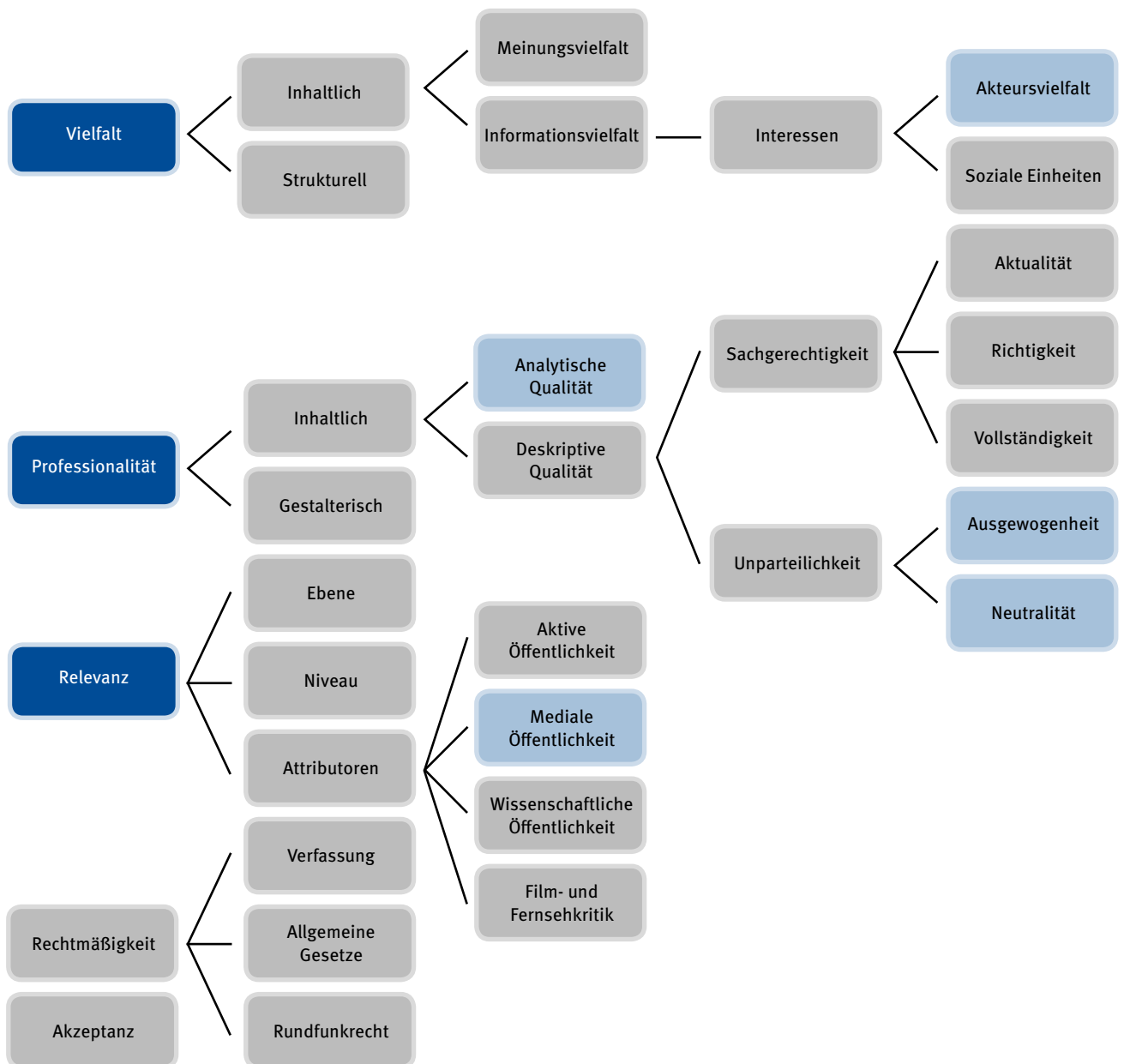
Darüber hinaus werden die Dimensionen Akzeptanz und Rechtmäßigkeit beschrieben. Akzeptanz erfasst Motive und angestrebten Nutzen der Mediennutzung von Seiten der Rezipienten. Die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit für den Rundfunk ergeben sich aus drei Rechtsbezügen: der verfassungsmäßigen Ordnung, den allgemeinen Gesetzen und den rundfunkrechtlichen Vorschriften. Der Bezug auf die verfassungsmäßige Ordnung und die allgemeinen Gesetze findet sich analog im Rundfunkstaatsvertrag und den Landesrundfunk- und Landesmediengesetzen wieder.

Qualität ist somit ein multidimensionaler Begriff (vgl. Abbildung 1). Untersucht werden können nur ausgewählte Dimensionen und Aspekte. Die Bildung von Qualitätsindizes setzt immer eine Gewichtung einzelner Qualitätsaspekte gegenüber anderen voraus. Eine solche Gewichtung ist jedoch in hohem Maße subjektiv, weshalb hier keine Qualitätsindizes gebil-

*Qualität:
Ein multidimensionaler
Begriff*

Abbildung 1:

Qualitätsdimensionen und -kriterien



Farblich markiert sind die Qualitätsdimensionen (dunkelblau) bzw. die jeweils dazugehörigen Qualitätskriterien (hellblau), die im Folgenden untersucht werden

Quelle: eigene Darstellung.

det werden sollen. Stattdessen wird die Qualität der Berichterstattung hinsichtlich ausgewählter und definierter Aspekte beschrieben.

Einzelne Aspekte der Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt und journalistischer Professionalität sollen in dieser Studie für die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks analysiert werden (in Abbildung 1 hellblau markiert): analytische Qualität (synonym wird der Begriff Hintergrundberichterstattung verwendet), Neutralität, Akteursvielfalt, Ausgewogenheit und Attributorenrelevanz der medialen Öffentlichkeit. Andere Aspekte dieser und anderer Dimensionen werden dadurch bewusst ausgeklammert. Es wird daher keine umfassende Beurteilung der Qualität von Nachrichtensendungen in dieser Studie erfolgen, sondern es werden einzelne Qualitätsaspekte untersucht und beurteilt, die Rückschlüsse auf mögliche Einschränkungen von Qualität erlauben.

Analytische Qualität

Analytische Qualität leiten Schatz und Schulz (1992: 704) aus der Kritik- und Kontrollfunktion der Medien ab. Fernsehprogramme haben dann analytische Qualität, wenn sie die Hintergründe von Ereignissen beleuchten, Fakten benennen und kommentieren und dies auf eigener, aktiver und intensiver Recherche beruht. Dieses Qualitätskriterium bezieht sich auf den journalistischen Prozess und ist am journalistischen Produkt nur schwer ablesbar. Schatz und Schulz sehen die Beleuchtung von Hintergründen als einen Indikator, der in Fernsehsendungen erkannt werden kann.

Neutralität

Neutralität als Komponente der Unparteilichkeit wird in einschlägigen Rechtstexten für den Rundfunk gefordert. Sie basiert auf der Grundregel, Nachricht und Kommentar strikt zu trennen (Schatz/Schulz 1992: 704). Über das Rundfunkrecht hinaus wird die Trennung von Nachricht und Meinung mit den vielfältigen Funktionszuschreibungen an den Journalismus begründet. An dieser Stelle sind zwei Funktionen besonders relevant: Auf der einen Seite steht die Informations- und Chronistenfunktion, auf der anderen Seite die Mitwirkung an der Meinungsbildung.

Auch Arnold (2009: 198) versteht unter Neutralität den Verzicht auf explizite Wertungen und Spekulationen in nachrichtlichen Textformen. In Fernsehnachrichten und Nachrichtenmagazinen hat sich – wie in Zeitungen – mit dem Kommentar ein Genre ausdifferenziert, in dem Meinungsäußerung legitim und erwünscht ist (Eilders/Lüter 1998: 2). Wenn Nachrichten und Meinungen eindeutig gekennzeichnet sind, wissen die Zuschauer*innen, welcher Interpretationsrahmen angemessen ist. So könne der Verdacht einer verdeckten Einflussnahme zerstreut werden (vgl. Neuberger 2013: 135).

Vielfalt

Vielfalt der Akteure meint für Schatz und Schulz (1992: 694) die Berücksichtigung verschiedener gesellschaftlicher und politischer Interessen. Diese sind in den meisten Fällen organisiert in Akteuren wie Organisationen, Parteien oder auch gewählten Regierungen. Als Akteure werden im Sinne von Schatz und Schulz (1992:

Untersuchung einzelner Qualitätsaspekte

695) individuelle oder soziale Einheiten und deren Repräsentant*innen verstanden. Das Auftreten von Akteuren in Nachrichtensendungen erfolgt durch Nennungen, Auftreten in Bildern und mit O-Tönen und gibt Aufschluss über die Vielfalt der jeweiligen Sendung.

Ausgewogenheit

Ausgewogenheit durch gleichgewichtige Darstellung

Eng damit verbunden ist der Begriff der Ausgewogenheit. Dieses Gebot geht auch aus dem Rundfunkstaatsvertrag (§11) hervor, in dem es in Absatz 2 heißt: „Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen“ (Die Medienanstalten 2013). Das Bundesverfassungsgericht benutzte die Formulierung „gleichgewichtige Vielfalt“ (vgl. BVerfGE 73, 118 und BVerfGE 83, 238). Diese leite sich aus der Funktion der Information und Mitwirkung an der Meinungsbildung ab, die dann erfüllt werde, wenn möglichst breit, ausgewogen und vollständig informiert werde (Schatz/Schulz 1992: 694).

Ausgewogenheit ist aber auch ein Qualitätskriterium für die Qualitätsdimension der journalistischen Professionalität. Eine ausgewogene Darbietung liege dann vor, wenn alle in der öffentlichen Diskussion vorgetragenen Argumente und Standpunkte ähnlich umfangreich berücksichtigt werden. Mit der Forderung nach einem ähnlichen Umfang geht das Kriterium der Ausgewogenheit erkennbar über die Forderungen des Kriteriums Vielfalt hinaus.

Das impliziert, dass die jeweiligen Akteure, die diese Standpunkte repräsentieren, zu Wort kommen (Schatz/Schulz 1992: 704). Bei Kontroversen sollen Befürworter*innen und Gegner*innen bzw. ihre Positionen in etwa in einem ausgewogenen Verhältnis zu Wort kommen. Die Vielfalt an Meinungen und Interessen muss gleichgewichtig zum Ausdruck kommen. Arnold (2009: 196) spezifiziert, damit sei nicht gemeint, dass alle möglichen Positionen, Gruppen und Akteure genannt werden müssen, jedoch mindestens zwei zentrale gegensätzliche Richtungen und Positionen. Die gleichmäßige Berücksichtigung von Befürworter*innen und Gegner*innen in einer Kontroverse sieht auch Hagen (1995: 120) als Kern der Ausgewogenheit. Die Messung von Ausgewogenheit bzw. der Abweichung von Ausgewogenheit gibt auch Aufschluss über die Einseitigkeit eines Mediums und seiner Berichterstattung (vgl. Hagen 1995: 122).

Relevanz

Journalist*innen sind zur Selektion von Ereignissen gezwungen. Die Auswahl von wichtigen Themen ist ein Schlüsselkriterium der Qualität. Damit verbunden ist die Frage, welche Relevanz Journalist*innen einem Thema geben. Die Relevanz eines Sachverhaltes ergibt sich aus dessen potenzieller oder realer Wirkung bzw. deren Wahrnehmung durch Attributoren, wie z. B. der medialen Öffentlichkeit (s. o.). Diese wird abgeglichen mit der Relevanz, die in der Berichterstattung einem Sachverhalt beigemessen wird. Mit der Qualitätsdimension Relevanz sollen dadurch Selektionsentscheidungen der

Medien, u. a. auf Nachrichtenebene erklärt werden (vgl. Daschmann 2009: 258). Es geht also darum, zu erfassen, wie intensiv, d. h. in welcher Häufigkeit, in welchem Umfang und in welcher Position, über ein Thema berichtet wurde.

In dieser Studie wurde von der Relevanz des Themas griechische Staatsschuldenkrise ausgegangen. Daher soll anhand der Relevanz, die Attributoren (hier speziell die untersuchte

mediale Öffentlichkeit) dem Thema zuwiesen, bewertet werden, ob diese Darstellung angemessen war.

Die Operationalisierung dieser Qualitätskriterien für die Analyse von Beiträgen in der griechischen Staatsschuldenkrise wird im Zusammenhang mit dem methodischen Vorgehen in dieser Studie in den folgenden Kapiteln dargestellt.

4 Forschungsdesign

Im folgenden Kapitel werden die Ziele der Erhebung, das methodische Vorgehen und das Erhebungsdesign der Studie erläutert, um darzustellen, wie die Forschungsfragen beantwortet werden sollen. Zunächst wird die gewählte Methode dargestellt und die Operationalisierung der zu untersuchenden Qualitätskriterien erläutert. Die Umsetzung im Kategoriensystem wird anschließend dargelegt. Es folgt die Beschreibung der Materialbasis durch die Festlegung von Untersuchungszeitraum und -objekten. Schließlich wird die Durchführung erklärt und beschrieben, wie Reliabilität und Validität in der Erhebung gesichert wurden.

4.1 Zielsetzung und Fragestellungen

Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen von ARD und ZDF über die griechische Staatsschuldenkrise im Jahr 2015 soll in dieser Studie analysiert werden. Es soll dabei untersucht werden, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk den an ihn gestellten Qualitätsanforderungen gerecht wird. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Beiträge auf Kriterien journalistischer Qualität (insb. Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und analytische Qualität, d. h. Hintergrundberichterstattung; vgl. Kapitel 4.3). Wie wird über die griechische Staatsschuldenkrise in Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks berichtet?

- Um die Einhaltung des Gebots der Vielfalt in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Berichterstattung über die griechische Staatsschulden-

krise zu erfassen, soll untersucht werden, ob die zentralen Positionen der wichtigsten Akteure in der griechischen Staatsschuldenkrise dargestellt wurden.

- Die Einhaltung des Gebots der journalistischen Professionalität in der Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise soll durch das Ausmaß der Hintergrundberichterstattung sowie durch die Ausgewogenheit und die Neutralität der Beiträge erfasst werden.
- Um die Einhaltung des Gebots der Relevanz in der Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise zu erfassen, soll die Attributoren-Relevanz der Medienöffentlichkeit untersucht werden und gezeigt werden, welche Relevanz die untersuchten Nachrichtensendungen dem Thema beimaßen.

Die zentrale Forschungsfrage „Entspricht die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise in Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks den journalistischen Qualitätskriterien?“ soll, um eine systematische Beantwortung zu ermöglichen, in fünf zentrale Unterfragen aufgegliedert werden. Sie sollen durch eine systematische, quantitative, empirische Inhaltsanalyse beantwortet werden:

1. Wie relevant ist die griechische Staatsschuldenkrise für die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen?
2. Wie vielfältig ist die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise in den

*Quantitative
Inhaltsanalyse*

öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen?

3. Wie ausgewogen ist die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen?
4. Wie neutral ist die Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen?
5. Wie viel Hintergrundberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise liefern die öffentliche-rechtlichen Nachrichtensendungen?

Zudem soll zwischen den zu untersuchenden Sendungen „Tagesschau“, „heute“, „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ differenziert werden. Dabei soll geklärt werden, welche Sendung der griechischen Staatsschuldenkrise die größte Relevanz beimisst, welche Sendung ausgewogener, neutraler, vielfältiger und analytischer berichtet als andere.

4.2 Methode

Die Analyse erfolgte durch eine systematische quantitative Inhaltsanalyse (vgl. Kromrey 2009). In der Systematik Mertens (1995: 88) handelt es sich um eine deskriptive Inhaltsanalyse, die auf die Fernsehberichterstattung ausgerichtet ist und diese hinsichtlich Themen, Kategorien und journalistischer Qualität untersucht. Sie erfolgt in großen Teilen denotativ-semantisch, d. h. dass bestimmte Begriffe Obergegriffen und Kategorien zugeordnet werden. Die zu analysierenden Merkmale resultieren

aus der Operationalisierung der gewählten Qualitätskriterien und wurden in einem Kategoriensystem und einem Codebuch festgelegt.

4.3 Operationalisierung/Erläuterung von Begrifflichkeiten und Konzepten

Die Operationalisierung und Auswahl relevanter Qualitätskriterien für die Fernsehberichterstattung folgte den von Schatz und Schulz (1992) formulierten Kriterien zur Beurteilung von Programmqualität. Diese Studie rekurriert auf die Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt und Professionalität (vgl. Abbildung 1) und konkreter auf die Qualitätskriterien Attributoren-Relevanz, Akteursvielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und analytische Qualität. Im Folgenden wird dargestellt, wie diese Kriterien gemessen wurden. Zwischenschritte bei der Messung waren die Definition von Indikatoren und die Erstellung eines Kategoriensystems, welches die Indikatoren als relevante Variablen und ihre möglichen Ausprägungen beinhaltet.

Relevanz, Vielfalt, Professionalität

Relevanz

Die Relevanz, die dem Thema griechische Staatsschuldenkrise in der Nachrichtenberichterstattung von den Medien als relevanten Attributoren beigemessen wurde, zeigt sich an der Intensität der Berichterstattung über das Thema. Die Intensität der Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise ist ein Indikator der Attributoren-Relevanz. Es soll also ermittelt werden, wie häufig über die griechische Staatsschuldenkrise in den untersuchten Sendungen berichtet wurde. Dabei

Indikatoren von Ausgewogenheit

wird auch durch Vergleiche untersucht, ob die verschiedenen untersuchten Sendungen dem Thema die gleiche Relevanz beimaßen. Ein weiterer Indikator ist die Position eines Beitrags zur griechischen Staatsschuldenkrise innerhalb einer Sendung. Eine vordere Position ist Ausdruck hoher Relevanz des Themas.

Akteursvielfalt

Um die Akteursvielfalt der Berichterstattung beurteilen zu können, soll untersucht werden, ob alle relevanten Akteure beachtet wurden. Dies soll hier wie folgt operationalisiert werden:

Es wird analysiert, welche Akteure in der Berichterstattung durch O-Töne zu Wort kamen. Kamen verschiedene Akteure zu Wort, erlaubt dies eine Aussage darüber, ob Akteure dargestellt wurden, die für verschiedene Positionen stehen. In diesem Fall kann die Berichterstattung auf der Akteursebene als vielfältig betrachtet werden. Es geht hierbei also vor allem um die Zahl der verschiedenen Akteure innerhalb der Beiträge und über die Beiträge einer Sendung hinweg, nicht um deren anteiliges Verhältnis. Letzteres steht für das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit. Der Indikator der Akteursvielfalt ist also hier die Anzahl verschiedener O-Ton-Geber*innen innerhalb eines Beitrags. Kamen mehrere verschiedene O-Ton-Geber*innen zu Wort, kann die Berichterstattung als vielfältig beurteilt werden.

Ausgewogenheit

Ausgewogenheit wurde als gleichgewichtige Verteilung von Positionen und Akteuren definiert. Von diesen beiden Ebenen ausgehend

wird hier von Bewertungsausgewogenheit und Akteursausgewogenheit gesprochen.

Akteursausgewogenheit soll hier an drei Indikatoren festgestellt werden: der Häufigkeit der Nennung und Darstellung von Akteuren, der Darstellung von Akteuren als Adressaten und Sender von Aussagen und dem Auftreten von Akteuren in O-Tönen.

■ Die Nennung und Darstellung ist ein erster Indikator zur Feststellung der Akteursausgewogenheit. Um die gleichgewichtige Verteilung der Akteure in der Berichterstattung zu beurteilen, wird erfasst, wie häufig zentrale Akteure genannt oder gezeigt wurden. Der Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeiten der Nennung und Darstellung von Akteuren. Eine ausgewogene Darstellung liegt vor, wenn alle zentralen Akteure in gleichem Verhältnis auftreten. Ist beispielsweise das Verhältnis von griechischer Regierung und anderen Akteuren, wie der deutschen Regierung, gleichgewichtig, kann von einer ausgewogenen Darstellung von Akteuren gesprochen werden.

■ Das Verhältnis der Häufigkeit der Darstellung von Akteuren als Adressaten und Sender von Aussagen ist ein weiterer Indikator für die Akteursausgewogenheit in der Berichterstattung. Es geht hierbei um die Frage, welche Akteure wie häufig in Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise Aussagen über andere Akteure trafen. Dabei gibt es Sender von Aussagen und Adressaten (Empfänger) von Aussagen. Der Indikator ist das Verhältnis der Akteure hinsichtlich der Frage, wie oft sie Aussagen senden oder

empfangen. Ausgewogenheit liegt vor, wenn relevante Akteure in ähnlichem Umfang Aussagen treffen können und von Aussagen adressiert werden. Indikator ist also zum einen das Verhältnis der Akteure zueinander und zum anderen das Verhältnis von Empfang und Sendung von Aussagen eines Akteurs.

- Ein dritter Indikator der Akteursausgewogenheit soll das Verhältnis des Umfangs des Auftretens der Akteure in O-Tönen sein. O-Töne spielen eine zentrale Rolle in Fernsehnachrichten. Hier haben Akteure die Möglichkeit, sich direkt in Wort und Bild zu äußern. Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den zentralen Akteuren beim Umfang der O-Töne wäre Ausdruck von Ausgewogenheit. Ist ein Akteur in den O-Tönen unterrepräsentiert, so mangelt es an Ausgewogenheit.

Neben der Akteursausgewogenheit sollten auch die Positionen in der Berichterstattung ausgewogen sein. Hier soll der Begriff der Bewertungsausgewogenheit ausgeführt werden. Auf der Ebene der Bewertungen sollen die Wertungen durch Journalist*innen, die Wertungen durch dargestellte Akteure und explizit die Wertungen durch O-Ton-Geber*innen als Indikatoren benannt werden.

Die Ausgewogenheit der Wertungen durch Journalist*innen soll durch zwei Indikatoren festgestellt werden: Das Verhältnis der Häufigkeit der Bewertungen von Akteuren durch Journalist*innen und das Verhältnis der Ausprägungen der Bewertungen der griechischen Regierung und im Vergleich hierzu der deut-

schen Regierung. Wie oben dargestellt, gibt es Darstellungsformen, in denen Journalist*innen einordnen und Wertungen vornehmen können (z.B. in Schalten vor der Kamera) und andere, in denen das nicht der Fall sein sollte (z.B. in Off-Texten von Nachrichten und Berichten). Da den Journalist*innen als neutralen Beobachter*innen eine besondere Rolle zukommt, sollen ihre Bewertungen der griechischen und der deutschen Regierung separat ausgewiesen werden.

- Liegt beim Indikator Verhältnis der Häufigkeit der Bewertungen von Akteuren durch Journalist*innen ein ausgeglichenes Verhältnis hinsichtlich der Häufigkeit der Bewertung der griechischen und der deutschen Regierung vor – wurden also griechische und deutsche Regierung in gleicher Häufigkeit von Journalist*innen bewertet –, kann hier von Ausgewogenheit gesprochen werden.
- Als weiterer Indikator wird das Verhältnis der Häufigkeiten von positiven und negativ wertenden Beiträgen zur griechischen und zur deutschen Regierung durch Journalist*innen untersucht. Waren positive und negative Wertungen gleich verteilt oder kamen ausgewogene Wertungen durch Journalist*innen innerhalb der Beiträge in gleichem Verhältnis vor, kann hier von Ausgewogenheit gesprochen werden.

Die Ausgewogenheit der dargestellten Wertungen durch Akteure soll ebenfalls am Verhältnis der Häufigkeit der Bewertung der Akteure durch andere Akteure und im Verhältnis der

*Ausgewogenheit
der Wertungen*

Tonalitätsausprägungen der Bewertungen erkennbar werden.

■ Erfasst wird als erster Indikator, wie in welchem Verhältnis Wertungen der griechischen und der deutschen Akteure auftraten, die von dargestellten Akteuren in den Sendungen ausgingen. Für eine ausgewogene Berichterstattung sollten diese im Verhältnis gleichgewichtig verteilt sein.

■ Eine gleichgewichtige Verteilung von Positionen betrifft auch die dargestellten Positionen, die von Akteuren eingenommen werden. Dafür gilt es zu erfassen, welche Position in Aussagen von Akteuren eingenommen wird. Daher soll als zweiter Indikator zu diesem Merkmal das Verhältnis positiver, negativer und neutraler Bewertungen von Akteuren gemessen und zwischen den Akteuren verglichen werden. Ist das Verhältnis bei allen untersuchten Akteuren ähnlich, kann von einer ausgewogenen Berichterstattung gesprochen werden.

■ Spezifischer sollen zudem die Wertungen der griechischen Regierung erfasst werden, die in O-Tönen erfolgten. Als Indikator der Bewertungsausgewogenheit soll hier gemessen werden, ob das Verhältnis positiver, neutraler und negativer Wertungen der griechischen Regierung durch O-Ton-Geber*innen gleichgewichtig ist. Auch hier wäre eine gleichgewichtige Verteilung positiver und negativer Wertungen innerhalb eines Beitrags oder zumindest eine gleichgewichtige Verteilung positiver und negativer Wertungen über alle Beiträge einer Sendung Voraussetzung für eine ausge-

wogene Berichterstattung hinsichtlich der dargestellten Wertungen durch Akteure.

Neutralität

Neutralität kann ermittelt werden durch die Prüfung, ob in Nachrichten und Berichten auch Meinungen artikuliert werden. Hierbei geht es um die Trennung von Nachricht und Meinung. Dafür werden die Darstellungsformen (z. B. Nachricht, Bericht, Korrespondent*innen-Schalt) der Beiträge erfasst.

Wenn im Off-Text von Nachricht und Bericht Wertungen durch Journalist*innen erfolgen, entspricht dies nicht dem Qualitätsanspruch an Neutralität. Sind Berichte und Nachrichten frei von Wertungen durch Journalist*innen, so kann von einer neutralen Berichterstattung gesprochen werden. Das heißt, dass Nachricht und Meinung getrennt werden. Als Wertungen werden Adjektive, Substantive oder Verben angesehen, die andere Akteure beschreiben. Die Ausrichtung der Wertung ist für die Frage nach der Neutralität unerheblich. Der Indikator für die Neutralität der Berichterstattung ist also der Anteil der Nachrichten und Berichte, in denen Wertungen durch Journalist*innen im Off-Text vorkommen. Ist dieser Anteil größer als null, so wurde das Gebot der Neutralität verletzt.

Analytische Qualität

Analytische Qualität wird hier als die Beleuchtung von Hintergründen verstanden und soll auf die griechische Reformpolitik bezogen werden. Es geht also um die Frage, wie hintergründig über die griechische Reformpolitik und die

*Bewertung der
griechischen Regierung
in O-Tönen*

vorgeschlagenen Reformen und Politikfelder berichtet wurde. Im Fokus steht, in welchem Ausmaß Politikfelder der griechischen Reformpolitik sowie einzelne Reformen thematisiert wurden.

- Ein erster Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeit der Befassung mit Politikfeldern der griechischen Reformpolitik. Es wird verglichen, wie häufig und in welchem Umfang diese Politikfelder in der Berichterstattung thematisiert wurden. Eine hohe analytische Qualität kann attestiert werden, wenn viele Politikfelder in der Berichterstattung thematisiert wurden.
- Ein zweiter Indikator ist das Verhältnis der Häufigkeit der Befassung mit einzelnen Reformen der griechischen Reformpolitik. Es wird verglichen, wie häufig die einzelnen Reformen in der Berichterstattung thematisiert wurden. Eine hohe analytische Qualität kann attestiert werden, wenn viele Reformen in der Berichterstattung thematisiert wurden, eine geringe analytische Qualität wird attestiert, wenn die Mehrzahl der Reformen gar nicht thematisiert wurde. Interessant ist dabei natürlich auch, welche Politikfelder und Reformen bei der journalistischen Analyse im Mittelpunkt standen.

Die Operationalisierung der analytischen Qualität erfolgt also durch die Messung der Häufigkeit, mit der sich die Beiträge mit Politikfeldern und Reformen beschäftigten. Dies erlaubt eine Aussage über die Breite der Analyse. Der Berichterstattung wird dann eine hohe analytische Qualität zugesprochen, wenn sie mög-

lichst viele Politikfelder und Reformvorschläge thematisierte. Andere Aspekte der journalistischen Analyse, wie z. B. der zeitliche Umfang, mit dem sich einer spezifischen Reform gewidmet wurde, werden somit bewusst ausgeschlossen.

Um erfassen zu können, ob über einzelne Politikfelder und Reformen berichtet wurde, wurden 139 Reformen und 16 Politikfelder anhand von vier zentralen Dokumenten ausgewählt:

1. Reformliste der griechischen Regierung vom 24. Februar 2015
2. Griechisches Regierungsprogramm
3. Fortschrittsbericht der EU
4. Kompromisspapier über ein neues ESM-Programm des Eurogipfels in Brüssel vom 12. Juli 2015

Diese Dokumente lagen in deutsche Übersetzung vor (Deutscher Bundestag 2015a; Deutscher Bundestag 2015b; Ernst 2015). Nach der ersten Sichtung des Materials wurde die Diskussion um einen Grexit zusätzlich als Thema ergänzt.

Die zu untersuchenden Qualitätskriterien und ihre Operationalisierung im Kategoriensystem der Erhebung werden in Abbildung 2 zusammenfassend dargestellt.

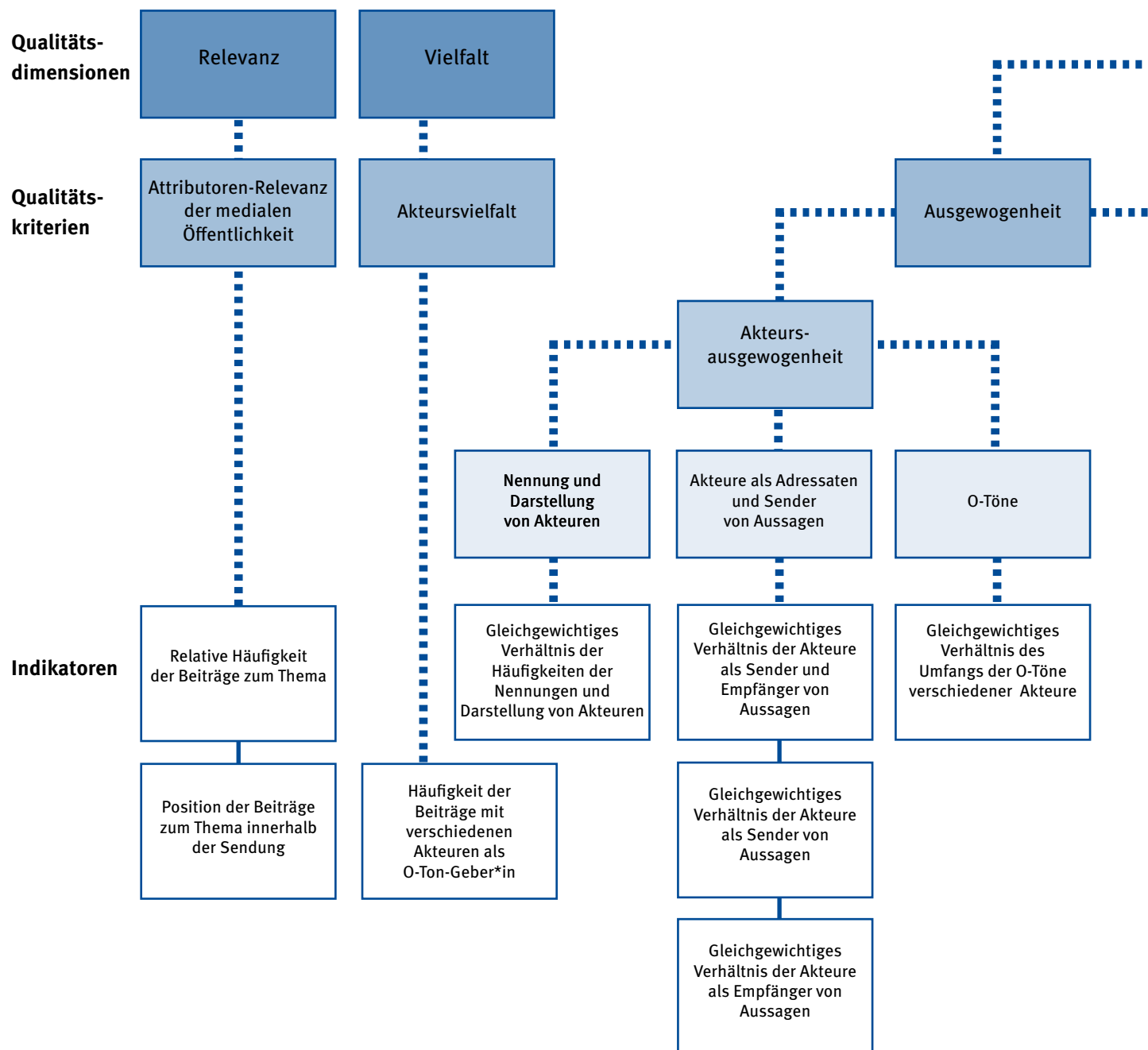
4.4 Materialbasis

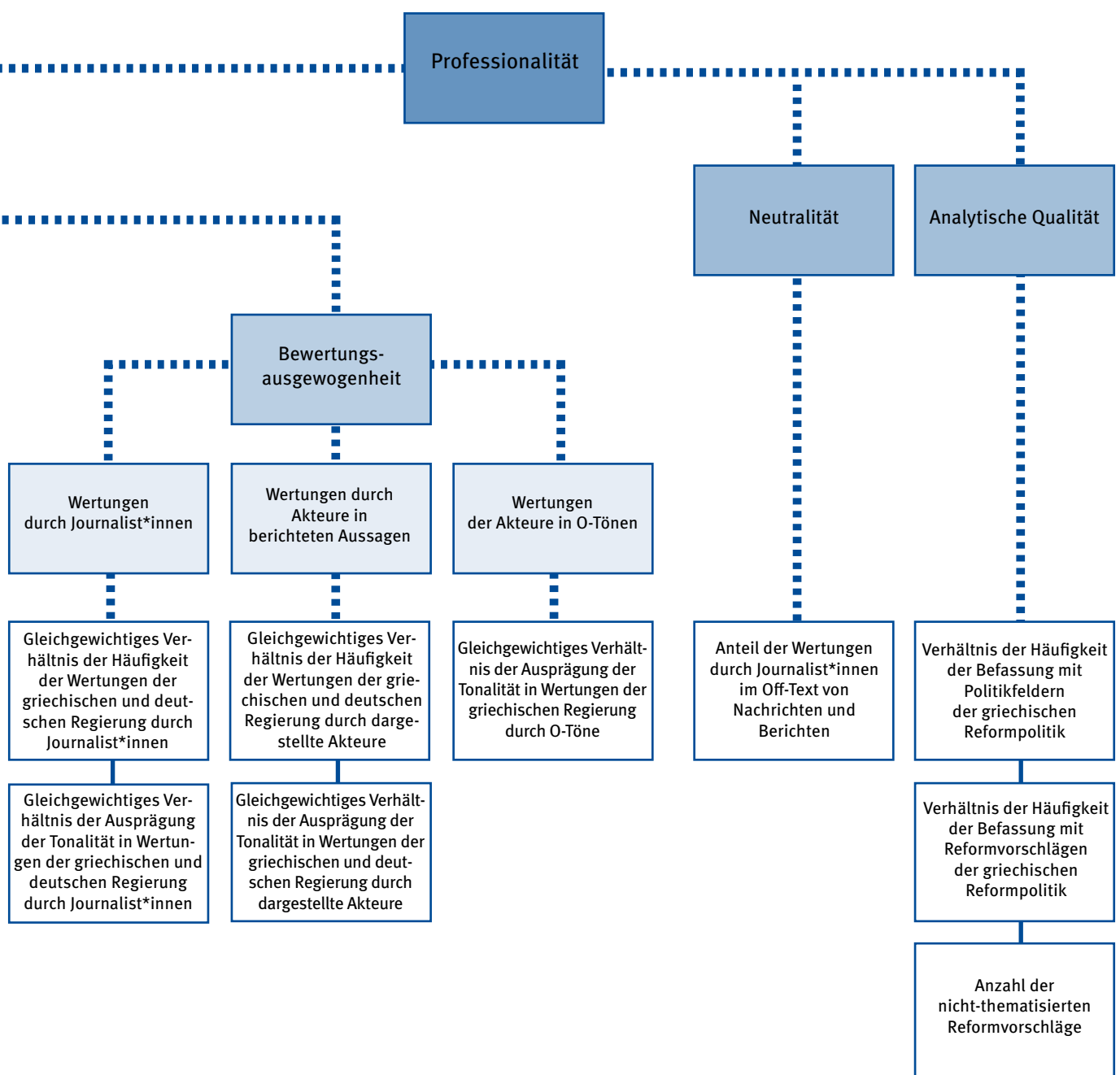
Der Untersuchungszeitraum reicht vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015. Die Untersuchung zielt damit bewusst auf die Berichterstattung über die Regierung Alexis Tsipras,

*Reformen stehen
im Fokus*

Abbildung 2:

Operationalisierung der Qualitätsdimensionen und -kriterien





Quelle: eigene Darstellung.

welche am 25. Januar 2015 gewählt wurde, und ihre Arbeit während des zweiten Griechenland-Hilfsprogrammes, die Verhandlungen und Vorbereitungen des dritten Hilfsprogrammes sowie die Umsetzung der in diesen Verhandlungen genannten Reformen durch die griechische Regierung.

Untersucht wurden die Beiträge der täglichen Hauptnachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk: die „Tagesschau“ der ARD um 20 Uhr und „heute“ des ZDF um 19 Uhr. Die beiden Sendungen zusammen erreichen im Durchschnitt über zwölf Millionen Fernsehzuschauer*innen täglich. Die Nachrichtensendungen werden täglich ausgestrahlt, es handelt sich demnach um 730 Sendungen im Jahr 2015. Es wurden alle Sendungen komplett erfasst hinsichtlich Länge und Anzahl der Beiträge mit einem Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise. Die Beiträge, die einen solchen Bezug aufweisen, wurden vertieft analysiert.

Die Beiträge sind die Untersuchungseinheiten der Analyse. Als Beitrag ist eine thematisch inhaltlich geschlossene Einheit einer Sendung definiert, die sich einem Thema widmet, von An- und/oder Abmoderation umschlossen sein kann und nicht durch eine Moderation unterbrochen wird.

Hinzu kommen die Sondersendungen „Brennpunkt“ der ARD und „ZDF spezial“ des ZDF zur griechischen Staatsschuldenkrise. Von den 43 „Brennpunkten“ im Jahr 2015 und 37 „ZDF spezial“ befassten sich 7 „Brennpunkte“ und 10 „ZDF spezial“ mit der griechischen Staatsschuldenkrise. Auch diese Sendungen wurden auf Sendungsebene hinsichtlich der

Länge der Sendungen und der Anzahl der Beiträge analysiert. Anschließend erfolgte ebenso wie bei den Hauptnachrichtensendungen eine vertiefte Analyse auf Beitragsebene.

4.5 Durchführung

Alle Untersuchungsobjekte wurden vor Beginn der Erhebung über eine Download-Funktion der Internet-Mediatheken von ARD und ZDF gesichert und den Codierer*innen digital zur Verfügung gestellt.

Die Auswertung anhand des Codebuchs erfolgte durch geschulte Codierer*innen im Januar und Februar 2016. Die Sendungen wurden komplett durchgesehen. Die Merkmale der Sendungen (Sender, Titel, Länge, Anzahl der Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise) wurden in einem separaten Codebogen erfasst. Die Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden von den Codierer*innen durchgesehen. Während der Durchsicht wurden in Zehn-Sekunden-Abständen die zu untersuchenden Merkmale erfasst und notiert und anschließend in einen Codebogen eingetragen. Alle Beiträge wurden transkribiert, um Reliabilität und intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu erhöhen.

4.6 Reliabilität, Validität und Neutralität der Untersuchung

Reliabilität gibt an, ob bei Messwiederholungen durch gleiche Codierer*innen (Intracoder-Reliabilität) oder unterschiedliche Codierer*innen (Intercoder-Reliabilität) gleiche Messergebnisse

12 Millionen Zuschauer

se ermittelt werden. Daran zeigt sich die Eindeutigkeit der Kategorien und Codiervorgaben (Früh 2011: 188). Im Vorfeld der Erhebung erfolgte durch zwei Codierer*innen ein Pretest anhand von fünf Sendungen, um die Anwendbarkeit des Codebuchs zu überprüfen. Die Codierung erfolgte anschließend durch sechs von der Projektleitung geschulte Codierer*innen. Diese nahmen zu Projektbeginn eine parallele Codierung von Beiträgen vor, so dass 24 Codierungen gegenübergestellt werden konnten.

Auf dieser Grundlage erfolgte ein Reliabilitätstest für jede einzelne Variable. Berechnet wurde ein Reliabilitätskoeffizient nach Holsti (1969) für alle Codierer*innen. Der Koeffizient misst die Übereinstimmung der Codierer*innen. Dieser betrug über alle Variablen hinweg $CR=0,94$. Dieser Wert kann als sehr gut bezeichnet werden (vgl. Neuendorf 2002: 143). Für die zu codierenden Reformen und Politikfelder zeigte sich ebenso wie für die Formalkategorien ein nahezu perfekter Reliabilitätskoeffizient, für die zu codierenden Akteure ergab sich ein Wert von $CR=0,81$; für die Variablen, bei denen Meinungen und Positionen einzuordnen waren, ergab sich ein Wert von $CR=0,75$.

Durch gemeinsame Codier-Sitzungen der Codierer*innen mit der Projektleitung in den ersten Phasen der Erhebung und weitere Konkretisierungen der Codieranweisungen zu einzelnen Variablen mit geringen Übereinstimmungswerten konnten Zweifelsfälle ausgeräumt werden. Ein zweiter Reliabilitätstest im Anschluss an diese Schulung zeigte eine Steigerung der Reliabilität auf einen Gesamt-

wert von $CR=0,96$; bei der Einordnung von Meinungen und Positionen ergab sich ein Wert von $CR=0,82$, für die Zuordnung von Akteuren ein Wert von $CR=0,87$. Zudem konnte durch mehrere Abgabezeiträume, in denen die Zwischenergebnisse geprüft wurden, die Sorgfältigkeit der Codierung sichergestellt werden.

Mit Validität ist die Gültigkeit der Messinstrumente gemeint. Es handelt sich dabei um einen inhaltsanalytischen Qualitätsstandard, der angibt, ob das gemessen wurde, was gemessen werden sollte. Es geht dabei zum einen um die Frage, ob die erhobenen Daten dem zu Grunde gelegten theoretischen Konstrukt entsprechen.

Es gibt verschiedene Aspekte von Validität. Inhaltsvalidität ist gegeben, da das Kategoriensystem alle Aspekte berücksichtigt, die in der Fragestellung enthalten sind. Die Beziehung zwischen den codierten Daten und der Forschungsfrage wurde begründbar und plausibel in der Operationalisierung des theoretischen Konstrukts Qualität dargestellt (siehe Kap. 4.3).

Die Rede ist auch von „face-validity“ (Früh 2011: 196). Die vom Forschenden als valide betrachtete Operationalisierung muss zudem von den Codierer*innen adäquat umgesetzt werden. Die Forscher*innen-Codierer*innen-Validität kann durch Messung der Forscher*innen-Codierer*innen-Reliabilität festgestellt werden. Gemessen wird hier die Übereinstimmung der Codierer*innen mit dem Forschenden. Eine Messung anhand von zehn Stichproben über alle 214 Variablen ergab auch hier einen Wert von $CR=0,93$. Dieser Wert ist wie ein Reliabilitätskoeffizient zu bewerten (s. o.).

Kriteriumsvalidität als weiterer Aspekt von Validität kann nur sinnvoll im Nachgang dieser Studie durch einen Vergleich mit anderen (bisher noch nicht vorliegenden) Studien zum gleichen Untersuchungsgegenstand bewertet werden (vgl. Früh 2011: 196 ff.).

Die Neutralität einer Untersuchung wird durch Objektivität sichergestellt. Eine Messung gilt dann als objektiv, wenn sie unabhängig von der Person, die diese Messung vornimmt, zum selben Ergebnis führt. Durch die Anlage der Untersuchung und die Wahl der Methode kann Objektivität hergestellt werden. Bei der in dieser Studie gewählten Methode handelt es sich um eine Inhaltsanalyse mit einem stark

standardisierten Kategoriensystem und Codebuch. Ein hohes Maß an Standardisierung (vorgegebene Kategorien zu möglichen Merkmalsausprägungen) und der Zugriff auf nicht-reaktive Daten (Inhalte, die sich nicht während des Erhebungsverfahrens ändern) sichern Objektivität (Behnke/Baur/Behnke 2010: 125 f.).

Objektivität wird zudem durch die statistische Auswertung der Daten sichergestellt. Offene Kategorien, die interpretiert werden müssten, liegen in der vorgenommenen Untersuchung nicht vor. Die gewählte Methode unterstützt durch ihr hohes Maß an Standardisierung eine objektive und neutrale Untersuchung der Fragestellung.

5 Ergebnisse der Untersuchung

In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse hinsichtlich der Relevanz des Themas griechische Staatsschuldenkrise, der Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung, der Ausgewogenheit, der Neutralität und der analytischen Qualität der Berichterstattung dargestellt. Die Erkenntnisse werden jeweils am Ende eines Abschnitts zusammengefasst. Alle folgenden Darstellungen sind eigene Anfertigungen aus dem erhobenen empirischen Material.

5.1 Relevanz des Themas

Im Folgenden wird gezeigt, wie relevant das Thema der griechischen Staatsschuldenkrise für die Nachrichtensendung von ARD und ZDF war. Im Untersuchungszeitraum, dem gesamten Jahr 2015, wurden 747 Nachrichtensendungen analysiert. Darunter sind 365 Sendungen der „Tagesschau“, 365 Sendungen von „heute“ sowie 7 „Brennpunkte“ der ARD und 10 „ZDF spezial“. Bei „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ handelt es sich jeweils um Sondersendungen. Analysiert wurden jene, die sich auf die griechische Staatsschuldenkrise bezogen haben. Im Jahr 2015 gab es 43 „Brennpunkt“-Sendungen. 16,3 Prozent davon bezogen sich auf die griechische Staatsschuldenkrise. Im gleichen Zeitraum gab es 60 „ZDF spezial“, 16,7 Prozent davon bezogen sich auf die griechische Staatsschuldenkrise. Insgesamt wurde Material im Umfang von mehr als 206 Stunden daraufhin gesichtet, ob ein Beitrag mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise enthalten ist.

In 459 Nachrichtensendungen kamen keine Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise vor. 282 Sendungen hatten einen oder mehrere Beiträge zu diesem Thema. 139 Sendungen waren es in der „Tagesschau“, was 38,1 Prozent aller „Tagesschau“-Sendungen im Jahr 2015 entspricht. In der Sendung „heute“ wurde in 126 Nachrichtensendungen die griechische Staatsschuldenkrise thematisiert. Das entspricht 34,5 Prozent aller „heute“-Sendungen im Jahr 2015. Also war in mehr als jeder dritten Nachrichtensendung von ARD und ZDF die griechische Staatsschuldenkrise ein Thema.

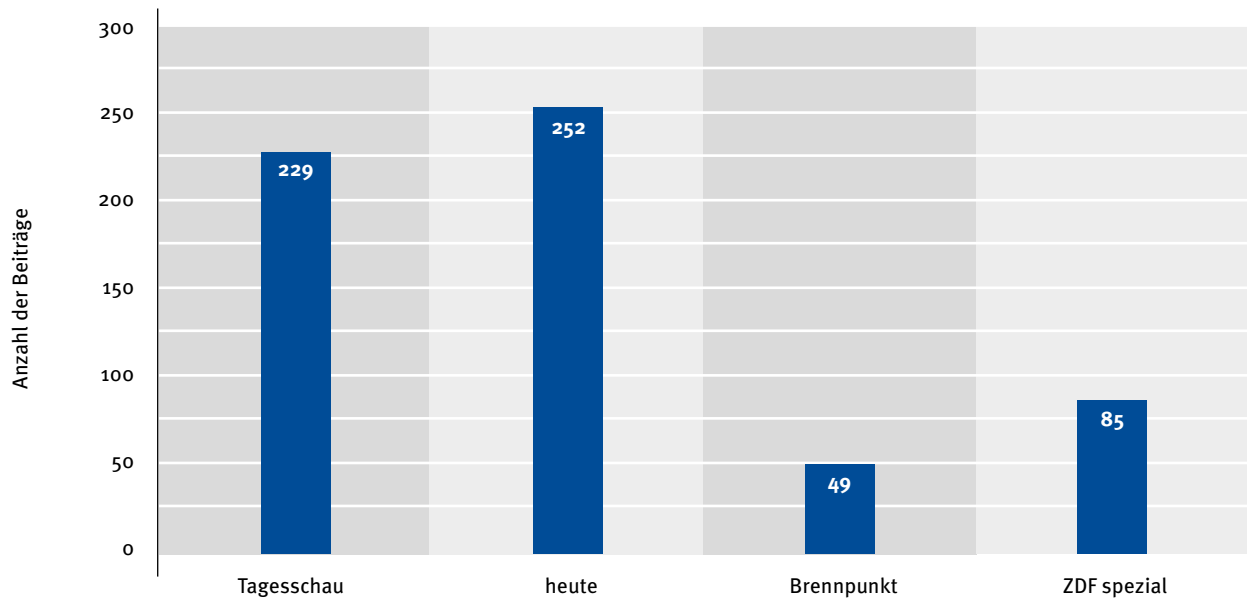
Insgesamt wurden 615 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise erfasst. Sie haben eine Gesamtlänge von mehr als 19 Stunden. Obwohl die Nachrichtensendung „heute“ in weniger Sendungen über die griechische Staatsschuldenkrise berichtete als die „Tagesschau“, erfolgte die Berichterstattung in mehr Beiträgen.

In der „Tagesschau“ sind es 229 Beiträge, die sich auf die griechische Staatsschuldenkrise bezogen, in „heute“ sind es 252 Beiträge. 49 Beiträge konnten in den „Brennpunkten“ der ARD gezählt werden, 85 Beiträge in den Sendungen von „ZDF spezial“ (vgl. Abbildung 3). Insgesamt berichtete die „Tagesschau“ über eine Länge von 386 Minuten und 36 Sekunden über die griechische Staatsschuldenkrise, die Sendung „heute“ sendete über eine Dauer von 413 Minuten und 24 Sekunden Beiträge zu diesem Thema. 132 Minuten und 33 Sekunden wiesen die Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise im „Brennpunkt“ und 257 Minuten und 54 Sekunden in „ZDF spezial“ in ihrer Summe auf.

*„heute“ berichtet
am längsten
zu Griechenland*

Abbildung 3:

Anzahl der Beiträge in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Die durchschnittliche Länge der Beiträge unterscheidet sich zwischen „Tagesschau“ und „heute“ kaum. Sie beträgt in der „Tagesschau“ eine Minute und 41 Sekunden und in „heute“ eine Minute und 38 Sekunden. Die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ zeigten auch längere Beiträge. Die durchschnittliche Länge der Beiträge liegt beim „Brennpunkt“ bei 2 Minuten und 42 Sekunden, bei „ZDF spezial“ bei 3 Minuten und 2 Sekunden (vgl. Abbildung 4).

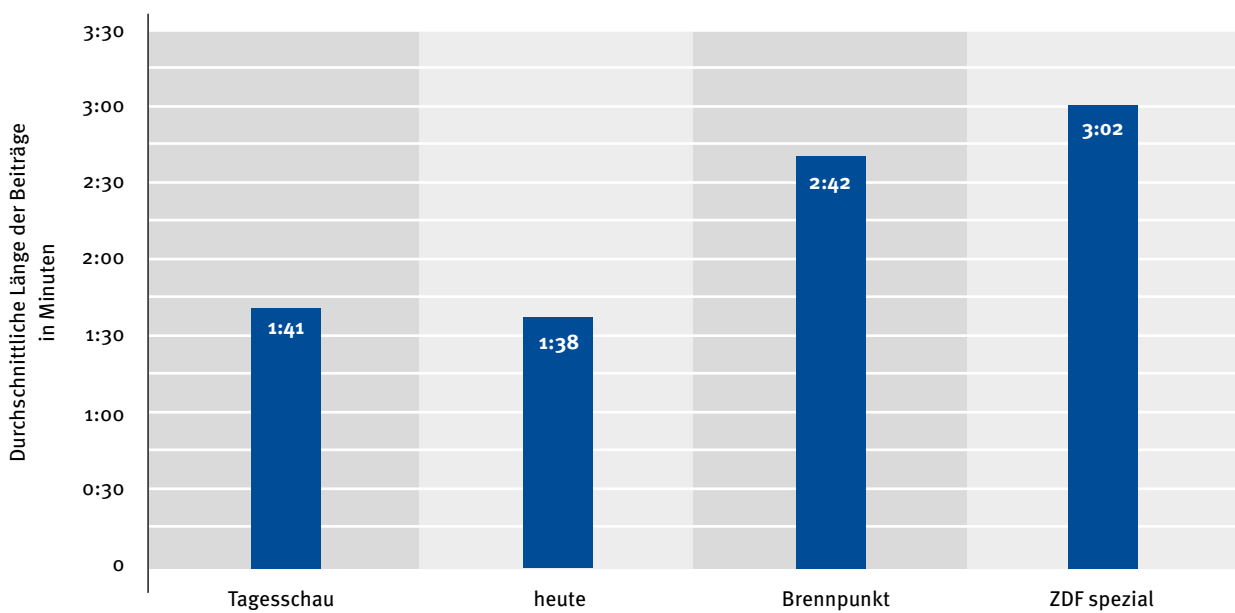
Auch wenn dies kein Indikator zur Bewertung der Relevanz ist, soll hier dennoch auch beschrieben werden, wie sich die Beiträge mit

Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise auf den Untersuchungszeitraum verteilen.

Die Beiträge verteilen sich sehr unterschiedlich auf den Untersuchungszeitraum. Im Verlauf ist erkennbar, dass die Anzahl der Beiträge von Januar auf Februar stieg, dann folgte ein Rückgang der Berichterstattung im März, April und Mai. Im Juni kam es dann mit 25,53 Prozent aller Beiträge zu einem starken Anstieg der Berichterstattung. Der Höhepunkt war im Juli mit 33,82 Prozent aller Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise. Ab September spielte das Thema kaum noch eine Rolle (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 4:

Durchschnittliche Länge der Beiträge in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Diese Entwicklung und insbesondere die Steigerung der Berichterstattung in einigen wenigen zeitlichen Abschnitten kann auf einzelne Ereignisse im Verlauf der Krise zurückgeführt werden: Insbesondere die Treffen vor Auslaufen einer Stufe des Hilfspaketes im Februar und im Juni 2015 zogen große Aufmerksamkeit auf sich und verstärkten die Berichterstattung. Diese Gipfel standen bei ablaufenden Fristen in engem zeitlichem Zusammenhang mit einer intensiven Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise.

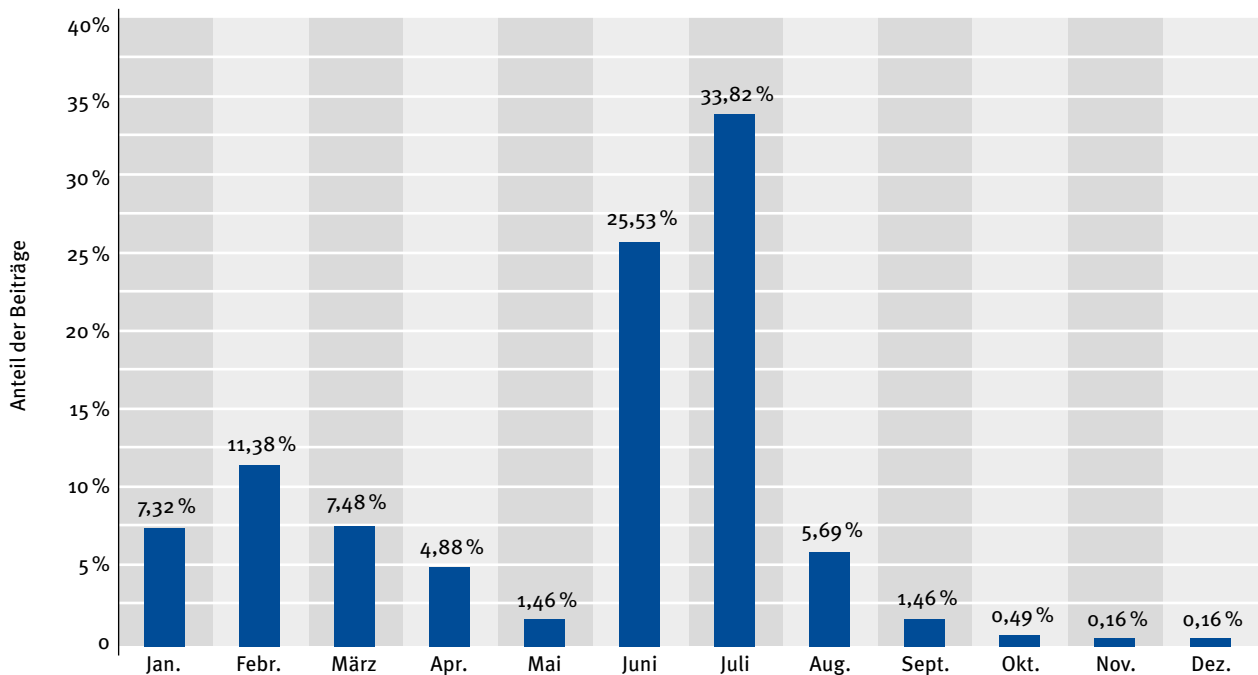
Am 28. Februar sollte das zweite Griechenland-Hilfspaket auslaufen. Treffen der

Euro-Finanzminister*innen am 11. und am 20. Februar und ein EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs und chefinnen waren der Anlass für eine intensive Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise. Nach der Vorlage einer Reformliste durch den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis am 24. Februar und der Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung des zweiten Hilfspaketes Ende Februar 2015 verlor das Thema an Relevanz.

Die Frist für das Auslaufen des zweiten Hilfspaketes wurde auf den 30. Juni 2015 festgesetzt. Auch im Vorfeld dieser Frist kam es zu einer Reihe von Gipfeltreffen, die Anlass für

Abbildung 5:

Anteil der Beiträge in den Untersuchungsmonaten im zeitlichen Verlauf



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

*Anstieg der
Berichterstattung
nach Scheitern
der Verhandlungen*

eine intensive Berichterstattung waren. Das Treffen der Euro-Finanzminister*innen am 18. Juni, ein Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs und -chefinnen am 21. und 22. Juni, ein Treffen der Euro-Finanzminister*innen am 24. Juni und schließlich der Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs und -chefinnen waren Anlass für eine Steigerung der Berichterstattungsintensität.

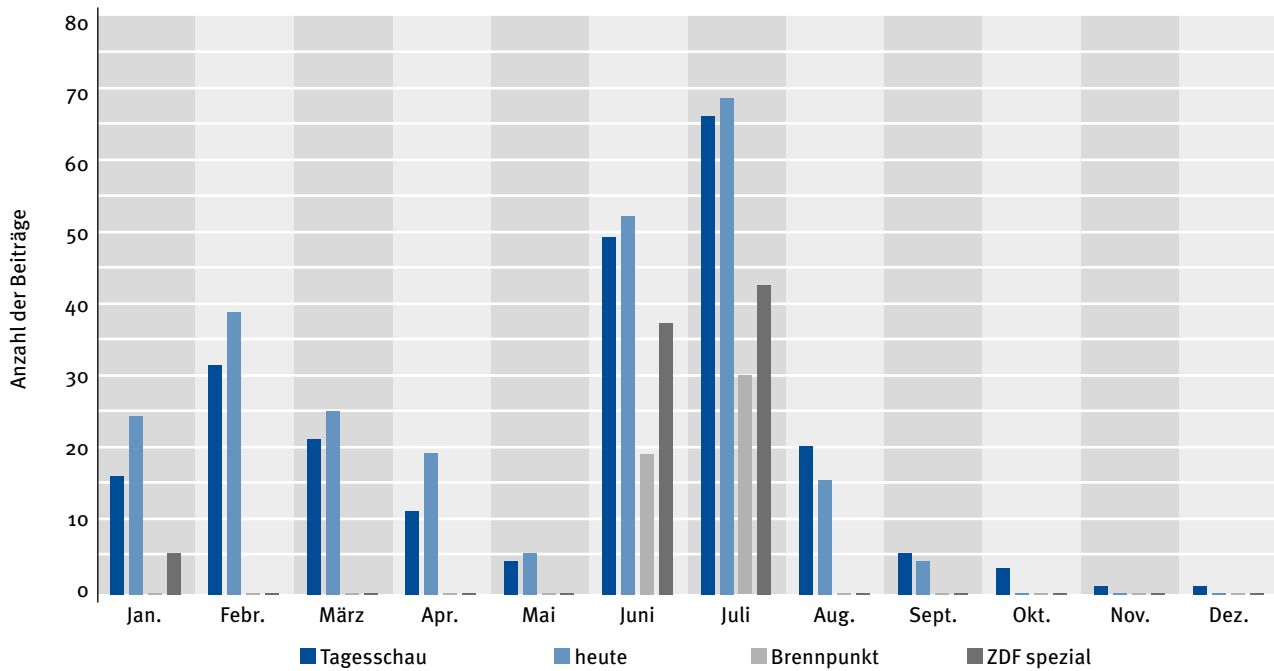
Das Scheitern dieser Verhandlungen und die Ankündigung eines Referendums durch den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras am 27. Juni sorgten im Zusammenhang mit der Frist für das zweite Hilfspaket Ende Juni

2015 für einen massiven Anstieg der Berichterstattungsintensität. Das Referendum am 5. Juli, die Schließung griechischer Banken, das Treffen der Euro-Finanzminister*innen und Regierungschefs und -chefinnen am 7. Juli sowie die Verhandlungen um ein neues Hilfspaket waren im Juli Ereignisse, die eine sehr starke Berichterstattung beförderten. Nachdem eine Einigung am 12. Juli bei einem Gipfel der Euro-Staaten zustande kam, ließ die Berichterstattung im August erheblich nach.

Die Berichterstattungsintensität zur griechischen Staatsschuldenkrise ist in den untersuchten Nachrichtensendungen im zeitlichen

Abbildung 6:

Anzahl der Beiträge nach Sendungen im zeitlichen Verlauf



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Verlauf weitestgehend ähnlich und verläuft zwischen den Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ nahezu synchron.

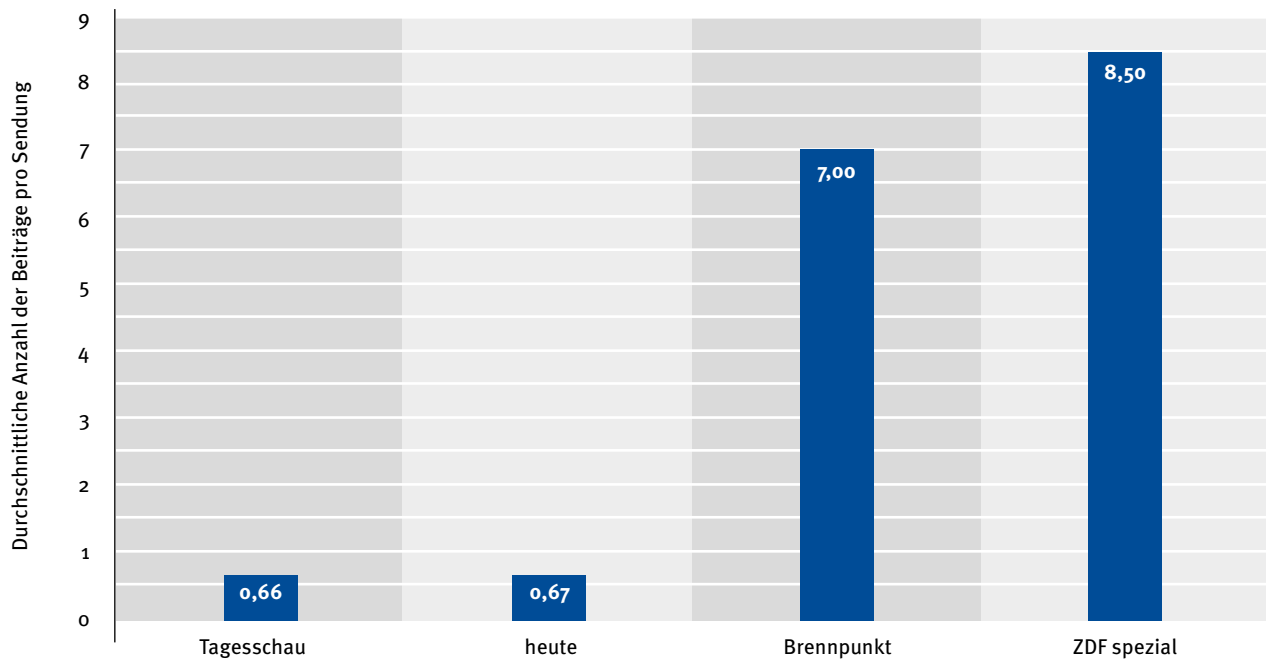
Die „Tagesschau“ startete das Jahr 2015 im Januar mit 16 Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise, „heute“ mit 24. In den Folgemonaten gab es in der Regel in „heute“ 3 bis 8 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise mehr als in der „Tagesschau“. Beide Hauptnachrichtensendungen steigerten sich im Februar – die „Tagesschau“ auf 32 Beiträge, „heute“ auf 39 Beiträge. In den Folgemonaten nahm die Berichterstattungsintensität ab und erlebte ihren ersten Tiefpunkt im Mai. Zum Hö-

hepunkt der Krise im Juli berichtete die „Tagesschau“ in 66 und „heute“ in 69 Beiträgen. Auffällig ist, dass die Sendung „heute“ ab August 2015 erstmals erkennbar seltener als die „Tagesschau“ auf das Thema einging. So sind es in „heute“ 15 Beiträge, während sich in der „Tagesschau“ 20 Beiträge finden lassen. Im September zeigte „heute“ lediglich vier Beiträge, danach gar keine mehr (vgl. Abbildung 6).

Die Berichterstattungsintensität ist in den Sondersendungen „ZDF spezial“ höher als in den „Brennpunkten“ der ARD. Es gab zum einen mehr „ZDF spezial“-Sendungen und zum anderen auch mehr Beiträge in den einzelnen

Abbildung 7:

Durchschnittliche Anzahl der Beiträge in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Sendungen. Es wurden 10 „ZDF spezial“ zur griechischen Staatsschuldenkrise mit einer durchschnittlichen Länge von 15 Minuten und 14 Sekunden ausgestrahlt und 7 „Brennpunkte“ mit einer durchschnittlichen Länge von 6 Minuten und 41 Sekunden. Die Sonderberichterstattung des ZDF war also erkennbar intensiver.

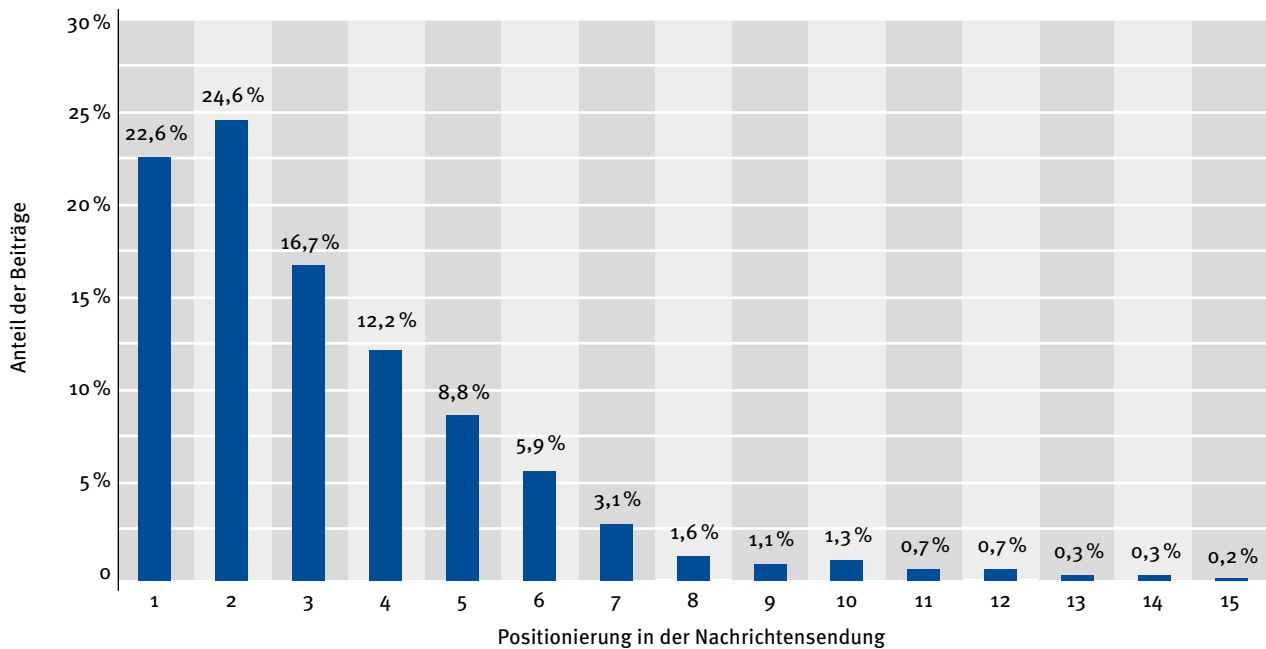
Diese Sondersendungen befassten sich ausschließlich mit der griechischen Staatsschuldenkrise und dementsprechend hoch ist hier auch die Zahl der Beiträge pro Sendung. Die durchschnittliche Anzahl der Beiträge lag in den „ZDF spezial“-Sendungen bei 8,5 Beiträgen pro

Sendung, bei den ARD-„Brennpunkten“ waren es 7 Beiträge pro Sendung. Die Nachrichtensendungen „heute“ und „Tagesschau“ sendeten in etwa gleich viele Beiträge pro Sendung. 0,67 Beiträge waren es pro „heute“-Sendung und 0,66 Beiträge waren es pro „Tagesschau“-Sendung (vgl. Abbildung 7).

Die griechische Staatsschuldenkrise war im Jahr 2015 eines der zentralen Themen in den Fernsehnachrichten der ARD und des ZDF. Dies lässt sich daran erkennen, dass 22,6 Prozent der Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise an der ersten Stelle einer Sendung positioniert waren, folglich als

Abbildung 8:

Positionierung von Beiträgen in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

„Aufmacher“ gelten. Die Positionierung ist Ausdruck der Relevanz eines Themas. Je bedeutsamer ein Thema den Journalist*innen erscheint, desto weiter an den Anfang einer Nachrichtensendung wird es platziert. 24,6 Prozent der Beiträge befanden sich an zweiter und 16,7 Prozent an dritter Stelle. Somit sind 64 Prozent aller Beiträge zum Thema griechische Staatsschuldenkrise unter den ersten drei Beiträgen einer Sendung zu finden (vgl. Abbildung 8). Zwischen „Tagesschau“ und „heute“ gibt es hinsichtlich der Positionierung kaum Unterschiede. Beide Sendungen positionierten 61 Beiträge zur griechischen Staatsschulden-

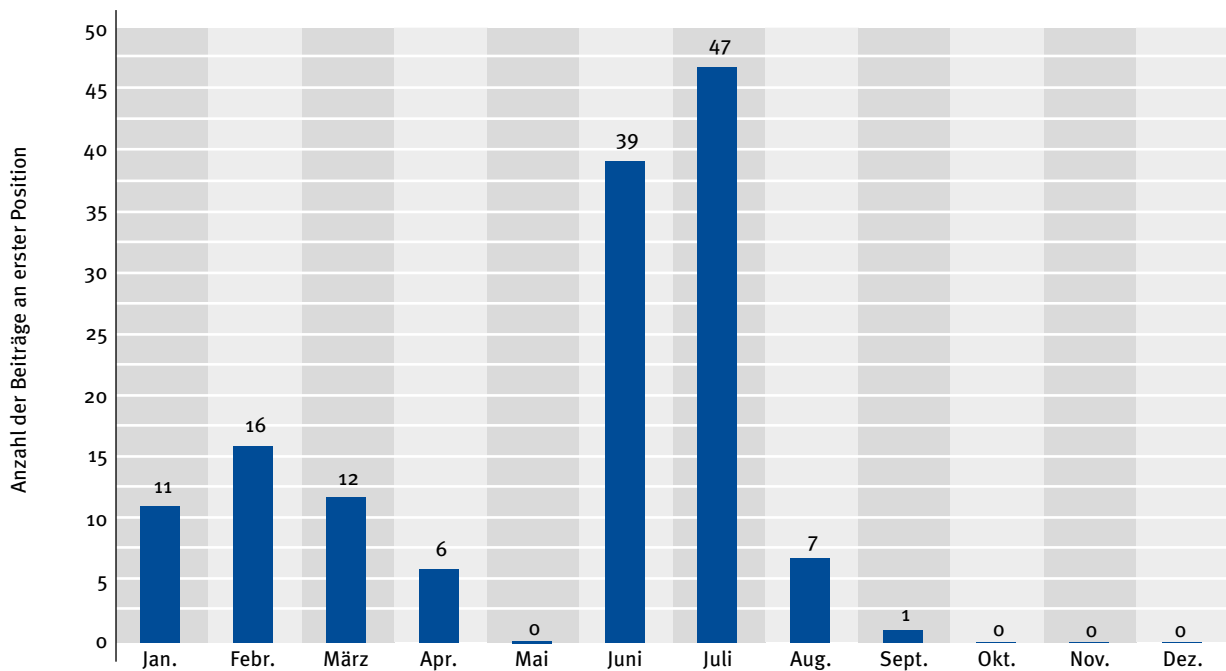
krise zu Beginn der Nachrichtensendungen, was bei der „Tagesschau“ 26,6 Prozent und bei „heute“ 24,2 Prozent der Beiträge entspricht.

Diese hohe Relevanz zeigte sich bereits zu Jahresbeginn im Januar mit elf Beiträgen an erster Position und im Februar mit 16 Beiträgen an erster Position. Im März fiel die Relevanz, im Mai war kein Beitrag zur griechischen Staatsschuldenkrise zu Beginn einer Nachrichtensendung platziert. Ihren Höhepunkt hatte die Relevanz des Themas im Juni und Juli, wo 39 bzw. 47 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise die erste Position der Nachrichtensendungen innehatten. In den Folgemonaten sank die

Höhepunkt im Juni und Juli 2015

Abbildung 9:

Beiträge an erster Position der Nachrichtensendungen im zeitlichen Verlauf



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=139, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Relevanz stark, im August waren nur noch 7 Beiträge als erste innerhalb der Nachrichtensendungen platziert, im September noch einer. Danach schaffte es das Thema nicht mehr auf die erste Position (vgl. Abbildung 9).

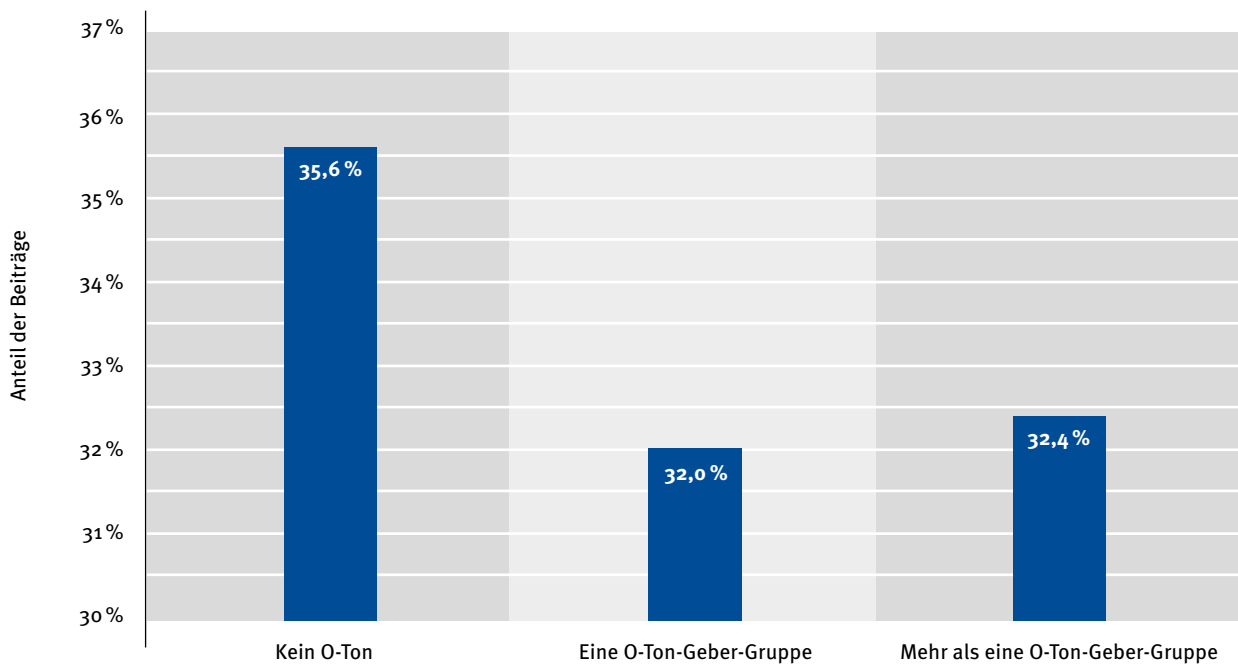
Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ das Thema griechische Staatsschuldenkrise als sehr relevant angesehen haben. Im Jahr 2015 war in 38 Prozent der „Tagesschau“-Sendungen und 34 Prozent der „heute“-Sendungen mindestens ein Beitrag zur griechischen Staatsschuldenkrise vertreten. Außerdem wurde das Thema in 22,6 Pro-

zent der Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise als Aufmacher für die Nachrichtensendungen genutzt. „Tagesschau“ und „heute“ unterschieden sich in ihrer Berichterstattungsintensität kaum. Ein Großteil der Berichterstattung von „Tagesschau“ und „heute“ fand in den Monaten Februar, Juni und Juli 2015 statt. Nach einer Einigung zwischen den Konfliktparteien im Juli verlor das Thema massiv an Relevanz: „Tagesschau“ und „heute“ berichteten dann kaum noch über das Thema. Insgesamt strahlte das ZDF im Jahr 2015 mehr Sondersendungen zur griechischen Staatsschuldenkrise aus als die ARD.

Hohe Relevanz

Abbildung 10:

Anteil der Beiträge differenziert nach Vielfalt der O-Ton-Geber*innen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

5.2 Vielfalt der Akteure in der Berichterstattung

Die Vielfalt als Qualitätsmerkmal wurde auch auf der Akteursebene operationalisiert. Zu untersuchen war, ob alle relevanten politischen Akteure beachtet und ihre Positionen wiedergegeben wurden. Dafür wurde untersucht, welche politischen Akteure in O-Tönen zu Wort kamen. Dies erlaubt eine Aussage darüber, ob politische Akteure dargestellt wurden, die für verschiedene Positionen stehen.

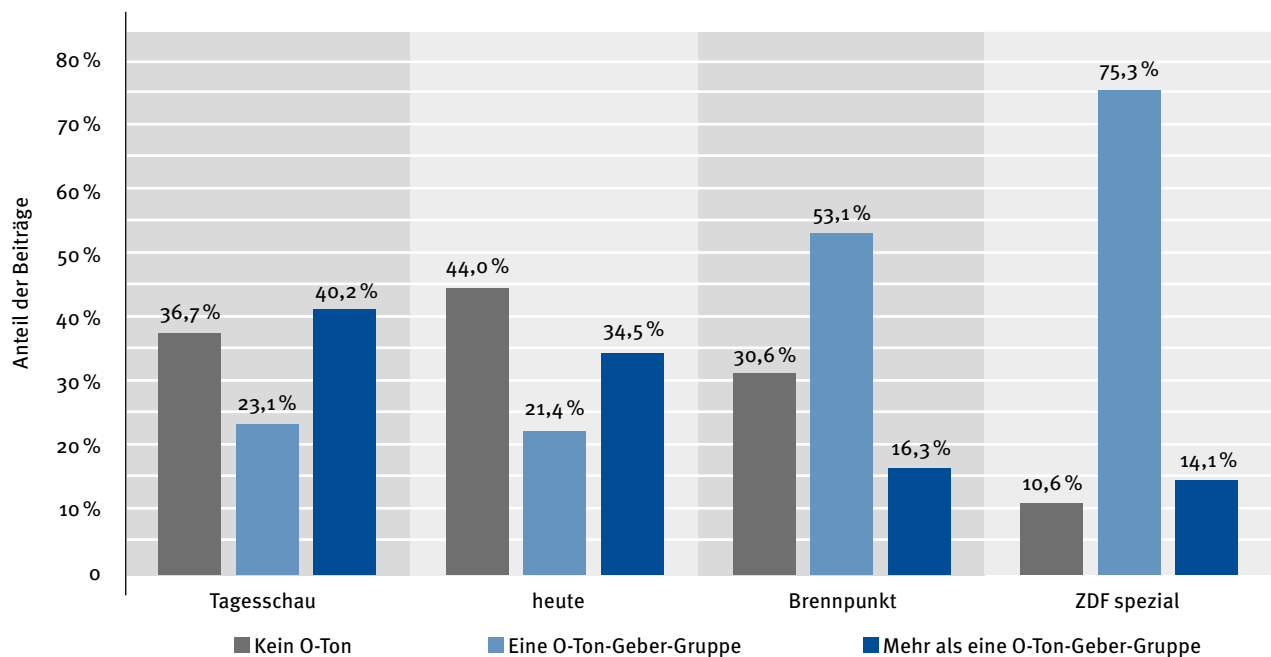
Die Anzahl der Akteure, die in einem Beitrag direkt zu Wort kommen, sagt etwas über

die Akteursvielfalt der Beiträge aus. Hierfür wurden die O-Töne der Beiträge betrachtet. Es wurde untersucht, wie viele unterschiedliche Akteure zu Wort gekommen sind und ihre Aussagen direkt senden konnten.

Dabei wurden kollektive Akteure, wie die griechische Regierung, die deutsche Regierung, Vertreter*innen der EU (EU-Kommission, Vertreter*innen des Europaparlaments und der Präsident des Europäischen Rates), Vertreter*innen der Eurogruppe und andere Akteure jeweils kollektiv als ein Akteur gezählt, da sie in der Regel für eine Position stehen. Für die folgende Analyse wurde zusammengezählt,

Abbildung 11:

Anteil der Beiträge differenziert nach Vielfalt der O-Ton-Geber*innen und Sendung



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

wie viele dieser Akteursgruppen in O-Tönen in den Beiträgen auftraten. Daran ist feststellbar, wie vielfältig die Positionen in O-Tönen sein können.

Es zeigt sich, dass in den meisten Beiträgen, in denen O-Töne vorkommen, mehr als nur eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe dargestellt wurde. Eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe findet sich in 32,0 Prozent der Beiträge. So wurden beispielsweise innerhalb eines Beitrags nur Vertreter*innen der EU in O-Tönen dargestellt und andere Vertreter*innen nicht. Mehr als eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe findet sich hingegen in 32,4 Prozent der Beiträge. Hier

wurden vielfältige Akteure durch O-Töne dargestellt (vgl. Abbildung 10).

Im Folgenden sollen diese Ergebnisse zwischen den untersuchten Sendungen vergleichend dargestellt werden.

Im Vergleich zwischen den untersuchten Sendungen fällt auf, dass in den Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ in mehr Beiträgen mehr als eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe zu Wort kam. Dies ist in der „Tagesschau“ in 40,2 Prozent der Beiträge der Fall, in „heute“ in 34,5 Prozent. Dies spricht für Akteursvielfalt bei O-Tönen in diesen Sendungen. Nur eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe

findet sich in beiden Sendungen ähnlich selten: in der „Tagesschau“ in 23,1 Prozent der Beiträge, in „heute“ in 21,4 Prozent (vgl. Abbildung 11).

In den Sondersendungen ist es erheblich häufiger der Fall, dass nur eine Gruppe von O-Ton-Geber*innen zu Wort kam. Dies ist in 53,1 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge der Fall und in 75,3 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge. Diese Sendungen weisen demnach eine geringere Vielfalt von O-Ton-Geber*innen innerhalb eines Beitrags auf. Dies ist auch auf die Verwendung der Darstellungsform Interview in Sondersendungen zurückzuführen, bei der häufig nur ein Akteur zu Wort kommt.

Insgesamt und über alle Beiträge hinweg sind die O-Töne jedoch auf vielfältige Akteure verteilt. Es wurden insgesamt 126 unterschiedliche andere Akteure gezählt, die in O-Tönen zu Wort kamen. Darunter sind u.a. Barack Obama, Christine Lagarde, Ökonomen wie Marcel Fratzscher, Clemens Fuest oder Peter Bofinger, griechische Politik- und Sozialwissenschaftler*innen, Zentralbanker wie Mario Draghi, Syriza-Abgeordnete wie beispielsweise Nikos Manios, deutsche Politiker wie Bernd Riexinger, Wolfgang Bosbach, Manuel Sarrazin oder Thomas Oppermann. Die Vielfalt der Akteure, welche in den Nachrichtensendungen durch O-Töne zu Wort kamen, ist dementsprechend breit.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass über alle Beiträge hinweg Akteursvielfalt gegeben ist, da unterschiedliche Akteure Anlass der Berichterstattung waren. Auf Beitragsebene kamen zumeist mehr als

eine Akteursgruppe zu Wort. In „Tagesschau“ und „heute“ wurde auf Beitragsebene stärker auf die Vielfalt der Akteure geachtet als in den Sondersendungen. Über alle Beiträge hinweg kamen jedoch bei allen Sendungen vielfältige Akteure zu Wort.

5.3 Ausgewogenheit in der Berichterstattung

Im Folgenden soll die Ausgewogenheit der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“, „heute“ und in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ untersucht werden.

Anhand des Auftretens der politischen Akteure kann eine Aussage über die Ausgewogenheit der Nachrichtenberichterstattung getroffen werden. Eine ausgewogene Berichterstattung liegt dann vor, wenn alle in der öffentlichen Diskussion vorgetragenen Argumente und Standpunkte berücksichtigt werden und die jeweiligen politischen Akteure, die diese Standpunkte repräsentieren, gleichgewichtig zu Wort kommen. Daher wurde erfasst, wie häufig die griechische und deutsche Regierung und andere politische Akteure auftraten. Es geht hierbei um die Akteursausgewogenheit. So kann bestimmt werden, ob alle politischen Akteure angemessen zu Wort kamen. Zusätzlich soll anhand der Bewertungsausgewogenheit gezeigt werden, ob Bewertungen dieser Akteure in der Berichterstattung ausgewogen waren. Akteursausgewogenheit und Bewertungsausgewogenheit der Berichterstattung

*Vielfältige Akteure
kommen zu Wort*

zur griechischen Staatsschuldenkrise werden in den folgenden Abschnitten analysiert.

5.3.1 Akteursausgewogenheit

In den folgenden Abschnitten geht es darum festzustellen, ob die zentralen Akteure in einem gleichgewichtigen Verhältnis in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise dargestellt wurden, ob sie in gleichem Verhältnis Aussagen senden konnten und empfangen haben und ob sie in gleichem Umfang in O-Tönen zu Wort gekommen sind.

Ausgewogenheit der Nennung und Darstellung von Akteuren

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie hoch der Anteil der Beiträge mit einem Auftreten von Akteuren – gemessen an der Gesamtanzahl der Beiträge – ist, um im weiteren Verlauf aufzuzeigen, wie häufig politische Akteure in den Beiträgen namentlich genannt und wie häufig sie auf Bildebene gezeigt wurden. Die Analyse soll Aufschluss über die Ausgewogenheit der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise liefern.

Akteure der griechischen und deutschen Regierung wurden in den untersuchten Beiträgen, unabhängig von einer möglichen Personalisierung, genannt oder gezeigt. Es liegen aber deutliche Unterschiede hinsichtlich der Regierungen beider Länder in Bezug auf die Häufigkeit vor. Über alle Sendungen hinweg wurde die griechische Regierung mit Ministerpräsident Alexis Tsipras und Finanzminister Yanis Varoufakis oder dessen Nachfolger, Euklid Tsakalotos, in insgesamt 67,3

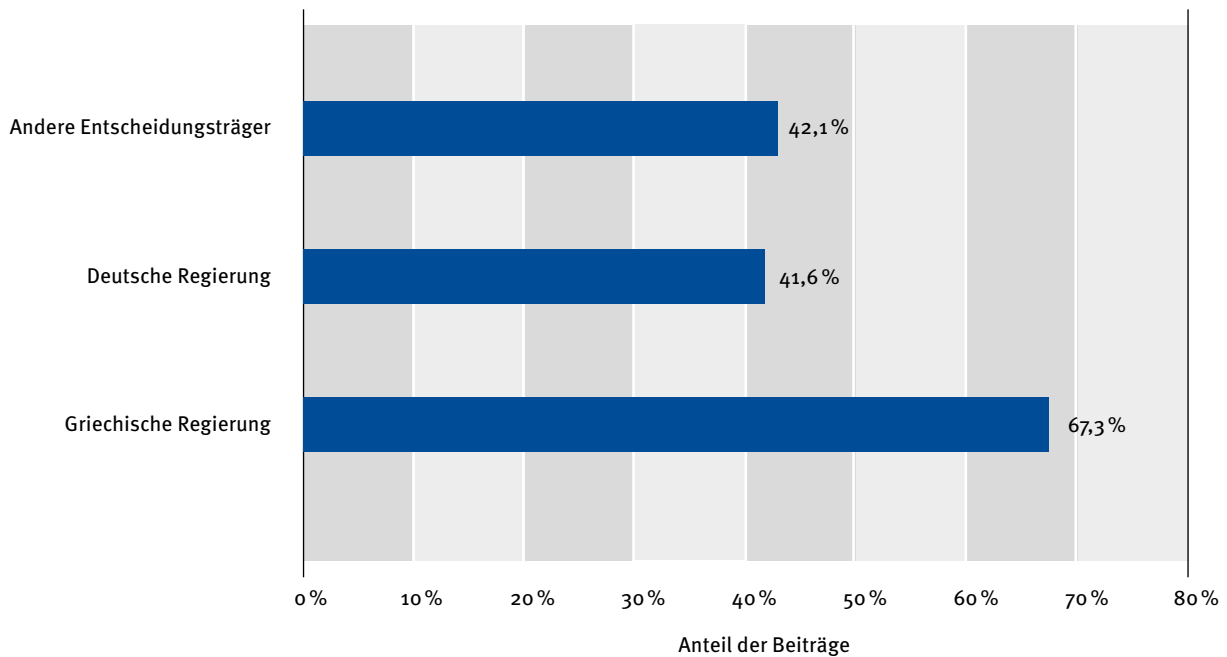
Prozent aller Beiträge genannt oder gezeigt. Demgegenüber war die deutsche Regierung deutlich seltener in der Berichterstattung vertreten. In 41,6 Prozent der Beiträge wurden Kanzlerin Angela Merkel oder Finanzminister Wolfgang Schäuble genannt oder gezeigt. Andere Entscheidungsträger*innen wie Vertreter*innen der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds oder der Eurogruppe wurden in 42,1 Prozent aller Beiträge namentlich erwähnt bzw. im Bild gezeigt (vgl. Abbildung 12). Im Folgenden wird das Auftreten dieser Akteure differenziert nach den Sendungen betrachtet.

Hinsichtlich einer Differenzierung zwischen den einzelnen Sendungen lässt sich feststellen, dass in der Sendung „heute“ die griechischen Regierungsakteure in 72,5 Prozent aller Beiträge genannt wurden, während der Wert bei der „Tagesschau“ bei 66,4 Prozent lag. Beim „Brennpunkt“ lag der Anteil bei 69,3 Prozent, bei „ZDF spezial“ bei 52,9 Prozent. Die deutsche Regierung wurde in allen untersuchten Sendungen seltener genannt oder gezeigt. Sie kam nur in 21,3 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge vor und in 43 Prozent der „heute“-Beiträge. Im „Brennpunkt“ war sie in 46,9 Prozent der Beiträge vertreten und in „ZDF spezial“ in 37,6 Prozent.

Dies verdeutlicht, dass griechische Regierungsakteure in allen untersuchten Nachrichtensendungen häufiger in Beiträgen genannt und gezeigt wurden als deutsche Regierungsakteure. Allerdings ist die Differenz bei den untersuchten Nachrichtensendungen unterschiedlich groß. Die „Tagesschau“ weist mit

Abbildung 12:

Anteil der Beiträge mit Nennung oder Darstellung von Akteuren



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, Mehrfachnennungen, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

45,1 Prozent die größte Differenz auf, während diese bei „heute“ bei nur 29,5 Prozent liegt. In den untersuchten Sondersendungen ist die Differenz deutlich geringer. So beträgt sie beim „Brennpunkt“ 22,4 Prozent und 15,3 Prozent bei „ZDF spezial“ (vgl. Abbildung 13).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Akteure der griechischen Regierung häufiger Berichterstattungsgegenstand waren als andere Akteure. Gleiches gilt auch für die Häufigkeit der Erwähnung auf Text- oder Bildebene in den untersuchten Beiträgen. Über die deutsche Regierung wurde demzufolge insgesamt weniger berichtet. Hierbei ist allerdings

auffällig, dass die Differenz in der „Tageschau“ größer ist als in der Sendung „heute“.

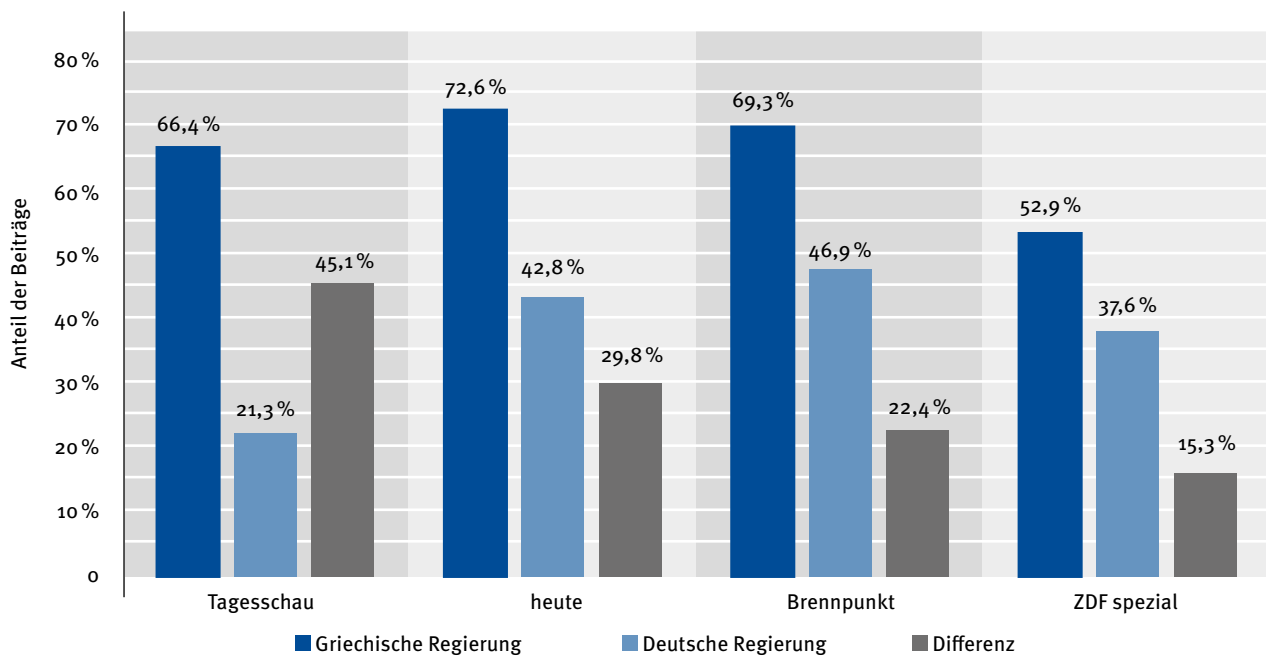
Ausgewogenheit der Akteure als

Adressaten und Sender von Aussagen

Innerhalb der untersuchten Beiträge werden aber auch Aussagen über kollektive und individuelle Akteure getroffen, welche im Folgenden Attribuierungen genannt werden. Gemeint sind hier Aussagen von Akteuren über Akteure, wie z. B. Zuschreibungen von Ursachen und Wirkungen oder Wertungen von politischen Akteuren. Im Folgenden wird gefragt, ob diese Adressierungen ausgewogen in der Berichter-

Abbildung 13:

Anteil der Beiträge mit Nennung oder Darstellung der griechischen und deutschen Regierung



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

stattung zur griechischen Staatsschuldenkrise waren.

Erfasst wurden in vorliegender Forschungsarbeit Attribuierungen, die durch Direkt-Zitate (z. B. in Form von O-Tönen), aber auch durch indirekte Zitate (von anderen wiedergegebene Aussagen, z. B. von einem Korrespondent*innen oder Nachrichtensprecher*innen) erfolgten. Dies geschah sowohl für die deutsche und die griechische Regierung im Allgemeinen als auch im Speziellen. Das heißt, die Beiträge wurden auch hinsichtlich Attribuierungen einzelner politischer Akteure untersucht. Darüber hinaus wurden diese Attribuierungen auch für

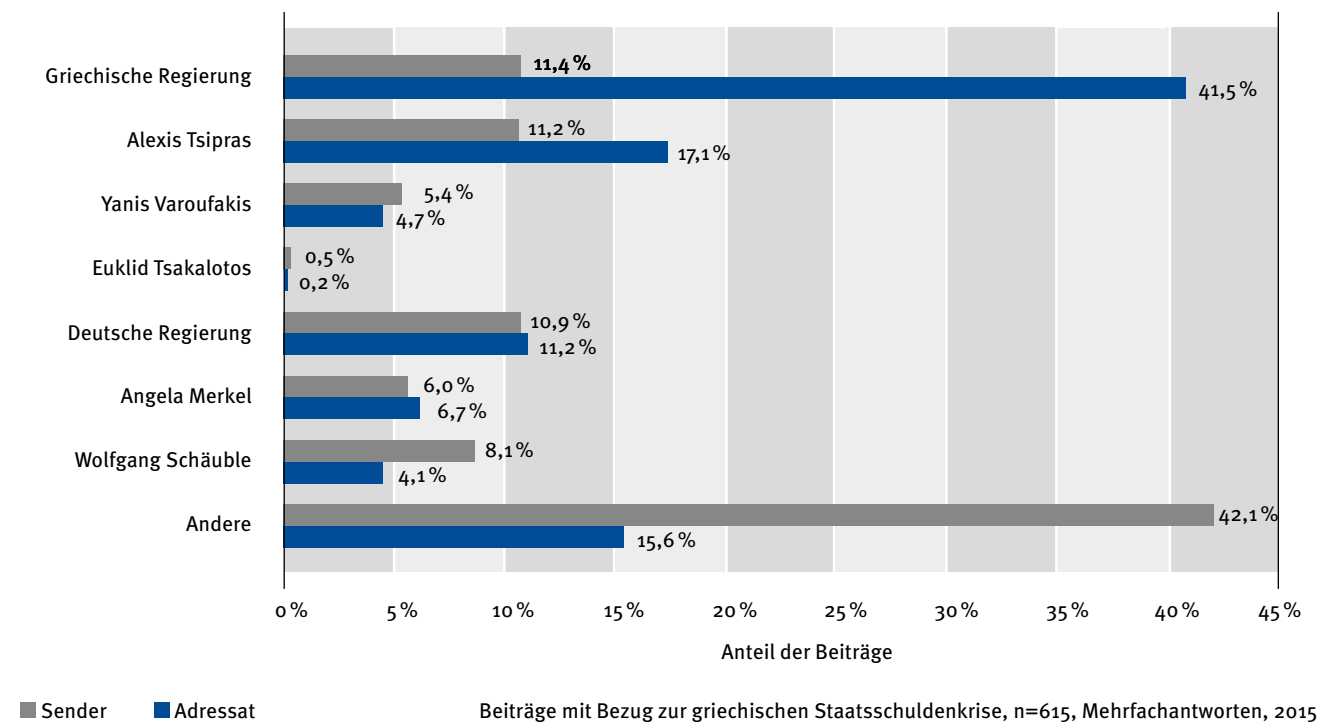
andere politische Akteure analysiert, worunter u. a. Vertreter*innen der EU-Kommission, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und Vertreter*innen von Parlamenten fallen. Die gewonnenen Daten sollen im Folgenden dargestellt werden.

Die griechische Regierung war mit Abstand häufigster Attribuierungsadressat. Bei 41,5 Prozent der Beiträge wurden von anderen Akteuren Aussagen über sie getroffen, welche sich aber vielfach auf sie im Allgemeinen beschränkten. In 17,1 Prozent der Beiträge wurden auch Aussagen über Ministerpräsident Alexis

Alle reden über die griechische Regierung ...

Abbildung 14:

Anteil der Beiträge mit politischen Akteuren als Adressaten bzw. Sendern von Aussagen



Quelle: eigene Darstellung.

Tsipras getroffen und 4,7 Prozent der Beiträge beinhalteten Attribuierungen von Finanzminister Yanis Varoufakis. Sein Nachfolger Euklid Tsakalotos spielte indes keine große Rolle in der medialen Berichterstattung. Nur in einem Fall lassen sich Aussagen über ihn finden (vgl. Abbildung 14).

Attribuierungen der deutschen Regierung ließen sich gegenüber solchen der griechischen Regierung erheblich seltener finden. Nur 11,2 Prozent der Beiträge beinhalteten Aussagen von Akteuren über die deutsche Regierung. Personenbezogen wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel in 6,7 Prozent der Beiträge

attribuiert, Finanzminister Wolfgang Schäuble mit 4,1 Prozent etwas weniger. Zuvor dargestellte Ergebnisse weisen eine Gemeinsamkeit beider Regierungen auf: Die Regierungschefs und -chefinnen wurden häufiger mit Aussagen adressiert als die Finanzminister*innen der jeweiligen Länder.

Betrachtet man dem gegenübergestellt, wer in den untersuchten Beiträgen Aussagen über andere Akteure traf, fällt auf, dass die griechische Regierung nur in 11,4 Prozent der Beiträge als Sender von Attributionen auftrat. Während in 41,5 Prozent der Beiträge über die griechische Regierung Aussagen getroffen wur-

... doch sie selbst kommt kaum zu Wort

Tabelle 3:

Anteil der Beiträge mit Attribuierungen von politischen Akteuren

		Sender							
		Griechische Regierung	Alexis Tsipras	Yanis Varoufakis	Euklid Tsakalotos	Deutsche Regierung	Angela Merkel	Wolfgang Schäuble	Andere
Adressaten	Griechische Regierung	7,3 %	7,5 %	3,6 %	0,3 %	8,8 %	5,2 %	6,8 %	33,5 %
	Alexis Tsipras	3,3 %	4,6 %	1,0 %	0,2 %	2,9 %	2,6 %	1,3 %	13,8 %
	Yanis Varoufakis	1,6 %	0,8 %	1,5 %	0,0 %	1,5 %	0,5 %	2,0 %	3,9 %
	Euklid Tsakalotos	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	0,2 %
	Deutsche Regierung	2,6 %	2,4 %	0,5 %	0,2 %	2,9 %	1,5 %	1,0 %	8,8 %
	Angela Merkel	1,5 %	1,6 %	0,3 %	0,0 %	2,0 %	1,3 %	0,3 %	5,0 %
	Wolfgang Schäuble	0,7 %	0,5 %	0,3 %	0,2 %	1,5 %	0,3 %	0,8 %	3,1 %
	Andere	5,2 %	5,7 %	3,3 %	0,2 %	2,9 %	1,1 %	2,4 %	11,7 %

Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, Mehrfachantworten, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

den, trat sie erheblich seltener als Sender auf. Hier zeigt sich ein Ungleichgewicht. Bei der deutschen Regierung findet sich ein solches Ungleichgewicht nicht: Sie trat in 10,9 Prozent der Beiträge als Sender auf, während sie in 11,2 Prozent der Beiträge adressiert wurde. Die Diskrepanz ist erheblich geringer.

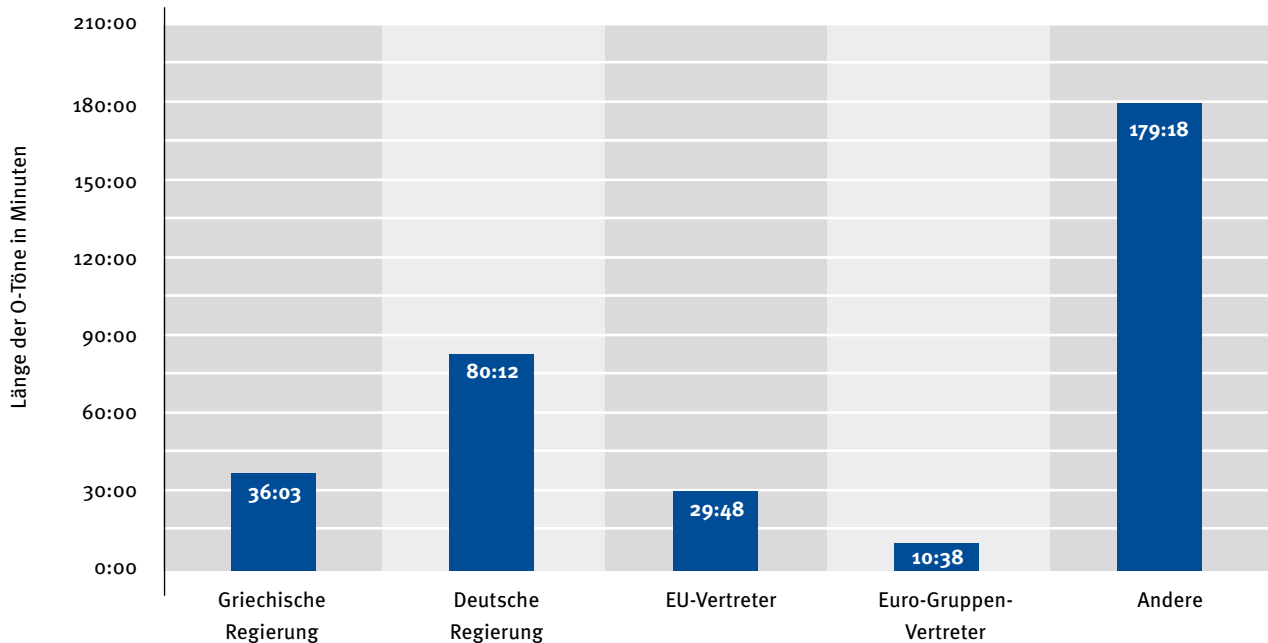
Bei den individuellen Akteuren trat Alexis Tsipras am häufigsten als Sender auf, nämlich in 11,2 Prozent der Beiträge. Am zweithäufigsten, in 8,1 Prozent der Beiträge, wurden Attributionen von Wolfgang Schäuble in den Beiträgen gesendet. Er war somit doppelt so oft Sender als Adressat. Yanis Varoufakis sendete

in 5,4 Prozent der Beiträge Attributionen aus, Angela Merkel in 6 Prozent. Andere Akteure waren in 42,1 Prozent der Beiträge Sender von Aussagen. Diese Gruppe wurde nicht näher erfasst. Hierzu zählen beispielsweise alle europäischen Akteure, Oppositionspolitiker*innen und Vertreter*innen des Internationalen Währungsfonds.

Beim Blick darauf, wessen Attributionssendungen und -adressierungen zusammenfallen, fällt auf, dass die griechische Regierung häufig Aussagen empfangt, wenn sie auch sendete. Dies ist in 7,3 Prozent der Beiträge der Fall. Es sind vielfach Beiträge, in denen die griechische

Abbildung 15:

Länge der O-Töne der politischen Akteure in den Nachrichtenbeiträgen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Regierung ihre eigenen Leistungen beurteilte oder ihre Ziele definierte. So hieß es beispielsweise in einem O-Ton von Alexis Tsipras in der Sendung „heute“ am 9. April 2015 „Das Ziel unserer Regierung ist, Griechenland in der Eurozone zu halten. Wir sind überzeugt, dass unsere Probleme Probleme von ganz Europa sind.“ Und am 8. Februar 2015 in der „Tageschau“: „Der neue griechische Ministerpräsident Tsipras ist überzeugt, dass sein Land mit den Partnern der Eurozone eine Übereinkunft zur Lösung der Schuldenkrise erreichen wird.“ Hier wurde eine Aussage des griechischen Ministerpräsidenten über die griechische Re-

gierung dargestellt. Am häufigsten unter den näher bestimmten Akteuren – in 8,8 Prozent der Beiträge – trafen die deutsche Regierung als Sender und die griechische Regierung als Adressat zusammen. Die Gruppe der anderen Akteure trat bei allen Adressaten am häufigsten als Sender auf. Während die griechische Regierung am häufigsten als Sender und als Adressat gleichzeitig auftrat, was auch für Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis in Bezug auf die griechische Regierung gilt, trat die deutsche Regierung dann am häufigsten als Sender auf, wenn die griechische Regierung adressiert wurde. Dieses Phänomen ist auch bei Angela

*Fehlende
Ausgewogenheit in
Akteursaussagen*

Merkel und Wolfgang Schäuble als Sender feststellbar (vgl. Tabelle 3).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die griechische Regierung häufig durch Aussagen anderer Akteure adressiert wurde, nämlich in 41,5 Prozent der Beiträge. Aber deutlich seltener wurden Aussagen der griechischen Regierung in den untersuchten Beiträgen gesendet, nämlich nur in 11,4 Prozent der Beiträge. Eine solche Diskrepanz fand sich bei der deutschen Regierung nicht: Aussagen über sie wurden in gleichem Umfang gesendet wie Aussagen von ihr. Dies spricht für eine fehlende Ausgewogenheit der Berichterstattung in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise.

*Ausgewogenheit des Umfangs der O-Töne
von Akteuren*

Politische Akteure senden Aussagen in Beiträgen der untersuchten Nachrichtensendungen auch durch O-Töne in Form von wörtlicher Rede. Die Frage ist, ob die unterschiedlichen Akteure in einem ausgewogenen Verhältnis in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zu Wort kamen.

Insgesamt kamen in 390 Beiträgen Akteure durch O-Töne zu Wort. Das entspricht 63,4 Prozent aller Beiträge. Insgesamt wurden im Untersuchungszeitraum 5 Stunden und 36 Minuten O-Töne gesendet.

Die Aufteilung dieser „Redezeit“ auf die einzelnen politischen Akteure ist jedoch sehr unterschiedlich: Die griechische Regierung kam nur in 36 Minuten und 3 Sekunden zu Wort, während die deutsche Regierung in 80 Minuten und

12 Sekunden in O-Tönen in den untersuchten Nachrichtensendungen zur griechischen Staatsschuldenkrise sprach. Vertreter*innen der EU, worunter die EU-Kommission, das Europaparlament und der Präsident des Europäischen Rates gezählt wurden (also beispielsweise Jean-Claude Juncker, Martin Schulz oder Donald Tusk), sprachen 29 Minuten und 48 Sekunden in O-Tönen, Vertreter*innen der Eurogruppe in 10 Minuten und 38 Sekunden. Alle anderen Akteure, z. B. Parlamentarier*innen und Expert*innen, sprachen zusammengezählt in 179 Minuten und 18 Sekunden (siehe Abbildung 15).

Der Anteil der griechischen Regierung an den O-Tönen lag bei gerade einmal 10,7 Prozent. Der Anteil der deutschen Regierung lag bei 23,8 Prozent. Die untersuchten Nachrichtensendungen ließen demnach in ihrer Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise die deutsche Regierung erheblich häufiger und länger zu Wort kommen als die griechische Regierung (vgl. Abbildung 15 und Anhang 1). Die Auswahl der O-Ton-Geber war demnach weitestgehend vielfältig über die Beiträge hinweg, in ihren Umfang jedoch nicht ausgewogen.

Dies zeigt sich auch in der durchschnittlichen Länge der O-Töne der verschiedenen politischen Akteure. Im Durchschnitt kam die griechische Regierung pro Sendung, in der sie mit einem O-Ton vertreten war, 12 Sekunden zu Wort, die deutsche Regierung jedoch 26 Sekunden. Auch Vertreter*innen der EU (EU-Kommission, Europaparlament, Präsident des Europäischen Rates) durften im Durchschnitt länger sprechen, nämlich 15 Sekunden (vgl. Anhang 1).

Im Vergleich zwischen den untersuchten Nachrichtensendungen zeigen sich kaum Unterschiede zwischen „Tagesschau“ und „heute“. Die griechische Regierung kam in der „Tagesschau“ in 16 Minuten und 31 Sekunden direkt zu Wort, in „heute“ in 15 Minuten und 18 Sekunden. Die deutsche Regierung kam in der „Tagesschau“ über 31 Minuten und 39 Sekunden zu Wort, in „heute“ über 35 Minuten und 9 Sekunden. Die Differenz der Sprechzeiten von griechischer und deutscher Regierung liegt in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise über den gesamten Untersuchungszeitraum in der „Tagesschau“ bei 15 Minuten und 8 Sekunden und in „heute“ bei 19 Minuten und 51 Sekunden. Die beiden Nachrichtensendungen unterschieden sich im Ungleichgewicht der O-Ton-Zeit zwischen deutscher und griechischer Regierung demnach kaum.

Größere Unterschiede zeigten sich bei den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“. Die griechische Regierung kam in „Brennpunkten“ erheblich länger zu Wort als in „ZDF spezial“-Sendungen. Insgesamt wurden im „Brennpunkt“ in 3 Minuten und 27 Sekunden O-Töne der griechischen Regierung gesendet, in „ZDF spezial“ waren es nur 47 Sekunden. Die deutsche Regierung kam im „Brennpunkt“ in 7 Minuten und 57 Sekunden zu Wort und in „ZDF spezial“ in 5 Minuten und 25 Sekunden (vgl. Abbildung 16 und Anhang 2).

Das gleiche Bild zeigte sich auch an den durchschnittlichen Längen der O-Töne. Zwischen „Tagesschau“ und „heute“ lagen oft nur sehr wenige Sekunden Unterschied: Während die griechische Regierung in der „Tagesschau“

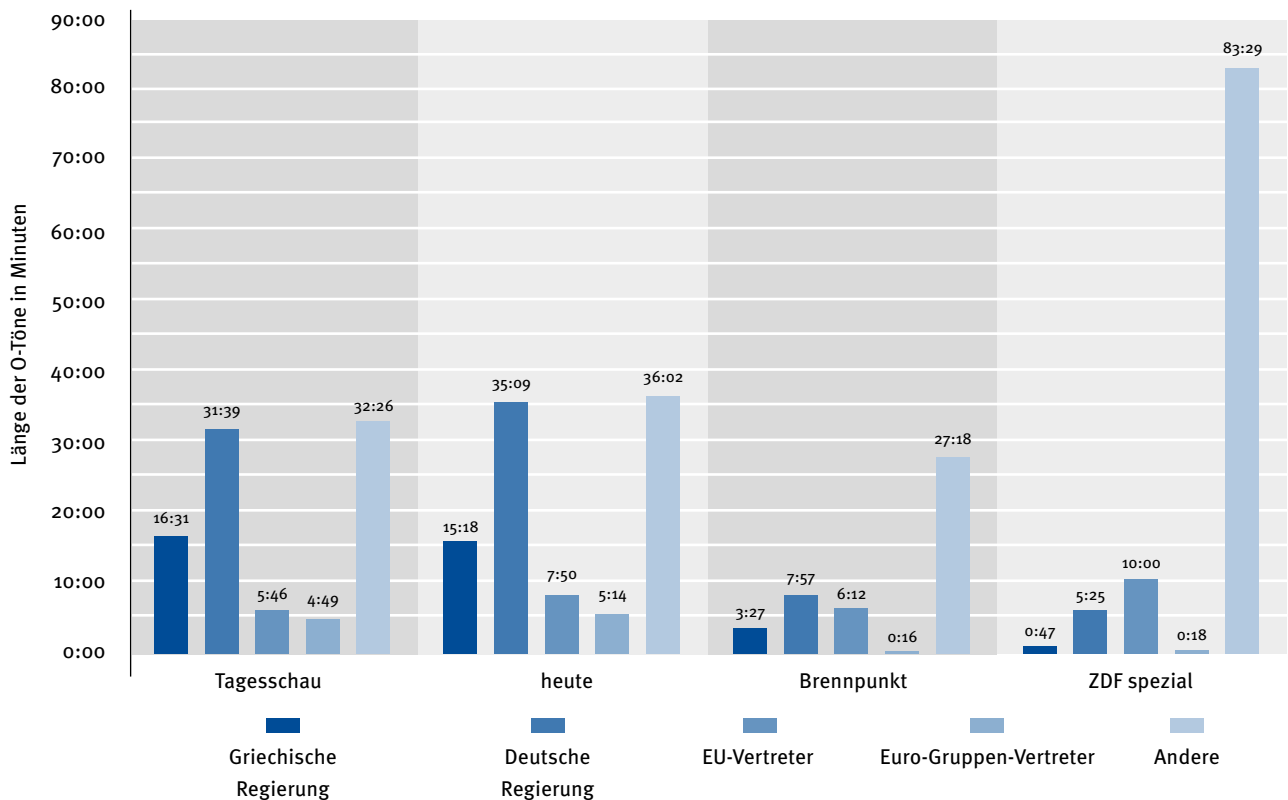
im Durchschnitt 10 Sekunden zu Wort kam, sind es in „heute“ 11 Sekunden. Während die deutsche Regierung in der „Tagesschau“ 21 Sekunden sprechen konnte, sind es in „heute“ 27 Sekunden. Auch bei den Vertreter*innen der EU (EU-Kommission, Europaparlament, Ratsvorsitz) und bei anderen Akteuren wurden zwischen den beiden Hauptnachrichtensendungen wenige Unterschiede beim O-Ton-Einsatz von Akteuren gemacht. Die durchschnittliche Länge der O-Töne der griechischen Regierung im „Brennpunkt“ lag bei einer Minute und 43 Sekunden. In „ZDF spezial“ waren es nur 15 Sekunden durchschnittliche Redezeit. Die Redezeit der deutschen Regierung lag im Durchschnitt im „Brennpunkt“ bei 47 Sekunden. In „ZDF spezial“ kam die deutsche Regierung im Durchschnitt 26 Sekunden zu Wort (vgl. Anhang 2).

Die lange Redezeit in den Sondersendungen kann auf den Einsatz der Darstellungsform Interview zurückgeführt werden: Im „Brennpunkt“ war mehr als zwei Drittel der Zeit, in der politische Akteure direkt zu Wort kamen, der Darstellungsform Interview zugeordnet (32:25 von 45:10 Minuten), in „ZDF spezial“ war es etwas mehr als die Hälfte (53:48 von 100:01 Minuten). In langen Interviews kamen jedoch kaum griechische Akteure zu Wort. Dies ist in gerade einmal 3 Minuten und 12 Sekunden beim „Brennpunkt“ der Fall. Stattdessen sprechen deutsche, europäische und andere Akteure sowie Expert*innen. Die Verteilung der Redezeit in O-Tönen und speziell in Interviews war in den Sondersendungen zwischen der griechischen Regierung und anderen Akteuren nicht ausgewogen. Auffällig ist bei „ZDF spezi-

Die deutsche Regierung kommt länger zu Wort

Abbildung 16:

Länge der O-Töne der politischen Akteure in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

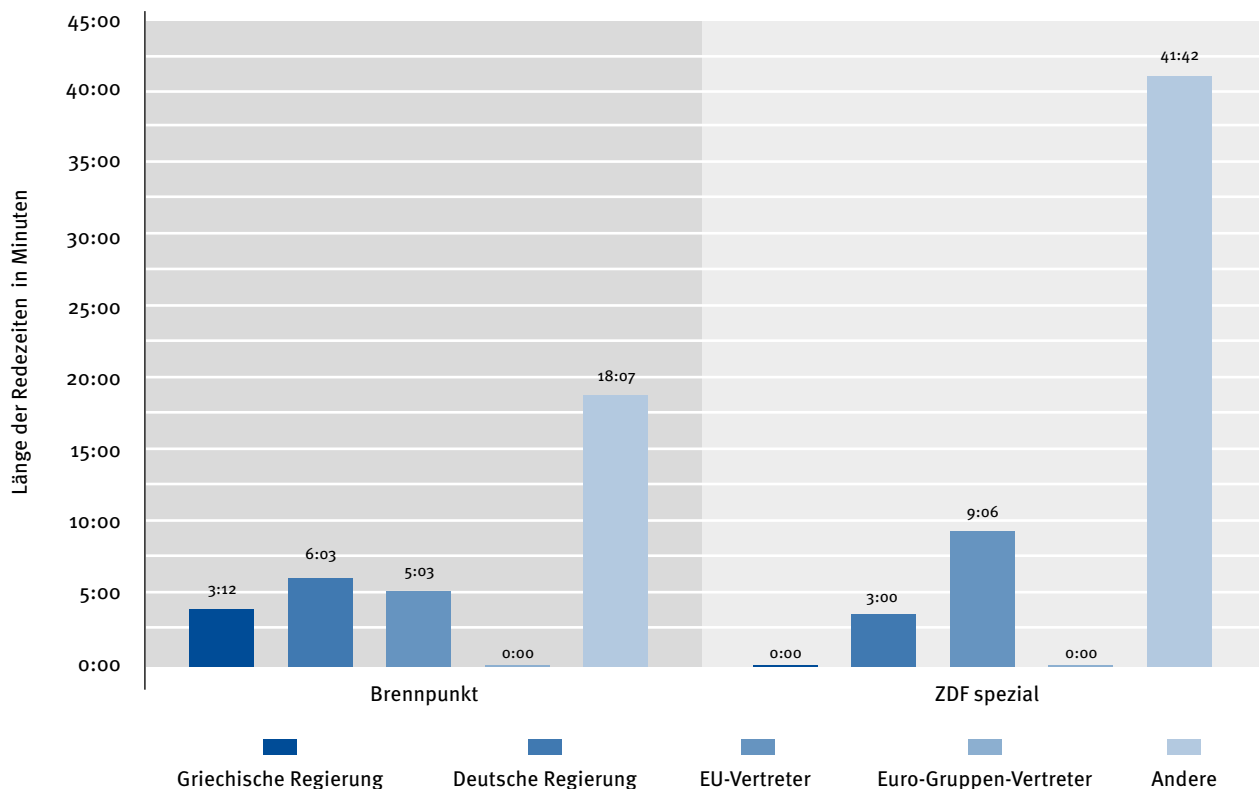
al“ auch der hohe O-Ton-Anteil anderer Akteure mit fast 42 Minuten. Die Sondersendungen wurden vielfach genutzt, um Expert*innen und Akteure der Opposition zu Wort kommen zu lassen (vgl. Abbildung 17).

Zusammenfassend kann nach Analyse der O-Töne der Akteure festgehalten werden, dass die Anteile der zentralen Akteure an O-Tönen in Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise unausgewogen waren.

- Die griechische Regierung trat nur in 11,4 Prozent der Beiträge als Sender von Aussagen auf, in 41,5 Prozent der Beiträge wurden Aussagen über sie getroffen.
- Es wurde erkennbar häufiger über die griechische Regierung gesprochen, als dass diese in der Berichterstattung selbst mit Aussagen vertreten war. Dies zeigt sich besonders deutlich in den O-Tönen – der Möglichkeit, durch wörtliche Rede direkt seine

Abbildung 17:

Länge der Redezeit in Interviews in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“



Interviews mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=43, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Positionen wiederzugeben. Die griechische Regierung kam im Vergleich zu anderen Akteuren in „Tagesschau“ und „heute“ seltener zu Wort. Gerade einmal 10,7 Prozent des Umfangs der O-Töne wurden durch die griechische Regierung besetzt.

- Die deutsche Regierung war in allen untersuchten Sendungen in Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise erheblich präsenter. 23,8 Prozent der O-Töne lassen

sich der deutschen Regierung zuordnen. Dies spricht für ein fehlendes Gleichgewicht bei der Behandlung von Akteuren und für eine Unausgewogenheit bei den Redezeiten zu Ungunsten der griechischen Regierung.

Unausgewogene Redezeiten

5.3.2 Bewertungsausgewogenheit

In den folgenden Abschnitten soll dargestellt werden, wie das Verhältnis der Bewertung der griechischen und der deutschen Regierung hin-

sichtlich der Häufigkeit von Bewertungen und deren Tonalität in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise war. Untersucht wurden Wertungen durch Journalist*innen, durch berichtete Aussagen und durch O-Töne.

*Ausgewogenheit der Wertungen durch Journalist*innen in Beiträgen*

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse hinsichtlich der Wertungen, die durch Journalist*innen in den Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise vorgenommen wurden, dargestellt. Dabei geht es um die Frage, welche Position Journalist*innen in den untersuchten Nachrichtensendungen einnahmen – unabhängig davon, ob das Gebot der Neutralität eingehalten wurde (vgl. Kap. 5.4).

Da den Journalist*innen als neutralen Beobachter*innen eine besondere Rolle zukommt, sollen ihre Bewertungen der griechischen und der deutschen Regierung hier separat ausgewiesen werden. Ein ausgeglichenes Verhältnis hinsichtlich der Häufigkeit der Bewertung der griechischen und der deutschen Regierung und hinsichtlich der Tonalität der Bewertungen wird als Voraussetzung für eine ausgewogene Berichterstattung angesehen. Das heißt: Innerhalb der Beiträge spricht ein ausgeglichenes Verhältnis von positiven und negativen Wertungen für Ausgewogenheit. Über alle Beiträge hinweg sollten sich zudem positive und negative Wertungen die Waage halten, damit Wertungen durch Journalist*innen als ausgewogen betrachtet werden können. Beide Aspekte sollen hier berücksichtigt werden. Sie sollten zudem die griechische und die deut-

sche Regierung in gleichem Umfang betreffen, also beide Akteure in gleichgewichtigem Umfang bewerten.

Insgesamt nahmen Journalist*innen in 20,3 Prozent aller Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise über alle Darstellungsformen hinweg Wertungen der griechischen oder deutschen Regierung vor. In 18,4 Prozent der Beiträge wurde die griechische Regierung durch Journalist*innen bewertet, während die deutsche Regierung nur in 7,8 Prozent der Fälle von Journalist*innen bewertet wurde (vgl. Anhang 3).

Die griechische Regierung wurde in 11,9 Prozent der Beiträge durch Journalist*innen negativ bewertet, nur in 1,1 Prozent positiv. Die deutsche Regierung wurde nur in 2,1 Prozent der Beiträge negativ durch Journalist*innen bewertet, in 1,5 Prozent aller Beiträge positiv. Die griechische Regierung wurde somit erheblich häufiger durch Journalist*innen negativ bewertet als die deutsche Regierung und seltener positiv.

*Wertungen durch Journalist*innen in „Tagesschau“ und „heute“*

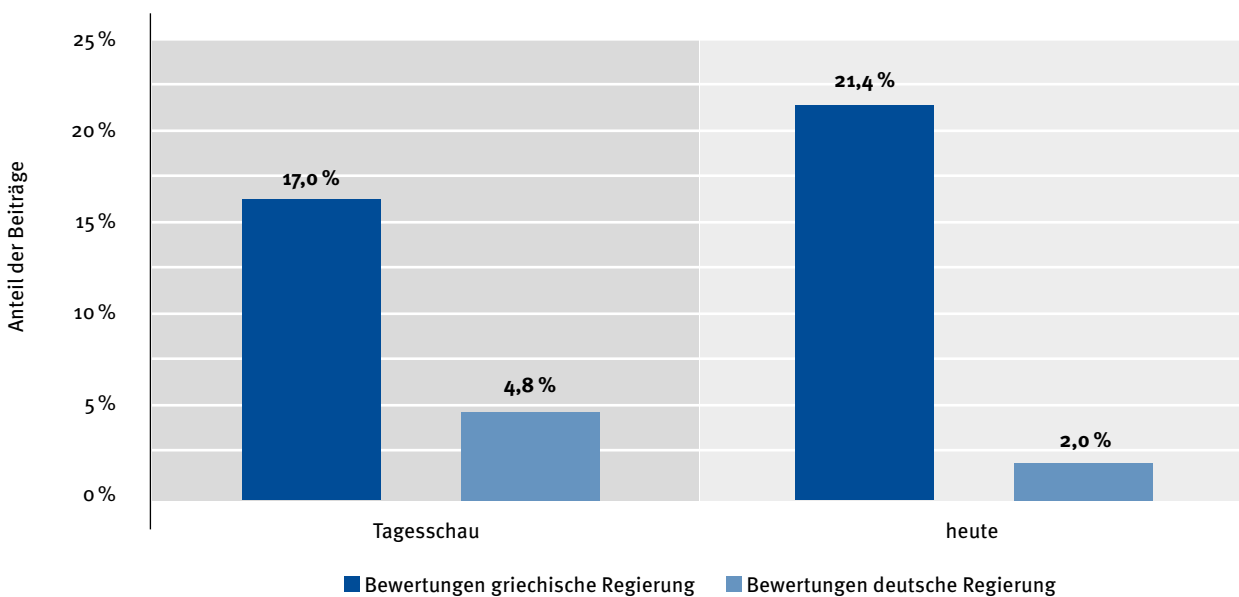
Die im folgenden Abschnitt dargestellten Ergebnisse zeigen, dass die griechische und deutsche Regierung innerhalb der untersuchten Sendungen in unterschiedlicher Intensität mit wertenden Attributen von Journalist*innen belegt wurden.

So ist – übergeordnet betrachtet – der Anteil der Beiträge, die Wertungen in Bezug auf die griechische Regierung aufweisen, höher als der Anteil der Beiträge mit Wertun-

*Journalist*innen
kritisieren die
griechische Regierung*

Abbildung 18:

Anteil der Beiträge mit Bewertungen der deutschen und der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Tagesschau“ n=229, „heute“ n=252, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

gen, die die deutsche Regierung betreffen. In 17 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge ließen sich Bewertungen der griechischen Regierung von Journalist*innen finden, hingegen nur in 4,8 Prozent der Fälle der deutschen Regierung. In „heute“ wiesen 21,4 Prozent der Beiträge Bewertungen der griechischen Regierung auf, während dieser Wert hinsichtlich der deutschen Regierung bei zwei Prozent lag. Demnach wurde die griechische Regierung in den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sender sehr viel häufiger bewertet als die deutsche Regierung. Auch ist die Differenz hinsichtlich beider Regierungen in „heute“

größer als in der „Tagesschau“ der ARD (vgl. Abbildung 18 und Anhang 3).

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die griechische Regierung innerhalb der jeweiligen Beiträge von „Tagesschau“ und „heute“ deutlich häufiger negativ als positiv durch die Journalist*innen bewertet wurde. So sind in 11,8 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge Negativbewertungen der griechischen Regierung durch Journalist*innen vorgenommen worden. Bei „heute“ ist dieser Wert nahezu identisch – 11,9 Prozent der Beiträge weisen negative Wertungen von Griechenlands Regierung durch Journalist*innen auf. Positiv berichtet wurde

demzufolge deutlich weniger. Nur in 1,3 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge erfolgte eine positive Wertung der griechischen Regierung durch Journalist*innen. Ähnlich wie bei der Nachrichtensendung der ARD liegt der Wert bei der Sendung „heute“ bei 1,2 Prozent (vgl. Abbildung 19). Es kann also festgehalten werden, dass innerhalb beider öffentlich-rechtlicher Nachrichtensendungen der griechischen Regierung deutlich mehr negative als positive Attribute durch den Journalist*innen zugeschrieben wurden.

In Schalten, Aufsagern und Interviews wurden auch neutrale bzw. ausgewogene Positionierungen erfasst. Das heißt, dass in diesen Fällen in der Bewertung durch die Journalist*innen positive und negative Bewertungen gleichermaßen stark vertreten waren. Eine Einordnung durch Journalist*innen, die Pro- und Contra-Argumente beinhalteten, wurde so bei Schalten, Aufsagern und Interviews berücksichtigt. Ein solches Abwägen wurde in Nachrichten und Berichten nicht ermittelt. Eine ausgewogene Bewertung der griechischen Regierung findet sich in 8,3 Prozent der Beiträge der Sendung „heute“ und 3,9 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“.

Auch die deutsche Regierung wird kritisiert

Auch die deutsche Regierung wurde durch die Journalist*innen häufiger mit negativen als mit positiven Attributen belegt. In 2,6 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“ bewerteten Journalist*innen die deutsche Regierung negativ, positive Wertungen fanden sich hier nur in 1,3 Prozent der Fälle. In den „heute“-Beiträgen wurde die deutsche Regierung insgesamt weniger häufig attribuiert, was auch die niedrigen Werte hinsichtlich der Richtung

der Wertung erklärt. So wurde die deutsche Regierung in 0,8 Prozent der Beiträge negativ und in nur 0,4 Prozent positiv bewertet. Den Ergebnissen zufolge war der Anteil der Beiträge mit negativen Bewertungen der deutschen Regierung durch Journalist*innen geringer als der der griechischen Regierung (vgl. Abbildung 19). Das heißt, dass die deutsche Regierung in Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise deutlich seltener kritisch bewertet wurde als die griechische Regierung.

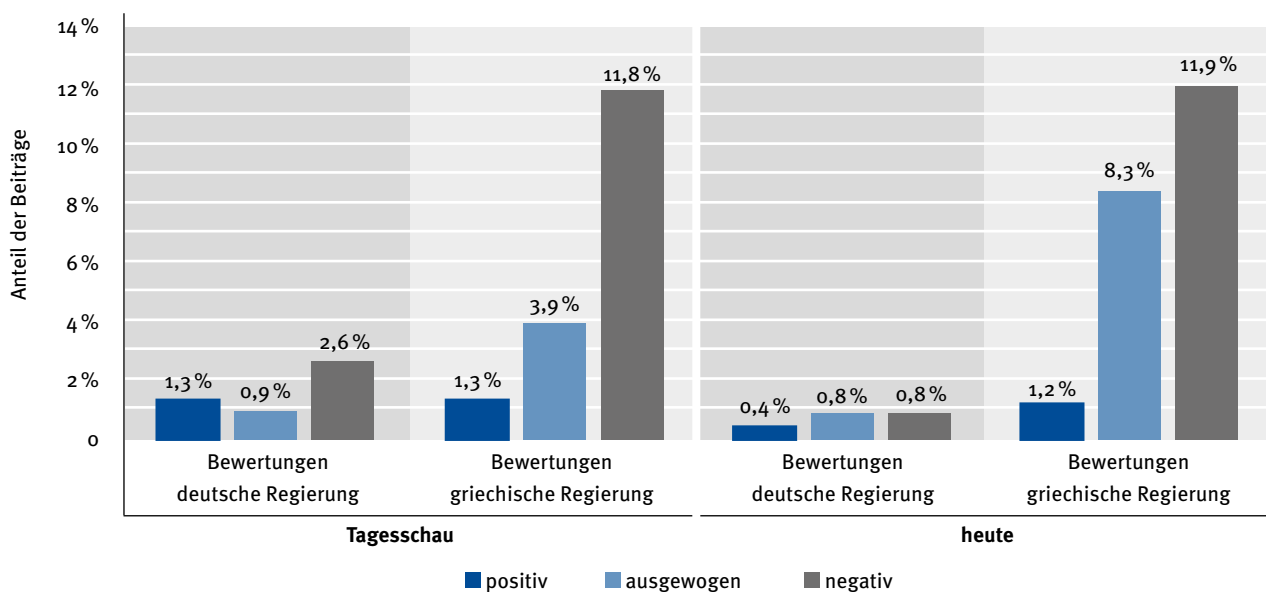
Für die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens kann festgehalten werden, dass kaum Unterschiede zwischen „Tagesschau“ und „heute“ zu erkennen sind: In beiden Sendungen wurde, sofern eine Wertung stattfindet, überwiegend negativ über die griechische Regierung berichtet, während sich für die deutsche Regierung seltener eine negative Berichterstattung finden lässt. Das spricht dafür, dass die Berichterstattung von „Tagesschau“ und „heute“ hinsichtlich der durch Journalist*innen vorgenommenen Wertungen der griechischen und der deutschen Regierung nicht durchgängig ausgewogen war.

Die Untersuchung zu Bewertungen der Regierungen durch Journalist*innen fand, über die Nachrichtensendungen hinaus, auch für die Sondersendungen der ARD und des ZDF statt. Im folgenden Abschnitt werden hierfür die Forschungsergebnisse dargestellt.

*Wertungen durch Journalist*innen in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDFspezial“*
Zwischen den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „heute“ liegt ein deutlicher Unter-

Abbildung 19:

Anteil der Beiträge mit unterschiedlichen Bewertungen der deutschen oder der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Tagesschau“ n=229, „heute“ n=252, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

schied bei der Häufigkeit der Wertungen durch Journalist*innen vor.

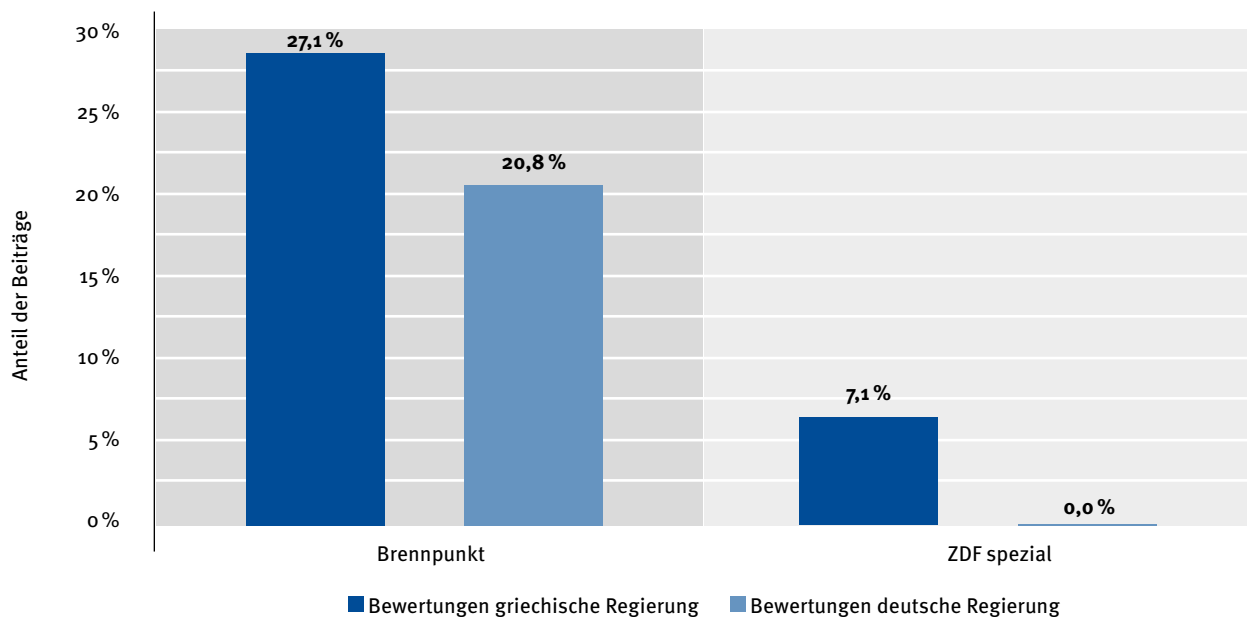
So beinhalteten 27,1 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge Bewertungen der griechischen Regierung durch Journalist*innen, während dies bei „ZDF spezial“ nur in 7,1 Prozent aller Beiträge der Fall war. Die deutsche Regierung wurde in 20,8 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge durch Journalist*innen bewertet, in „ZDF spezial“ gar nicht (vgl. Abbildung 20).

Hinsichtlich der Position, die von Journalist*innen gegenüber der griechischen Regierung in der Berichterstattung eingenommen wurde, kann auch für die Sondersen-

dungen von ARD und ZDF festgehalten werden, dass diese mehrheitlich negativ war. So beinhalteten 20,8 Prozent aller Beiträge des „Brennpunkts“ Negativ-Attribuierungen der griechischen Regierung. Nur in 4,2 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge lag eine ausgewogene Wertung und in nur 2,1 Prozent eine positive Berichterstattung vor. In „ZDF spezial“ bewerteten Journalist*innen in nur in 7,1 Prozent aller Beiträge die griechische Regierung. Allerdings waren diese alle negativ (vgl. Abbildung 21). Negative Bewertungen der griechischen Regierung dominierten demnach bei beiden Sondersendungen deutlich.

Abbildung 20:

Anteil der Beiträge mit Bewertungen der deutschen oder der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Sendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Brennpunkt“ n=49, „ZDF spezial“ n=85, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

*Mehr Lob für
deutsche Regierung im
„Brennpunkt“*

Im Hinblick auf die deutsche Regierung ist festzustellen, dass diese innerhalb der „ZDF spezial“-Beiträge gar nicht von Journalist*innen attribuiert wurde. Beim „Brennpunkt“ hingegen wurde die deutsche Regierung in 20,8 Prozent aller Beiträge bewertet. Dabei gab es genauso viele negative wie positive Zuschreibungen durch Journalist*innen, jeweils in 10,4 Prozent der Beiträge der Sendung. Insgesamt lässt sich folglich festhalten, dass die deutsche Regierung im „Brennpunkt“ häufiger positiv bewertet wurde als die griechische Regierung, und in beiden Sondersendungen die griechische Regierung häufiger mit negativen Wertun-

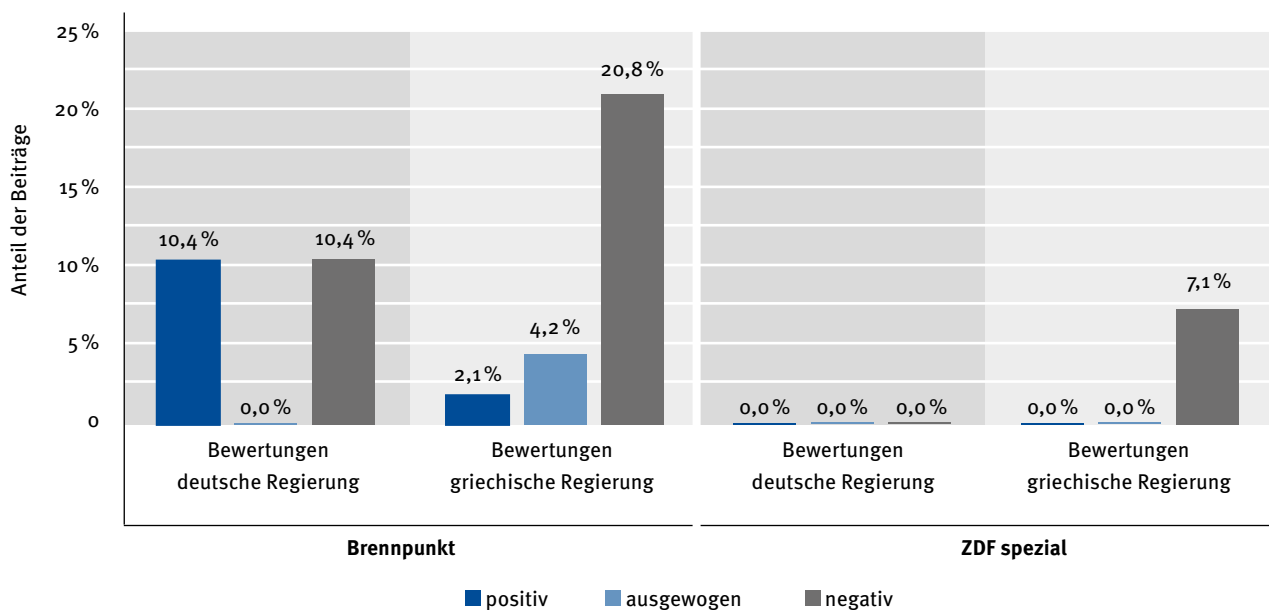
gen belegt wurde, als dies bei der deutschen Regierung der Fall war.

Zusammengefasst ist für die Sondersendungen von ARD und ZDF festzustellen, dass analog zu den Hauptnachrichtensendungen die griechische Regierung mehrheitlich negativ bewertet wurde. Bewertungen der deutschen Regierung fanden seltener statt und waren zudem seltener negativ. Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass auch in den Sondersendungen in Berichten nicht ausgewogen über beide Akteure berichtet wurde.

Die Ergebnisse im Hinblick auf die Wertungen von Journalist*innen in den untersuchten

Abbildung 21:

Anteil der Beiträge mit unterschiedlichen Bewertungen der deutschen und der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Sendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Brennpunkt“ n=49, „ZDF spezial“ n=85, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Beiträgen lassen sich abschließend wie folgt zusammenfassen:

- Insgesamt zeigt sich, dass Wertungen durch Journalist*innen in mehr als 20 Prozent aller Beiträge vorhanden sind. Maurer (2005) fand in einer Analyse von Hauptnachrichtensendungen 2001 bei der ARD in 16 Prozent und beim ZDF in 29 Prozent der Beiträge explizite Wertungen durch Journalist*innen. Demnach liegt der hier festgestellte Anteil von 20,3 Prozent der Beiträge im Rahmen der Vergleichswerte aus dem Jahr 2001. Die Nachrichtenberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise weist somit in

einem üblichen Maße Bewertungen durch Journalist*innen auf.

- Die durch diese Forschungsarbeit ermittelten Bewertungen sind hinsichtlich ihrer Ausrichtungen nicht ausgewogen: Journalist*innen der Nachrichtensendungen der ARD und des ZDF äußerten sich überwiegend negativ über die griechische Regierung.
- Im Vergleich dazu wurde die deutsche Regierung häufiger positiv oder ausgewogen bewertet. Hierin zeigt sich eine fehlende Ausgewogenheit der Berichterstattung.

- Analog zu den Hauptnachrichtensendungen wurde auch bei den Sondersendungen beider Sender die griechische Regierung überwiegend negativ bewertet. Darüber hinaus fanden hinsichtlich der deutschen Regierung in den Beiträgen der Sondersendung seltener Bewertungen statt und diese waren auch nur in einzelnen Fällen negativ.

Ausgewogenheit der Wertungen in berichteten Akteursaussagen

Journalistische Beiträge beinhalten aber nicht nur Attribuierungen, die von Journalist*innen vorgenommen werden. So umfasst die Darstellung von Konflikten darüber hinaus auch immer die Wiedergabe der gegensätzlichen Auffassungen, die von Akteuren vertreten werden. Aussagen, die von Akteuren über andere Akteure getroffen werden, können somit die Tonalität und Wertung eines Beitrags determinieren. Um die Ausgewogenheit in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise daraufhin zu beleuchten, werden im folgenden Abschnitt die von Akteuren getroffenen und in die Berichterstattung aufgenommenen Aussagen hinsichtlich ihrer Positionierung analysiert. Dies erfolgt zum einen auf der Ebene der indirekten Aussagen im Text und zum anderen auf der Ebene der direkten Aussagen durch Zitate oder O-Töne.

In 34,3 Prozent aller Fernsehbeiträge trafen Akteure wertende Aussagen über die griechische Regierung. Im Unterschied dazu wurde die deutsche Regierung in nur 9,1 Prozent aller Beiträge mit Aussagen von Akteuren attribuiert, während andere Akteure mit 14,9 Prozent

aller Fernsehberichte sogar im Vergleich zur deutschen Regierung häufiger mit Attributen belegt wurden. Unter „andere Akteure“ werden im Folgenden jene verstanden, die nicht zur griechischen oder deutschen Regierung gehören. Dies können Akteure auf EU-Ebene, wie z. B. der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Regierungen anderer Länder, Expert*innen, aber auch Bürger*innen der EU sein.

20,8 Prozent der Beiträge beinhalten negative Wertungen der griechischen Regierung. Positiv wird diese in nur 4,4 Prozent aller untersuchten Beiträge von Akteuren attribuiert und in 9,1 Prozent der Beiträge sind die Bewertungen neutral bzw. ausgewogen (vgl. Abbildung 22).

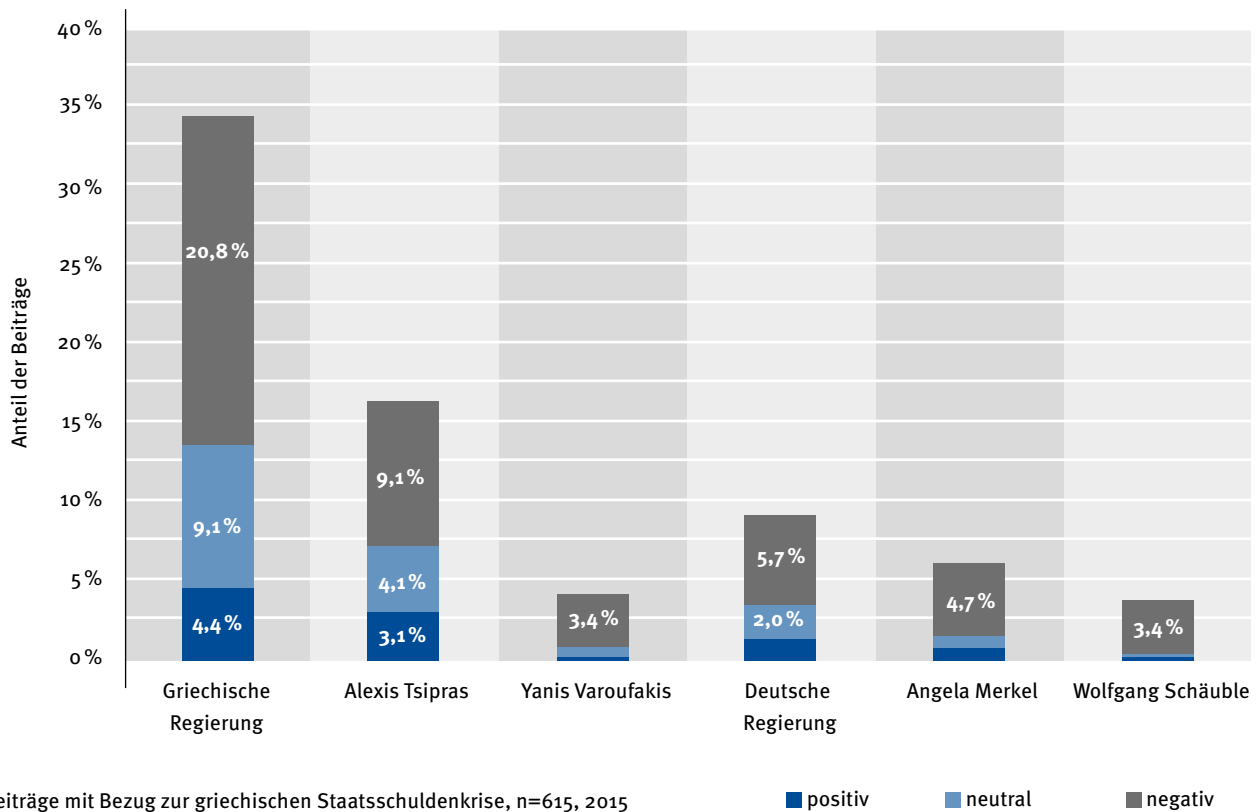
Hinsichtlich einzelner Personen ist festzustellen, dass Griechenlands Regierungschef Alexis Tsipras von allen hier untersuchten politischen Akteuren mit 16,3 Prozent aller Beiträge am häufigsten durch Akteure bewertet wurde. Über Yanis Varoufakis hingegen lassen sich nur in 4,2 Prozent der Beiträge Wertungen finden. Beide eint allerdings, dass sie primär mit kritischen Wertungen belegt wurden. Dies ist für Ministerpräsident Alexis Tsipras in 9,1 Prozent der Beiträge so und für Finanzminister Yanis Varoufakis in 3,4 Prozent der untersuchten Beiträge (vgl. Abbildung 22).

Positive Bewertungen von Ministerpräsident Tsipras konnten in 3,1 Prozent der Beiträge gefunden werden und für den Finanzminister Yanis Varoufakis in nur 0,2 Prozent aller Beiträge. Neutrale Attribuierungen betrafen den griechischen Regierungschef in 4,1 Prozent und den Finanzminister Griechenlands in

Alexis Tsipras am häufigsten bewertet

Abbildung 22:

Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren



Quelle: eigene Darstellung.

0,7 Prozent aller untersuchten Beiträge (vgl. Abbildung 22).

Finanzminister Euklid Tskalotos wurde gerade einmal in einem Beitrag attribuiert – neutral. Dieser Sachverhalt zeigt, dass er als Finanzminister nach dem Rücktritt von Yanis Varoufakis in der Berichterstattung kaum eine Rolle gespielt hat.

Die deutsche Regierung wurde in 9,2 Prozent der Beiträge durch Akteure bewertet. Hinsichtlich der deutschen Regierung lassen sich in den

Beiträgen, in denen sie durch Akteure bewertet wurde, ebenfalls mehr negative als positive Äußerungen finden. 5,7 Prozent aller Beiträge wiesen eine kritische Bewertung der deutschen Regierung auf, zwei Prozent waren neutral und mit 1,5 Prozent positiven Beiträgen wurde sie weniger häufig positiv attribuiert als die griechische Regierung (4,4 Prozent). Bezogen auf die einzelnen deutschen Regierungsakteure wurde Kanzlerin Angela Merkel mit sechs Prozent aller Beiträge am häufigsten durch andere

Kaum positive Aussagen

Akteure bewertet. 3,7 Prozent der gesamten hier untersuchten Berichterstattung wiesen Bewertungen von Finanzminister Wolfgang Schäuble auf. Beide deutschen Regierungsakteure wurden häufiger kritisch betrachtet, als dass ihnen Positiv-Wertungen zugeschrieben wurden. So wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel in 4,7 Prozent der Beiträge negativ von anderen Personen(kreisen) bewertet, in 0,8 Prozent positiv und in 0,5 Prozent neutral. In 3,4 Prozent der Beiträge wurde Finanzminister Wolfgang Schäuble negativ von Akteuren bewertet, in nur 0,2 Prozent positiv sowie in 0,2 Prozent der Beiträge neutral.

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass Griechenlands Regierung mit rund 34 Prozent der Beiträge deutlich häufiger von Akteuren bewertet wurde als die deutsche Regierung mit rund 9 Prozent. In nahezu 21 Prozent der Beiträge waren die Wertungen gegenüber der griechischen Regierung negativ ausgerichtet, während dies für Deutschlands Regierung nur in rund 6 Prozent der Beiträge der Fall war. Es wurden also dreimal so häufig negative Akteursaussagen über die griechische Regierung gesendet wie über die deutsche. Positive Wertungen durch Akteure fanden sich in der gesamten Berichterstattung für beide Regierungen kaum.

Im Folgenden soll nun für die untersuchten Nachrichtensendungen und Sondersendungen der ARD und des ZDF gezeigt werden, wie häufig Wertungen der griechischen Regierung in ÖTönen auftreten und welche Ausrichtung diese annehmen.

Wertungen in berichteten Akteursaussagen in den Hauptnachrichtensendungen

„Tagesschau“ und „heute“

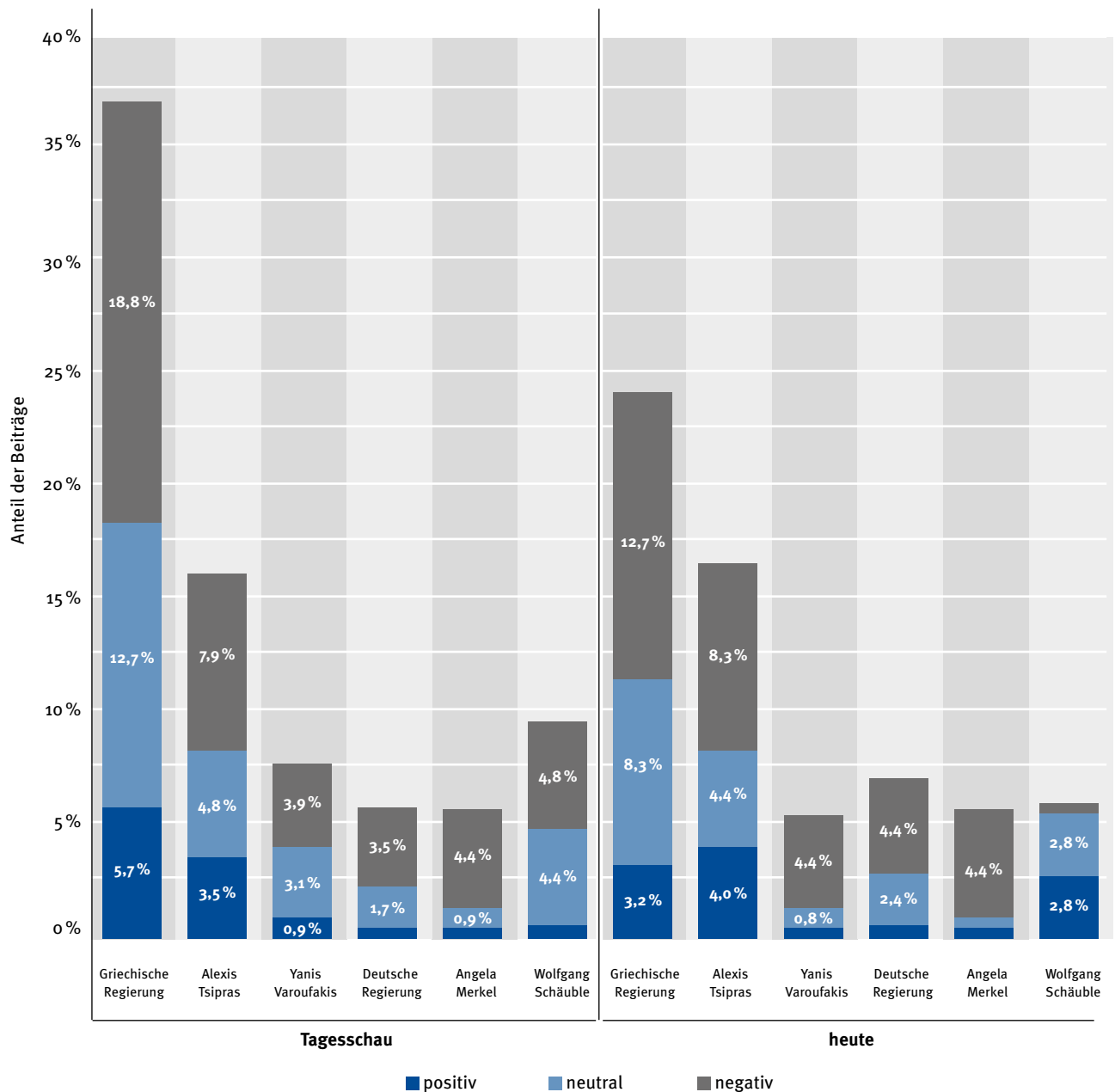
Allgemein betrachtet kann für die Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ festgestellt werden, dass das Verhältnis der durch Akteure vorgebrachten Wertungen der griechischen Regierung bei beiden Sendungen nahezu gleich ist.

So wurde in 37,1 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“ und in 24,2 Prozent der Beiträge von „heute“ die griechische Regierung von Akteuren bewertet; wobei hier nicht unterschieden wird, ob dies durch direkte oder indirekte Zitate geschah. In beiden Nachrichtensendungen dominierte eine negative Tonalität hinsichtlich der Attribuierungen. Denn 18,8 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“ und 12,7 Prozent der Beiträge von „heute“ wiesen kritische Bewertungen der griechischen Regierung durch Akteure auf. Im Vergleich dazu wurde diese in der „Tagesschau“ in nur 5,7 Prozent und in „heute“ in gerade einmal 3,2 Prozent der Beiträge mit positiven Wertungen belegt. Eine neutrale Bewertung der griechischen Regierung fand sich in 12,7 Prozent der „Tagesschau“- und in 8,3 Prozent der „heute“-Beiträge (vgl. Abbildung 23).

Bezogen auf einzelne Personen der griechischen Regierung wurde Ministerpräsident Alexis Tsipras in beiden Nachrichtensendungen am häufigsten durch andere Akteure bewertet. Dies war in 16,2 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und in 16,7 Prozent der „heute“-Beiträge der Fall. Hiervon beinhalteten 7,9 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und 8,3 Prozent der „heute“-Beiträge negative Zuschreibungen in

Abbildung 23:

Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren in den Sendungen „Tagesschau“ und „heute“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Tagesschau“ n=229, „heute“ n=252, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Bezug auf den Ministerpräsidenten. Positive Zuschreibungen fanden sich in 3,5 Prozent der „Tagesschau“- und in 4,0 Prozent der „heute“-Beiträge. Neutrale Attribuierungen waren in beiden Nachrichtensendungen ähnlich häufig vorhanden – in der ARD in 4,8 Prozent der Fälle und im ZDF in 4,4 Prozent der Fälle (vgl. Abbildung 23).

Finanzminister Yanis Varoufakis wurde insgesamt bei beiden Nachrichtensendungen erkennbar seltener bewertet. So wiesen 3,9 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“ und 4,4 Prozent der „heute“-Beiträge Negativ-Wertungen auf. Positive ließen sich bei den ARD-Nachrichten nur in 0,9 Prozent der Fälle und bei den ZDF-Nachrichten in 0,4 Prozent der Fälle finden. Neutrale Wertungen hingegen waren in der „Tagesschau“ mit 3,1 Prozent der Beiträge fast genauso oft vertreten wie Negativ-Wertungen. Im Vergleich dazu waren neutrale Wertungen des griechischen Finanzministers nur selten in „heute“ vorzufinden. Hier wiesen gerade einmal 0,8 Prozent der Beiträge neutrale Wertungen durch Akteure auf (vgl. Abbildung 23).

In Anlehnung an zuvor referierte Forschungsergebnisse sollen nun die Ergebnisse hinsichtlich der deutschen Regierung vorgestellt werden.

Wertungen der deutschen Regierung durch Akteure lassen sich bei beiden Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens deutlich seltener finden als solche der griechischen Regierung. So wiesen nur 5,6 Prozent der untersuchten „Tagesschau“- und 7,2 Prozent der „heute“-Beiträge Wertungen der deutschen Regierung durch Akteure auf. Ge-

mein ist aber beiden Regierungen, dass diese Wertungen mehrheitlich negativ waren. Denn 3,5 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und 4,4 Prozent der „heute“-Beiträge beinhalteten Negativ-Wertungen der Regierung Deutschlands. Im Vergleich zu den Negativ-Wertungen wiesen nur 0,4 Prozent der Beiträge beider Sendungen positive Zuschreibungen auf. Neutrale Wertungen der deutschen Regierungen durch Akteure ließen sich in 1,7 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und in 2,4 Prozent der „heute“-Beiträge finden. Die Anzahl der Negativ-Wertungen der deutschen Regierung ist somit zwar geringer als die der griechischen Regierung. Relativ betrachtet wurde sie jedoch deutlich kritischer bewertet (vgl. Abbildung 23).

Hinsichtlich der Bewertung einzelner Regierungsmitglieder ist festzustellen, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble insgesamt sogar etwas häufiger als Bundeskanzlerin Angela Merkel durch Akteure bewertet wurde. Mit Bezug zur Ausrichtung der Wertungen ist zu erkennen, dass der deutschen Bundeskanzlerin sowohl in den „Tagesschau“-Beiträgen als auch in den „heute“-Beiträgen mit jeweils 0,4 Prozent sehr selten Positiv-Wertungen durch Akteure zugeschrieben wurden. Die Wertung der deutschen Kanzlerin in der Berichterstattung durch Akteure ist somit primär kritisch. So wiesen 4,4 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und 4,8 Prozent der „heute“-Beiträge negative Äußerungen über Bundeskanzlerin Angela Merkel auf. Neutrale Wertung ließen sich – ähnlich wie positive – in nur 0,9 Prozent der „Tagesschau“- und 0,4 Prozent der „heute“-Beiträge finden.

*Wolfgang Schäuble
häufiger bewertet als
die Kanzlerin*

In Bezug auf Finanzminister Wolfgang Schäuble sind die Ergebnisse insofern auffällig, als dass relativ große Unterschiede in den Wertungen zwischen den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ erkennbar sind. So wurde dieser in 4,8 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge negativ bewertet, hingegen in nur 0,4 Prozent der „heute“-Beiträge. Folglich waren auch die Werte hinsichtlich der Positiv-Bewertung gegensätzlich. So wurde der Finanzminister in nur 0,4 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge, aber in 2,8 Prozent der „heute“-Beiträge positiv bewertet. In 4,4 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge und in 2,8 Prozent der „heute“-Beiträge fanden sich neutrale Wertungen (vgl. Abbildung 23). So lässt sich feststellen, dass der Bundesfinanzminister in der „Tagesschau“ durch dargestellte Akteursaussagen kritischer bewertet wurde als in „heute“.

Abschließend betrachtet zeigt sich, dass in beiden Nachrichtensendungen Bewertungen, die Akteure in den Beiträgen über die Regierungen vornahmen, mehrheitlich die griechische Regierung betrafen. In ihrer Tendenz sind die Ergebnisse dahingehend einheitlich, dass die griechische Regierung, sofern Akteure Wertungen vornehmen, eher negativ als positiv bewertet wurde.

Wertungen in berichteten Akteursaussagen in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“

Im folgenden Abschnitt werden nun die Ergebnisse hinsichtlich der von Akteuren vorgenommenen Bewertungen innerhalb der Beiträge der Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF

spezial“ vorgestellt. Es geht hier zunächst um Bewertungen, die von Akteuren direkt oder indirekt ausgingen.

In 55,5 Prozent der Beiträge der Sondersendung „Brennpunkt“ und in 47,1 Prozent der Beiträge des „ZDF spezial“ wurde die griechische Regierung von Akteuren bewertet. Somit ist der Anteil von Beiträgen mit Bewertungen der griechischen Regierung an der Gesamtzahl der Beiträge in den Sondersendungen höher als in den regulären Nachrichtensendungen. In der „Tagesschau“ liegt der Anteil der Beiträge mit Wertungen, die die griechische Regierung betreffen, nur bei 37 Prozent und in „heute“ sogar nur bei 24 Prozent. Demzufolge kam es in den Sondersendungen in Relation häufiger zu wertenden Aussagen über die griechische Regierung als in den Hauptnachrichtensendungen (vgl. Abbildung 24).

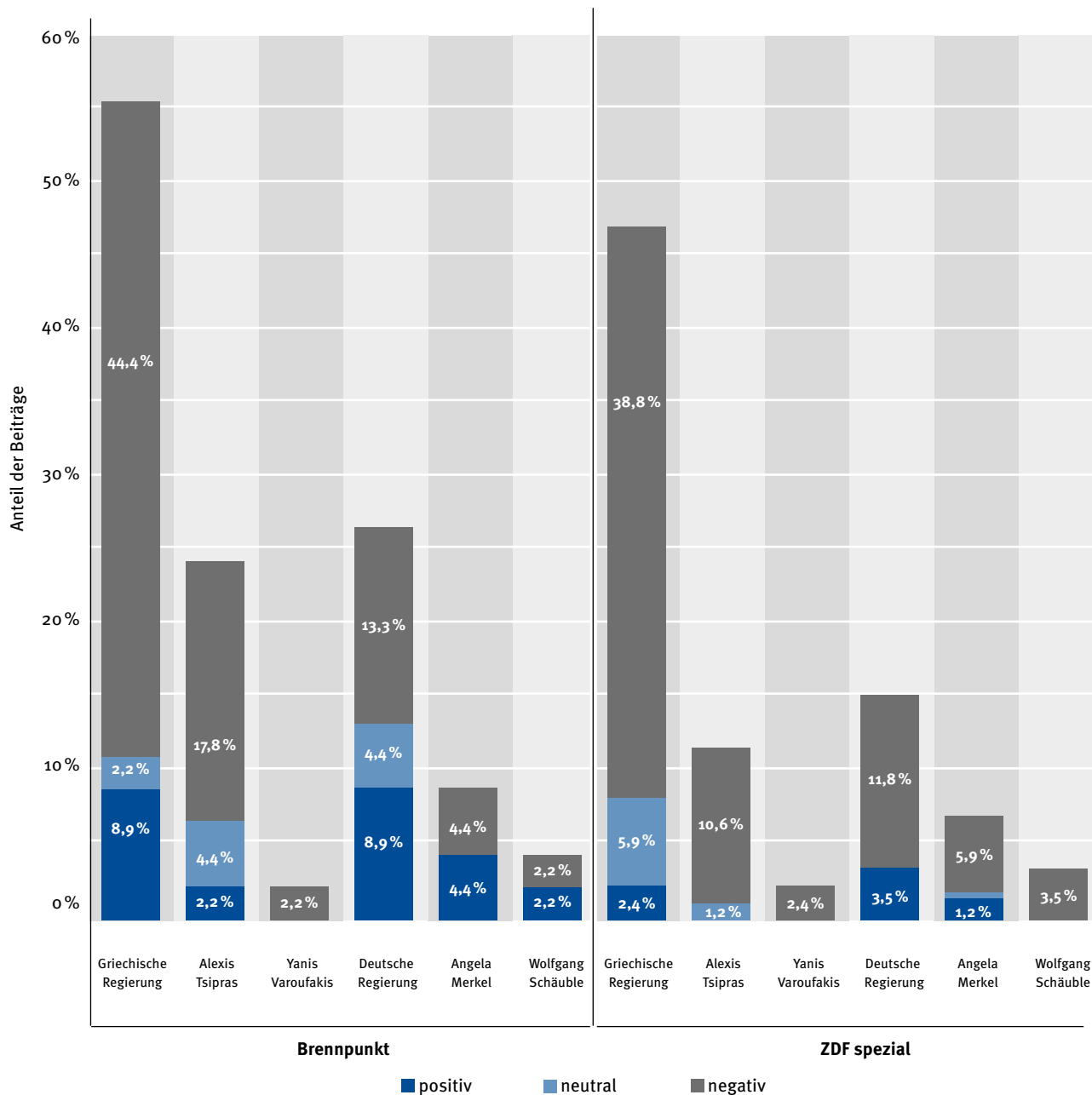
Die meisten dieser wertenden Aussagen sind in ihrer Ausrichtung analog zu den Hauptnachrichtensendungen negativ. 44,4 Prozent der Beiträge im „Brennpunkt“ und 38,8 Prozent der Beiträge in „ZDF spezial“ wiesen demnach negative Bewertungen der griechischen Regierung durch Akteure auf. Eine neutrale Bewertung der griechischen Regierung findet sich in 2,2 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge und in 5,9 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge. Eine positive Wertung gegenüber der griechischen Regierung fand in 8,9 Prozent der Beiträge der ARD-Sondersendung und in 2,4 Prozent der Beiträge der ZDF-Sondersendung statt.

Hinsichtlich der Regierungsmitglieder lässt sich feststellen, dass der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras in beiden Sondersen-

In den Sondersendungen noch mehr Wertungen

Abbildung 24:

Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Brennpunkt“ n=49, „ZDF spezial“ n=85, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

dungen am häufigsten durch andere Akteure bewertet wurde. Allerdings liegen hier hinsichtlich der Ausrichtung der Wertung teilweise Unterschiede zwischen den beiden Sondersendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens vor. So beinhalteten 2,2 Prozent der Beiträge des „Brennpunkts“ positive Wertungen des Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, während diese in „ZDF spezial“ gar nicht vorkamen. Auch finden sich neutrale Wertungen Tsipras' zwar in 4,4 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge, aber nur in 1,2 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge. Im Verhältnis ähnlich fallen hingegen die Negativ-Wertungen des Ministerpräsidenten bei beiden Sendern aus. So ließen sich kritische Wertungen in 17,8 Prozent der Beiträge des „Brennpunkt“ und in 10,6 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge finden (vgl. Abbildung 24).

In Bezug auf den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis ist hervorzuheben, dass dieser sowohl im „Brennpunkt“ als auch in „ZDF spezial“ nur äußerst selten bewertet wurde. Hinsichtlich der Ausrichtung der Wertungen sind demzufolge die Zahlen niedrig: 2,2 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge und 2,4 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge beinhalteten Negativ-Bewertungen des griechischen Finanzministers. Neutrale oder gar positive Wertungen lagen für ihn bei beiden untersuchten Sondersendungen gar nicht vor (vgl. Abbildung 24).

Die deutsche Regierung wurde in beiden Sondersendungen seltener bewertet, allerdings – wie die griechische Regierung auch – überwiegend negativ. So wurde sie in 13,3 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge und in 11,8

Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge negativ bewertet. Im „Brennpunkt“ ließen sich in 4,4 Prozent der Fälle neutrale Wertungen finden, was in „ZDF spezial“ gar nicht der Fall war. Relativ hoch war beim „Brennpunkt“ die Anzahl der Beiträge, die positive Wertungen gegenüber der deutschen Regierung aufweisen. Dies ist in 8,9 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge der Fall. In „ZDF spezial“ wurde die deutsche Regierung in nur 3,5 Prozent der Beiträge positiv bewertet (vgl. Abbildung 24).

Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in den Akteursbewertungen in Bezug auf deutsche Regierungsmitglieder wider. 4,4 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge beinhalteten Negativ-Wertungen der Bundeskanzlerin Angela Merkel von Akteuren, 5,9 Prozent waren dies in den „ZDF spezial“-Beiträgen. Positive Äußerungen über die Kanzlerin wiesen 4,4 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge und 1,2 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge auf. Neutrale Wertungen fanden sich in beiden Sendungen gar nicht.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wurde in den Sondersendungen insgesamt seltener bewertet als Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aber auch er wurde primär negativ von den Akteuren bewertet. Denn 2,2 Prozent der Beiträge des „Brennpunkts“ und 3,5 Prozent der „ZDF spezial“-Beiträge wiesen Negativ-Wertungen des deutschen Finanzministers auf. Positive Wertungen von Akteuren fanden sich in 2,2 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge, bei „ZDF spezial“ hingegen gar nicht. Auch waren in beiden Sondersendungen keine neutralen Wertungen des Finanzministers Schäuble von Akteuren zu finden (vgl. Abbildung 24).

*Deutsche Regierung
im „Brennpunkt“
positiver bewertet als
in „ZDF spezial“*

Für die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ lässt sich festhalten, dass Akteure mit Wertungen insgesamt häufiger vorzufinden waren als in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“. Wertungen der griechischen Regierung waren deutlich öfter negativ als positiv, was darin begründet liegen könnte, dass griechische Akteure generell in der Berichterstattung eher unterrepräsentiert waren.

Ausgewogenheit der Wertungen in O-Tönen

Ausgewogene O-Töne dominieren

Im Folgenden sollen nun die Bewertung der griechischen Regierung in O-Tönen von Akteuren untersucht werden. Hierbei wird auch aufgezeigt, inwiefern eine positive oder negative Wertung innerhalb dieser O-Töne vorzufinden war. Es wurde auch erfasst, ob in den O-Tönen eines Beitrags sowohl kritische als auch akritische Aussagen in gleichen Anteilen auftraten. In diesen Fällen wird von einem „ausgeglichene“ Verhältnis gesprochen. Sind die O-Töne innerhalb der Beiträge nicht ausgeglichen, so sollten sie über alle Beiträge hinweg zumindest in gleichem Umfang positive wie negative Bewertungen der griechischen Regierung enthalten.

In insgesamt 63,4 Prozent aller Beiträge kamen Akteure direkt vor der Kamera mit O-Tönen zu Wort. Hierbei wurde in 49,9 Prozent aller Beiträge die griechische Regierung bewertet, wobei die Beiträge ein überwiegend ausgeglichenes Verhältnis hinsichtlich der Wertung der griechischen Regierung aufwiesen. Dies war in 26,5 Prozent aller Beiträge der Fall. In 17,8 Prozent aller Beiträge äußerten sich O-Ton-

Geber*innen kritisch über die griechischen Regierung, während eine positive Wertung nur in 5,5 Prozent aller Beiträge der Fall war (vgl. für eine detailliertere Verteilung der Wertungspositionen auf verschiedenen Akteure Anhang 4).

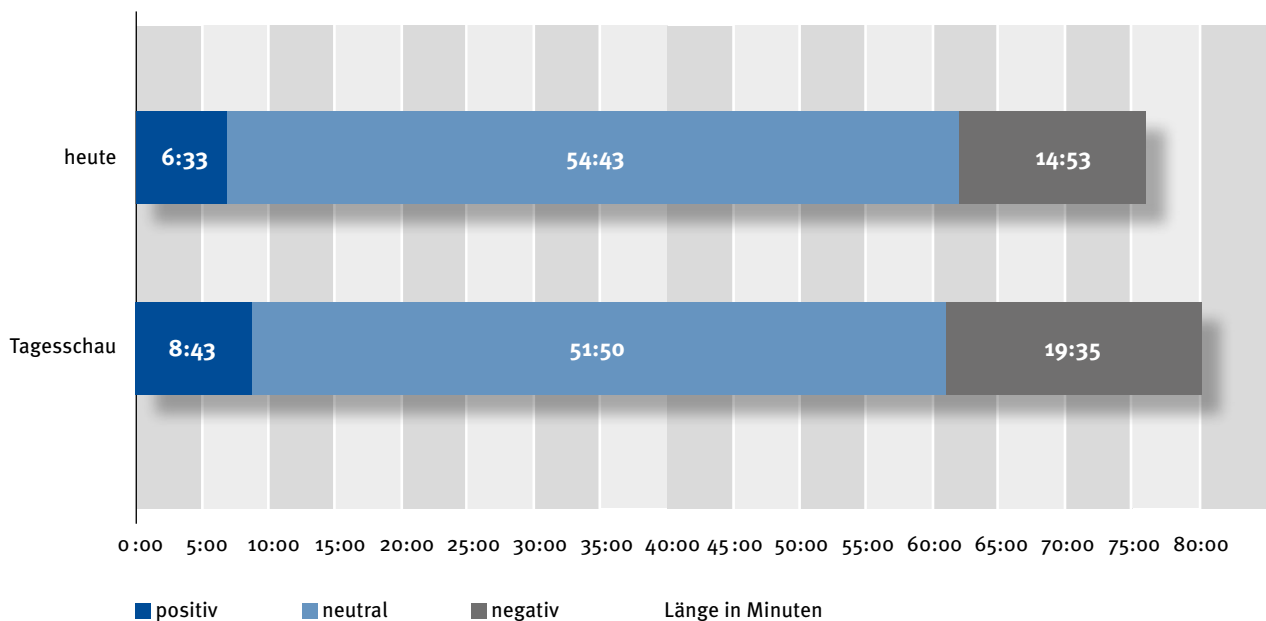
Wertungen in O-Tönen in „Tagesschau“ und „heute“

In „Tagesschau“ und „heute“ dominierte ein ausgeglichenes Verhältnis der Positionen zur griechischen Regierung innerhalb der durch O-Töne ausgedrückten Wertungen. Die Verteilung war zwischen „Tagesschau“ und „heute“ nahezu kongruent. In „heute“ wiesen nahezu 55 Minuten der O-Töne ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen positiven, negativen oder neutralen Wertungen der griechischen Regierung auf. Annähernd 15 Minuten beinhalteten Negativ-Wertungen und ca. 7 Minuten Positiv-Wertungen. Für die „Tagesschau“ sind die Ergebnisse ähnlich. So waren ca. 52 Minuten der O-Töne ausgewogen in ihrer Bewertung der griechischen Regierung, ca. 20 Minuten negativ und ca. 9 Minuten positiv (vgl. Abbildung 25).

Auch die Anzahl der Beiträge mit Wertungen der griechischen Regierung durch O-Ton-Geber*innen bestätigt dieses Ergebnis. In 32,8 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge wiesen O-Töne sowohl kritische als auch akritische Bewertungen der griechischen Regierung auf und können daher als ausgeglichen bezeichnet werden. 14,8 Prozent der Beiträge wiesen O-Töne mit negativen Wertungen der griechischen Regierung auf, 6,1 Prozent waren positiv. In 23,6 Prozent der „heute“-Beiträge

Abbildung 25:

Länge der O-Töne mit Wertungen der griechischen Regierung in den Sendungen „heute“ und „Tagesschau“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Tagesschau“ n=229, „heute“ n=252, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

wiesen O-Töne sowohl kritische als auch akri-
tische Bewertungen der griechischen Regie-
rung auf und können daher als ausgeglichen
bezeichnet werden. 11,5 Prozent der Beiträge
wiesen O-Töne mit negativen Wertungen der
griechischen Regierung auf, 6,7 Prozent waren
positiv.

So kann abschließend festgehalten wer-
den, dass in „Tagesschau“ und „heute“ aus-
gewogene O-Töne überwogen, negative Äu-
ßerungen zur griechischen Regierung kamen
jedoch in beiden Sendungen in einem erkenn-
bar größeren zeitlichen Umfang vor als posi-
tive – jeweils mehr als doppelt so oft. Es kann

festgestellt werden, dass sich beide Redakti-
onen um ein ausgewogenes Verhältnis posi-
tiver und negativer Wertungen durch O-Töne in
Nachrichten sowie in Berichten bemühten. Die
Verteilung von O-Tönen auf politische Akteure
war in beiden Nachrichtensendungen kongru-
ent. Diese waren mehrheitlich ausgeglichen,
wobei positive Wertungen jedoch seltener zu
finden waren als negative.

Wertungen in O-Tönen in den Sonder-

sendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“

Im Folgenden sollen die Ergebnisse hinsicht-
lich der Bewertung der griechischen Regierung

*O-Töne in
Sondersendungen
häufiger
unausgewogen*

in O-Tönen in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ unterschieden werden.

Der zeitliche Umfang von O-Tönen mit Bewertungen der griechischen Regierung in Beiträgen der untersuchten Sondersendungen macht deutlich, dass auch hier erkennbar mehr Negativ-Bewertungen der griechischen Regierung vorliegen, als positive Wertungen vorkamen. Dies ist im Verhältnis betrachtet insbesondere bei der Sendung „ZDF spezial“ der Fall.

So wurden in „ZDF spezial“ rund 53 Minuten negative und nur rund 3 Minuten 30 Sekunden positive Äußerungen gesendet. Der zeitliche Umfang hinsichtlich neutraler O-Töne lag bei in „ZDF spezial“ bei 16 Minuten und 32 Sekunden. Dies erscheint mit Blick auf den gesamten Zeitumfang (ca. 75 Minuten), in dem Wertungen in Form von O-Tönen enthalten sind, erstaunlich wenig.

Auch bei den „Brennpunkt“-Beiträgen sind mit 22 Minuten und 51 Sekunden mehr Negativ-Äußerungen vorhanden, als sich positive Bewertungen der griechischen Regierung finden lassen. So weist die ARD-Sondersendung nur insgesamt 10 Minuten und 16 Sekunden O-Töne mit positiven Wertungen der griechischen Regierung auf. O-Töne mit ausgeglichenen Positionen gegenüber der griechischen Regierung konnten in insgesamt 12 Minuten und 4 Sekunden der „Brennpunkt“-Beiträge festgestellt werden (vgl. Abbildung 26).

Auch die Anzahl der Beiträge mit Wertungen der griechischen Regierung durch O-Ton-Geber*innen bestätigt dieses Ergebnis. In 30,6

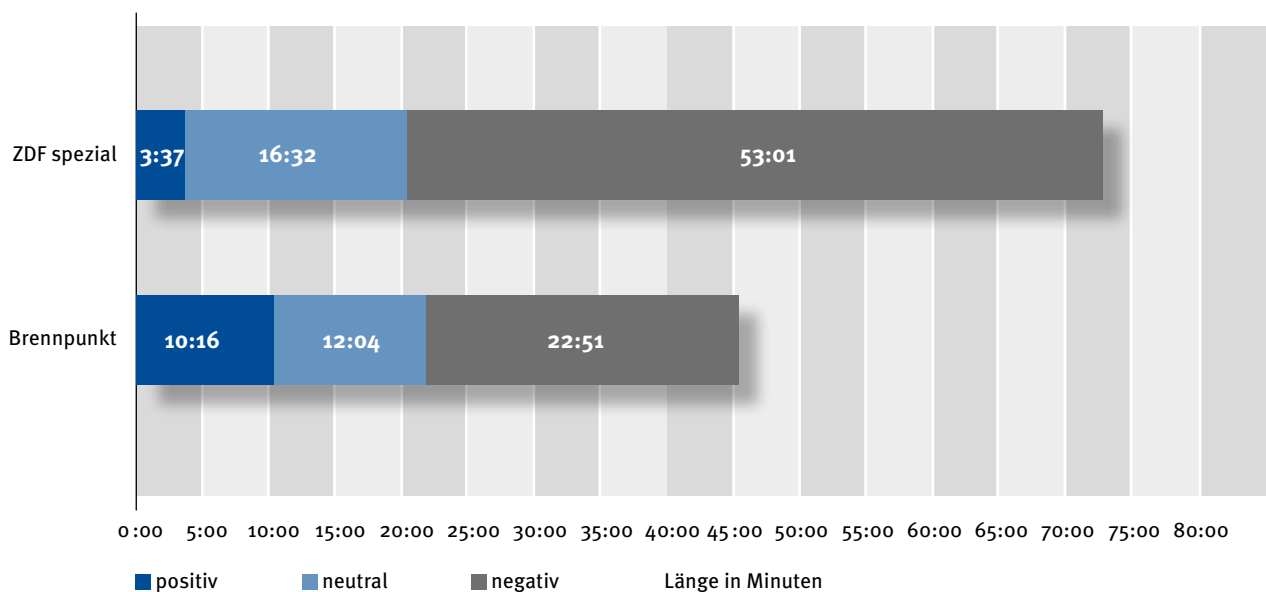
Prozent der Beiträge im „Brennpunkt“ bewerteten Akteure in O-Tönen die griechische Regierung negativ, in 10,2 Prozent positiv, in 28,6 Prozent der Beiträge fand sich ein ausgeglichenes Verhältnis. In 41,2 Prozent der Beiträge in „ZDF spezial“ bewerteten Akteure in O-Tönen die griechische Regierung negativ, in 2,4 Prozent positiv, in 18,8 Prozent der Beiträge fand sich ein ausgeglichenes Verhältnis.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der „Brennpunkt“ zwar unter den untersuchten Sendungen häufiger positiv wertende O-Töne zu Griechenlands Regierung beinhalten als das „ZDF spezial“, jedoch auch zweimal so viel Negativ- wie Positiv-Wertungen aufwies. Die Sondersendungen setzten O-Töne nicht in einem ausgeglichenen Verhältnis ein. Das Ergebnis zur Sendung „ZDF spezial“ zeigt dies sehr deutlich. So sendete das „ZDF spezial“ rund 53 Minuten Negativ-Äußerungen und nur rund 4 Minuten Positiv-Äußerungen über die griechische Regierung, also mehr als 13-mal so viel Negativ- wie Positiv-Wertungen.

In diesem Abschnitt stand die Ausgewogenheit der Berichterstattung im Mittelpunkt. Untersucht wurde, ob die Darstellung von Akteuren und die dargestellten Wertungen und Meinungen von Akteuren, Journalist*innen und O-Ton-Geber*innen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander standen. Die zentralen Ergebnisse der Analyse im Hinblick auf die Wertungen durch Akteure in den untersuchten Beiträgen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Zunächst sollen die Ergebnisse hinsichtlich der Akteursausgewogenheit dargestellt werden:

Abbildung 26:

Länge der O-Töne mit Wertungen der griechischen Regierung in den Sondersendungen „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Brennpunkt“ n=49, „ZDF spezial“ n=85, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

- Die griechische Regierung wurde häufiger genannt oder gezeigt als andere Akteure.
- Die griechische Regierung trat aber nur in 11,4 Prozent der Beiträge als Sender von Aussagen auf, in 41,5 Prozent der Beiträge wurden Aussagen über sie getroffen.
- Fehlende Ausgewogenheit lässt sich auch bei den direkt zu Wort kommenden Akteuren feststellen. Die deutsche Regierung sprach in O-Tönen fast mehr als doppelt so lang zur Staatsschuldenkrise in Griechenland als die griechische Regierung. Das Verhältnis der Redeanteile zwischen beiden Akteuren ist nicht ausgewogen. Es wurde

erkennbar häufiger über die griechische Regierung gesprochen, als dass diese in der Berichterstattung selbst mit Aussagen vertreten war. Dies zeigt sich besonders deutlich in den O-Tönen, der Möglichkeit, durch wörtliche Rede direkt seine Positionen wiederzugeben. Die griechische Regierung kam im Vergleich zu anderen Akteuren in „Tagesschau“ und „heute“ seltener zu Wort. Gerade einmal 10,7 Prozent des Umfangs der O-Töne wurden durch die griechische Regierung besetzt.

- Die deutsche Regierung war in allen untersuchten Sendungen in Beiträgen zur grie-

chischen Staatsschuldenkrise erheblich präsenter. 23,8 Prozent der O-Töne lassen sich der deutschen Regierung zuordnen. Dies spricht für ein fehlendes Gleichgewicht bei der Behandlung von Akteuren und für eine Unausgewogenheit bei den Redezeiten zu Ungunsten der griechischen Regierung.

Die Ergebnisse der Untersuchung der Bewertungsausgewogenheit zeigen ebenfalls Defizite auf:

- Die griechische Regierung wurde sehr häufig durch Journalist*innen und Akteure innerhalb der untersuchten Beiträge bewertet – erkennbar häufiger als andere Akteure. In 20,3 Prozent der Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden Wertungen der griechischen und/oder der deutschen Regierung von Journalist*innen vorgenommen. In 18,4 Prozent der Beiträge betrafen diese Wertungen die griechische Regierung. In nur 7,8 Prozent der Beiträge wurde die deutsche Regierung von Journalist*innen bewertet. Das Ausmaß der Wertungen durch Journalist*innen ist in einem erwarteten Umfang: Etwa jeder fünfte Beitrag beinhaltet Wertungen durch Journalist*innen. Maurer (2005) fand in einer Analyse von Hauptnachrichtensendungen 2001 bei der ARD in 16 Prozent und beim ZDF in 29 Prozent der Beiträge explizite Wertungen durch Journalist*innen. Das Verhältnis ist allerdings nicht ausgeglichen, die griechische Regierung wurde häufiger bewertet als andere. Dies spricht für fehlende Ausgewogenheit der Bewertungen.

- In O-Tönen und indirekten Aussagen über Akteure in der hier untersuchten Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zeigten sich in hohem Maße Meinungen und Bewertungen. In fast vier von fünf Beiträgen, in denen ein O-Ton enthalten war, wurde die griechische Regierung bewertet. Auch bei berichteten Aussagen und O-Tönen zeigte sich dieses Missverhältnis, die griechische Regierung wurde häufiger bewertet als andere. In 34,3 Prozent aller Beiträge trafen Akteure wertende Aussagen über die griechische Regierung. Über die deutsche Regierung wurden in nur 9,1 Prozent der Beiträge wertende Aussagen von Akteuren getroffen. Dies spricht auch hier für fehlende Ausgewogenheit der Bewertungen.

Wenn Journalist*innen Wertungen vornehmen, positionierten sie sich mehrheitlich kritisch gegenüber der griechischen Regierung. Ein Mangel an Ausgewogenheit in der Bewertung durch Journalist*innen zeigt sich im Vergleich: Positive Aspekte wurden bei der griechischen Regierung im Gegensatz zur deutschen Regierung kaum herausgestellt. Die vorgefundenen Wertungen sind demnach nicht ausgewogen.

Die griechische Regierung wurde in berichteten Akteursaussagen häufiger negativ bewertet als positiv. Jedoch wurden über alle Akteure, die bewertet wurden, mehrheitlich negative bzw. kritische Aussagen getroffen.

Die Bewertungen der griechischen Regierung durch Akteure waren in den Hauptnachrichtensendungen mehrheitlich ausgeglichen,

*Wertungen durch
Journalist*innen
in jedem fünften
Beitrag*

in den untersuchten Sondersendungen mehrheitlich negativ. In 17,8 Prozent aller Beiträge insgesamt äußerten sich O-Ton-Geber*innen kritisch gegenüber der griechischen Regierung, während eine positive Wertung nur in 5,5 Prozent aller Beiträge der Fall war. Während sich die Journalist*innen in den Hauptnachrichtensendungen um eine ausgewogene Bewertung der griechischen Regierung bei der Zusammenstellung der O-Töne bemühten, tendierte die Mehrheit der O-Töne in den Sondersendungen zu einer kritischen Position gegenüber der griechischen Regierung. Die in O-Tönen dargestellten Meinungen waren in Sondersendungen demnach weniger ausgewogen als in den Hauptnachrichtensendungen.

5.4 Neutralität der Berichterstattung

Insbesondere für Nachrichtensendungen ist die Trennung von Nachricht und Meinung ein zentraler Aspekt der Unparteilichkeit. Zunächst wird daher im folgenden Abschnitt dargestellt, in welchem Ausmaß und in welcher Ausrichtung Wertungen durch Journalist*innen in den Fernsehnachrichten zur griechischen Staatsschuldenkrise vorgenommen wurden.

Es geht insbesondere um die Frage, ob Journalist*innen in den untersuchten Nachrichtensendungen eine Position einnahmen. Hieraus können Rückschlüsse gezogen werden, inwiefern die Berichterstattung dem Kriterium der Neutralität entspricht.

Wertungen durch Journalist*innen sollten dem Qualitätskriterium der Neutralität ent-

sprechend nicht in Off-Texten von Nachrichten oder Berichten stattfinden. Innerhalb von Aufsamern und Korrespondent*innen-Schalten sind Wertungen hingegen möglich, da bei beiden für den Rezipienten erkennbar ist, dass es sich um eine Meinung des Journalist*innen handelt, weil dieser im Bild zu sehen ist.

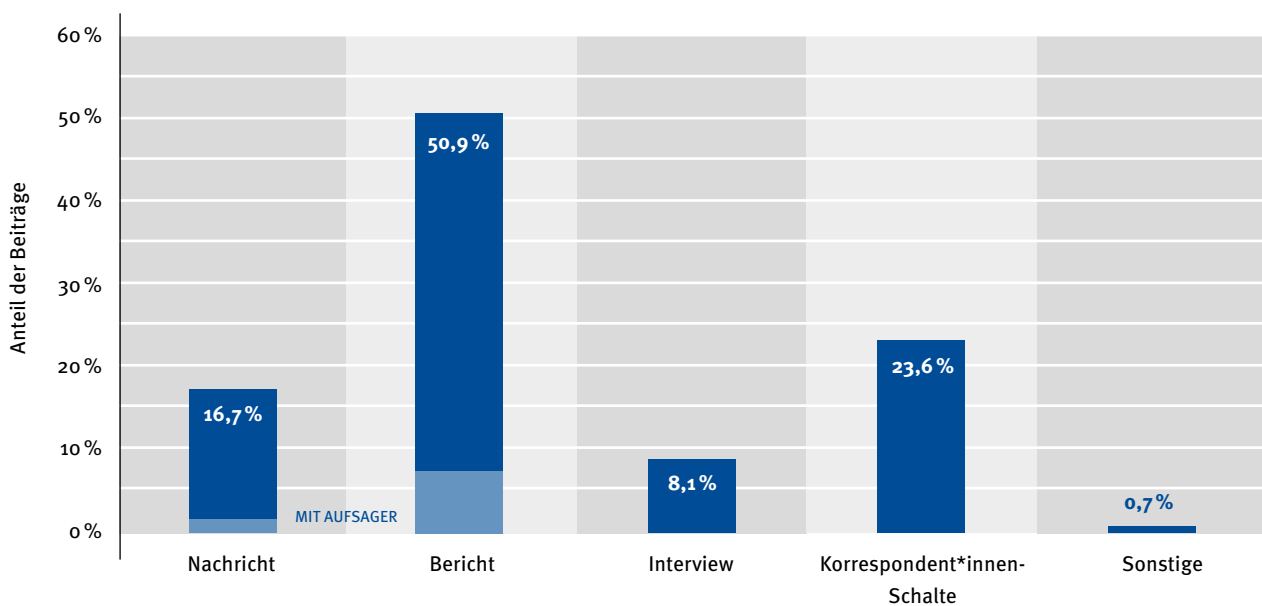
Bei 16,8 Prozent der Beiträge handelte es sich um einfache Nachrichtenmeldungen, die von den Nachrichtensprecher*innen gelesen wurden. 43,9 Prozent dieser vorgelesenen Meldungen wurden mit Bewegtbild hinterlegt. Die häufigste Darstellungsform waren mit 50,9 Prozent Berichte. An dritter Stelle standen Korrespondent*innen-Schalten der Reporter*innen mit 23,6 Prozent aller Beiträge. Es wurden zudem in 7,8 Prozent der Beiträge Aufsamern in Nachrichten und Berichten identifiziert (in Abbildung 27 hellblau markiert). Bei 8,1 Prozent aller Beiträge handelte es sich um Interviews. Diese kamen jedoch nahezu ausschließlich in den untersuchten Sondersendungen vor.

Unterscheidet man zwischen den verwendeten Darstellungsformen (vgl. Abbildung 28), ist feststellbar, dass die Nachricht weitestgehend frei von Wertungen durch Journalist*innen war. Nur in 3,9 Prozent der Beiträge fanden sich positive oder negative Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. In Bezug auf die Darstellungsform des Berichtes war dieser Anteil schon erkennbar höher: 10,2 Prozent der hier untersuchten Berichte wiesen Wertungen durch Journalist*innen im Off-Text auf. So hieß es beispielsweise im Off-Text eines Berichtes

*Rezipient*innen
sollen Meinung
erkennen können*

Abbildung 27:

Anteil der Beiträge nach Darstellungsform



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

„Nur er hier hat ein
Dauergrinsen“

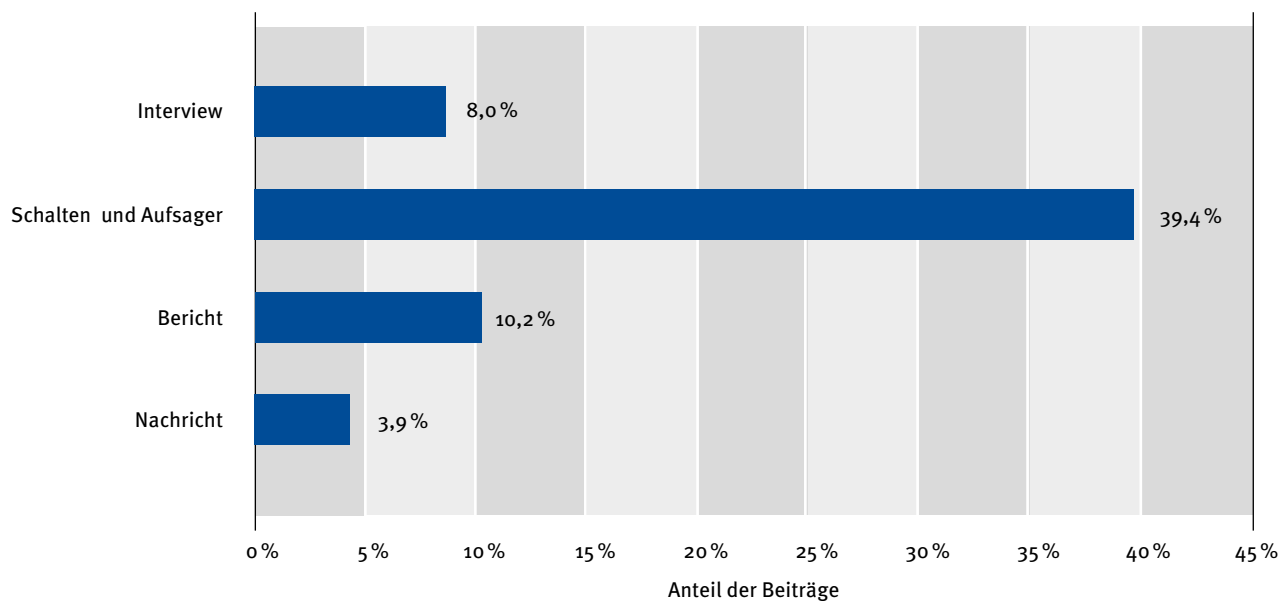
der „Tagesschau“ vom 18. September 2015 über Ministerpräsident Alexis Tsipras: „Doch er hat an Strahlkraft verloren.“ Oder in der „heute“-Sendung vom 4. April 2015: „Politische Kapriolen in Athen sorgen auch bei der SPD für Stirnrunzeln.“ Aber auch in der Sonder-sendung „ZDF spezial“ (29. Juni 2015) ließen sich derartige Beispiele für Kommentierungen von Journalist*innen im Off-Text finden. Über den griechischen Finanzminister findet man den Satz: „Nur er hier hat ein Dauergrinsen. Die Griechen provozieren.“

In den für Kommentierungen vorgesehenen Berichterstattungsbereichen fanden

sich im Gegensatz zu Nachrichten und Berichten deutlich häufiger Bewertungen durch Journalist*innen. So wiesen 39,4 Prozent aller Korrespondent*innen-Schalten und Aufsager Wertungen der griechischen oder deutschen Regierung durch Journalist*innen auf. Bei der Darstellungsform des Interviews war dies nur in 8 Prozent aller Fälle so. Ein Beispiel für eine durch Journalist*innen vorgenommene Meinungsäußerung während eines Interviews findet sich im „Brennpunkt“ vom 29. Juni 2015: „Darf ich noch eine Frage stellen? Jahrelang sind ja Reformen verschleppt worden in diesem Land (...)“ Daran zeigt sich, dass auch in Inter-

Abbildung 28:

Anteil der Beiträge mit Bewertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen nach Darstellungsform



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, Nachricht: n=103, Bericht: n=313, Schalten u. Aufsager: n=193, Interview: n=50, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

viewfragen Wertungen durch Journalist*innen vorgenommen wurden.

Hinsichtlich meinungsorientierter Äußerungen durch Journalist*innen zeigen sich zwischen den Nachrichtensendungen beider öffentlich-rechtlicher Sender nur geringe Unterschiede. So wurden in 19,7 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge Wertungen von Journalist*innen vorgenommen, in „heute“ lag dieser Wert bei 22,2 Prozent. Bei den Sondersendungen hingegen war ein deutlicher Unterschied in Bezug auf eine meinungsorientierte Berichterstattung erkennbar. Denn in der ARD-Sendung „Brennpunkt“ ließen sich

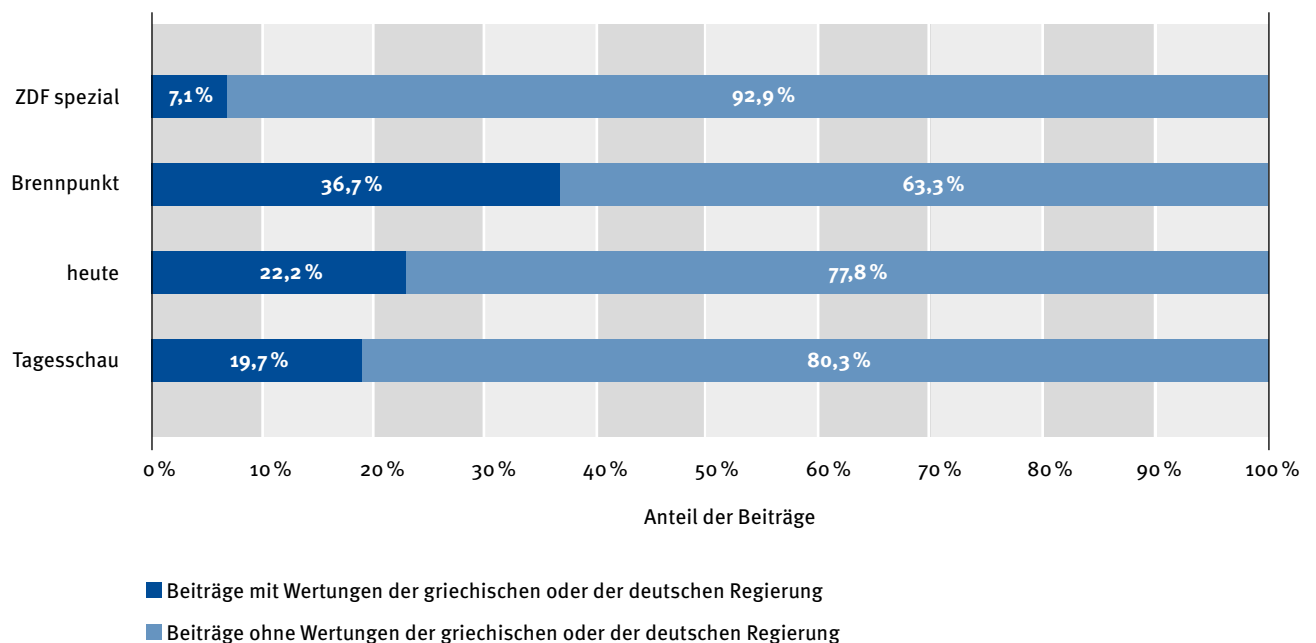
in 36,7 Prozent der Beiträge Wertungen von Journalist*innen finden, wobei solche in „ZDF spezial“ nur in rund 7 Prozent der Fälle zu finden waren (vgl. Abbildung 29).

Im folgenden Abschnitt findet eine weitergehende Differenzierung der Ergebnisse statt. So soll dargestellt werden, inwieweit Wertungen der griechischen und deutschen Regierung in den untersuchten Sendungen zu finden waren und welche Unterschiede zwischen den Nachrichtensendungen und Sondersendungen festgestellt werden konnten.

Im Weiteren sollen nun die Ergebnisse hinsichtlich der Wertungen mit Bezug zu den

Abbildung 29:

Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „Tagesschau“: n=229, „heute“: n=252, „Brennpunkt“: n= 49, „ZDF spezial“: n= 85, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

unterschiedlichen Darstellungsformen differenziert werden.

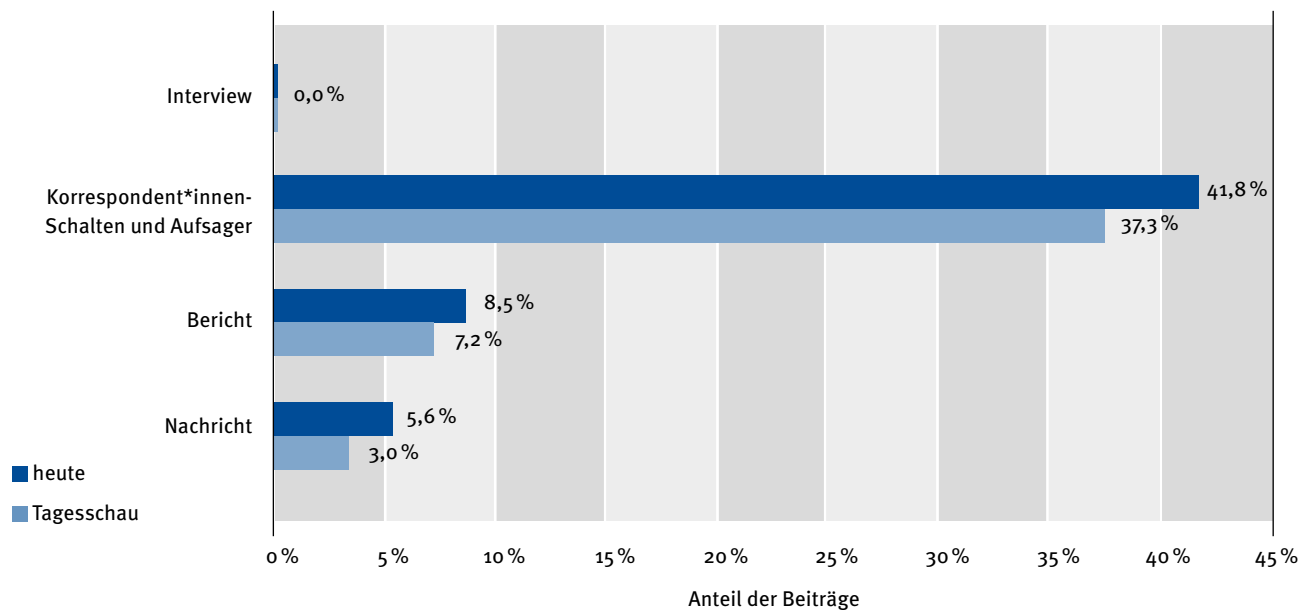
In der „Tagesschau“ fanden in 3 Prozent der Beiträge Wertungen durch Journalist*innen statt, in „heute“ waren diese in 5,6 Prozent der Beiträge zu finden. Die Darstellungsform Bericht wurde von den „Tagesschau“-Redakteur*innen in 7,2 Prozent der Fälle für Wertungen genutzt. Im Vergleich dazu lag dieser Wert bei den „heute“-Berichten bei 8,5 Prozent. Die Korrespondent*innen-Schalten und Aufsager beinhalteten die meisten Wertungen von Journalist*innen. Hier ließen sich bei 41,8

Prozent aller Korrespondent*innen-Schalten und Aufsager von „heute“ Meinungen von Journalist*innen finden; wohingegen in der „Tagesschau“ mit 37,3 Prozent diese Berichterstattungsformen etwas weniger für Wertungen genutzt wurden (vgl. Abbildung 30). Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass alle Darstellungsformen im Vergleich beider Sender ähnlich intensiv für Wertungen durch Journalist*innen genutzt wurden.

Die Darstellungsformen wurden auch in den Sondersendungen unterschiedlich intensiv für Bewertungen durch Journalist*innen genutzt.

Abbildung 30:

Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Sendungen „heute“ und „Tagesschau“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise; „Tagesschau“: Nachricht: n=67, Bericht: n=111, Schalten und Aufsager: n=83, Interview: n=0; „heute“: Nachricht: n=36, Bericht: n=129, Schalten und Aufsager: n=91, Interview: n=0; 2015

Quelle: eigene Darstellung.

Wie zuvor beschrieben, bewerteten die Journalist*innen im „Brennpunkt“ insgesamt erkennbar häufiger. So fanden in der Darstellungsform Bericht beim „Brennpunkt“ in 28 Prozent der Fälle Bewertungen statt, während dies für das „ZDF spezial“ nur bei 12,5 Prozent der Berichte der Fall war. Betrachtet man diese Ergebnisse für die Darstellungsform Bericht im Vergleich zu den Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, so fällt auf, dass in den Sondersendungen häufiger die Trennung von Nachricht und Meinung missachtet wurde als in den Nachrichtensen-

dungen und somit das Postulat der Neutralität verletzt wurde.

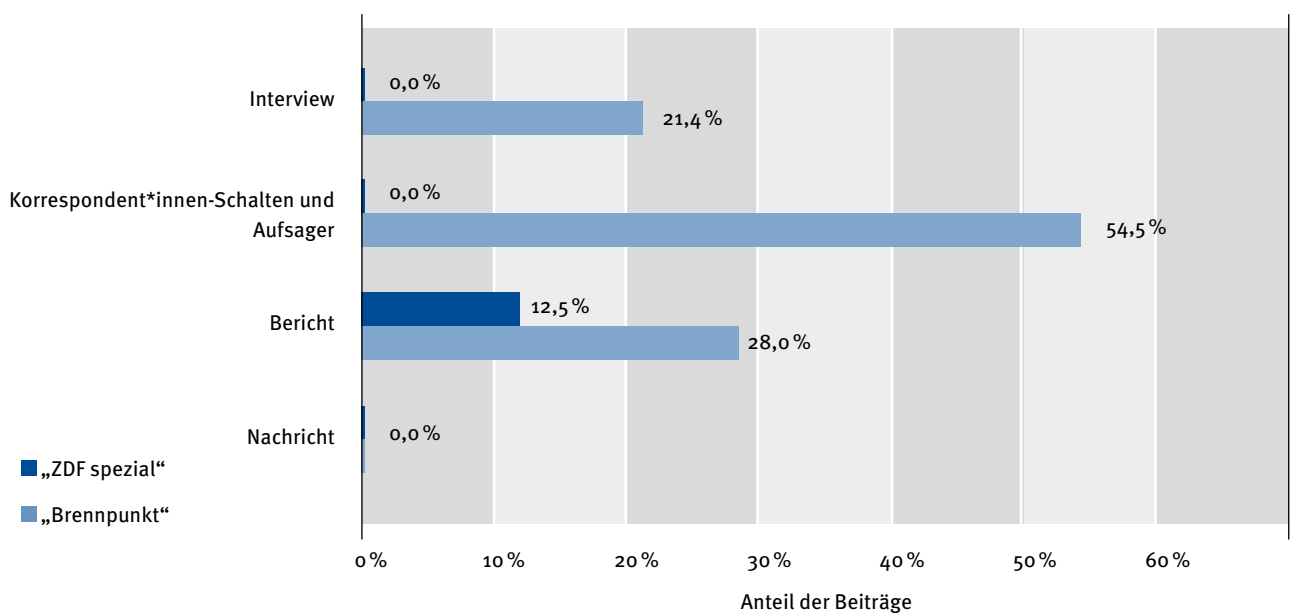
Vor der Kamera bewerteten Journalist*innen die griechische oder deutsche Regierung in 54,5 Prozent der Korrespondent*innen-Schalten und Aufsager sowie in 21,4 Prozent der Interviews der Sendung „Brennpunkt“. In „ZDF spezial“ wurden, abgesehen von den Berichten, in keiner weiteren Darstellungsform Wertungen der griechischen oder deutschen Regierung durch Journalist*innen gefunden (vgl. Abbildung 31).

Die Neutralität der Berichterstattung, also die die Trennung von Nachricht und Meinung,

Neutralität in allen Sendungen verletzt

Abbildung 31:

Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Sondersendungen „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise; „Brennpunkt“: Nachricht: n=0, Bericht: n=25, Schalten und Aufsager: n=11, Interview: n=14; „ZDF spezial“: Nachricht: n=0, Bericht: n=48, Schalten und Aufsager: n=8, Interview: n=29; 2015

Quelle: eigene Darstellung.

ist ein zentrales Kriterium journalistischer Professionalität. Dieses wichtige Qualitätskriterium wurde in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nicht durchgängig eingehalten:

- Klassische Nachrichten waren weitestgehend frei von Bewertungen durch Journalist*innen. In 3,9 Prozent der Nachrichten fanden sich positive oder negative Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen.
- In 10,2 Prozent der Berichte nahmen Journalist*innen jedoch positive oder ne-

gative Bewertungen der griechischen oder der deutschen Regierung vor. Off-Texte von Berichten wurden in den untersuchten Nachrichtensendungen also in jedem zehnten Fall für Wertungen genutzt. Damit wurde das Gebot der Neutralität sowohl in Nachrichten als auch in Berichten verletzt.

- 3,0 Prozent der Nachrichten und 7,2 Prozent der Berichte in der „Tagesschau“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. In „heute“ wurden häufiger als in der „Tagesschau“ auch in Nach-

richten und Berichten Bewertungen von Journalist*innen vorgenommen. 5,6 Prozent der Nachrichten und 8,5 Prozent der Berichte in „heute“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. Damit wurde in beiden Hauptnachrichtensendungen das Gebot der Neutralität von Nachrichten und Berichten in Einzelfällen verletzt. Da keine Vergleichszahlen zu Neutralitätsverletzungen in den Darstellungsformen Nachricht und Bericht zu anderen Themen vorliegen, kann das Ausmaß der Neutralitätsverletzung hier nur zwischen den untersuchten Sendungen vergleichend bewertet und eingeordnet werden.

- Unter den untersuchten Sendungen wurde im „Brennpunkt“ am häufigsten auch in Berichten Bewertungen durch Journalist*innen vorgenommen. 28 Prozent der Berichte im „Brennpunkt“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. In „ZDF spezial“ wurden seltener als im „Brennpunkt“, aber häufiger als in den Hauptnachrichtensendungen „Tageschau“ und „heute“, auch in Berichten Bewertungen durch Journalist*innen vorgenommen. 12,5 Prozent der Berichte in „ZDF spezial“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. Damit wurde das Gebot der Neutralität von Nachrichten und Berichten im „Brennpunkt“ und im ZDF spezial“ verletzt.

5.5 Analytische Qualität der Darstellung der griechischen Reformagenda in der Berichterstattung

In diesem Abschnitt steht die Frage im Mittelpunkt, wie viel Hintergrundberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise die öffentlichen-rechtlichen Nachrichtensendungen lieferten. Damit kann die analytische Qualität der öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen beurteilt werden. Dazu wurde erhoben, ob die Berichterstattung sachorientiert war, über welche Politikfelder der griechischen Reformpolitik und über welche konkreten Reformen berichtet wurde.

Um erfassen zu können, über welche Politikfelder und Reformen berichtet wurde, wurden zuvor 139 Reformen und 16 Politikfelder aus den folgenden vier zentralen Dokumenten ausgewählt:

- der Reformliste der griechischen Regierung vom 24. Februar 2015,
- dem griechischen Regierungsprogramm,
- dem Fortschrittsbericht der EU und
- dem Kompromisspapier über ein neues ESM-Programm des Eurogipfels in Brüssel vom 12. Juli 2015.

Darüber hinaus wurden weitere Diskussionen, die am Rande der Reformpolitik und der Staatsschuldenkrise auftauchten, ebenfalls erfasst, wie beispielsweise die Diskussionen über deutsche Reparationszahlungen an Griechenland, das Privatleben politischer Akteure oder die Diskussion über einen griechischen Euro-Austritt.

Reformvorschläge und Politikfelder

Im folgenden Abschnitt wird beleuchtet, wie sich die Berichterstattung mit zentralen Politikfeldern befasste. Im darauffolgenden Abschnitt soll es um die Berichterstattung über konkrete Reformvorschläge gehen. Anschließend wird das Ausmaß der Berichterstattung über andere Themen dargestellt.

5.5.1 Politikfelder in der Nachrichtenberichterstattung

Im Folgenden geht es um die Frage, wie intensiv über welche Politikfelder während der griechischen Staatsschuldenkrise berichtet wurde. Dadurch lassen sich Erkenntnisse darüber gewinnen, welche Politikfelder im Fokus der Berichterstattung standen und welche vollständig oder weitestgehend ausgeklammert wurden.

Die in der Berichterstattung in der griechischen Staatsschuldenkrise thematisierten Reformvorschläge wurden den Politikfeldern

- Haushaltspolitik
- Steuer- und Finanzpolitik
- Geld- und Währungspolitik
- Wirtschaftspolitik
- Arbeitsmarktpolitik
- Tarif- und Lohnpolitik
- Infrastrukturpolitik
- Energiepolitik
- Sozialpolitik
- Rentenpolitik
- Gesundheitspolitik
- Wohnungsbau
- gesellschaftliche und politische Ordnung
- Verteidigungspolitik

■ Rechtspolitik und

■ Medienpolitik

zugeordnet. Einzelne weitere Themen (z.B. Grexit, Reparationszahlungen) wurden darüber hinaus separat untersucht.

Die Analyse zeigt, dass sich 51,1 Prozent aller Beiträge mit Haushaltspolitik befassten (vgl. Abbildung 32). Dieses Politikfeld nahm demnach eine herausgehobene Stellung in der Berichterstattung ein. Hierzu zählen beispielsweise Vorschläge wie ein Schuldenschnitt oder erlass und der vielfach thematisierte Staatsbankrott Griechenlands. Es folgte mit großem Abstand das Politikfeld der Steuer- und Finanzpolitik mit 21,5 Prozent der Beiträge. Zu diesem Politikfeld wurden – unter anderem – alle Diskussionen über Steuereinnahmen und Steuererhöhungen gezählt, aber auch die Verfolgung von Steuerhinterziehung oder der Vorschlag einer Modernisierung der griechischen Finanzverwaltung.

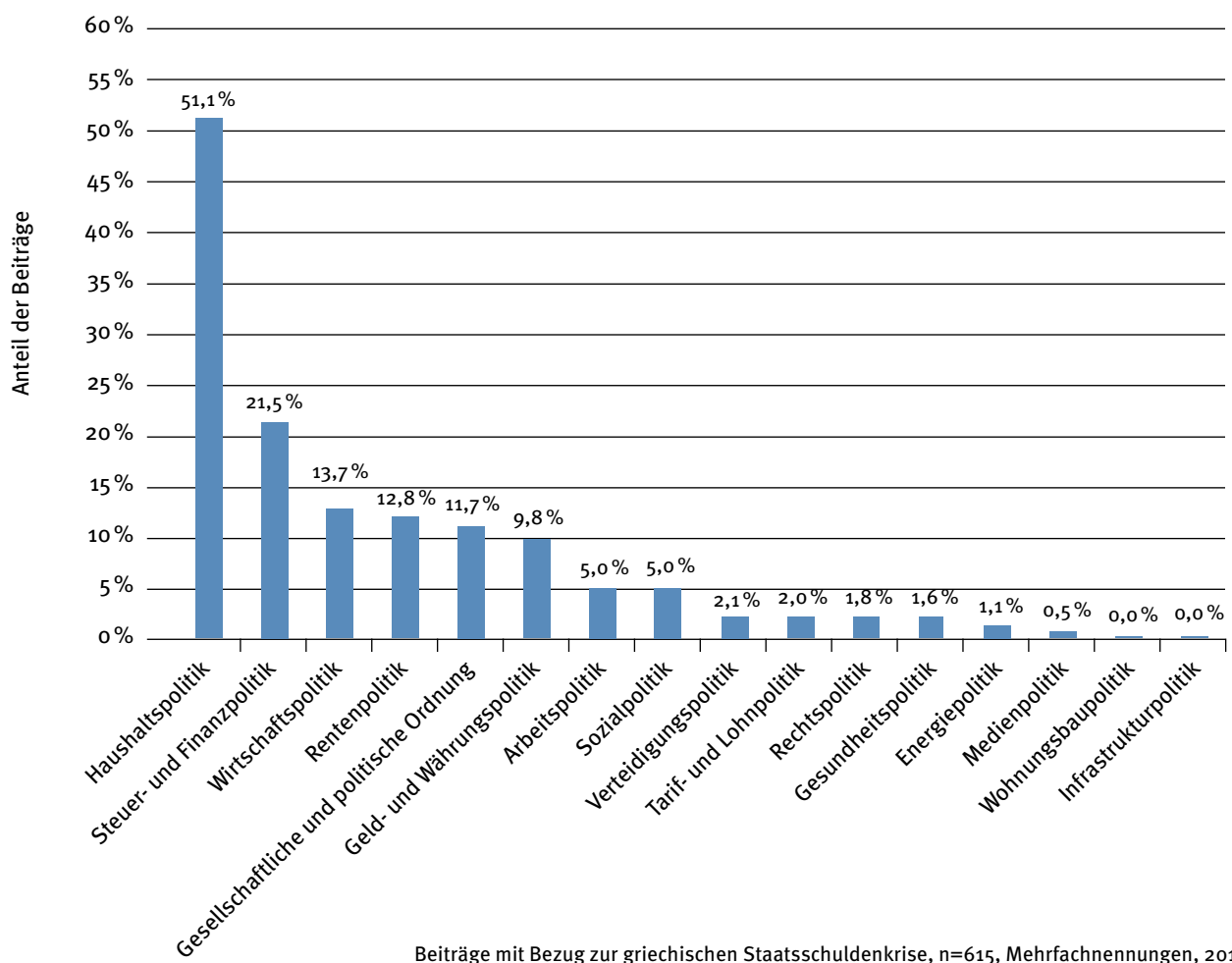
Noch seltener wurden Sachverhalte mit Bezug zur Wirtschaftspolitik thematisiert – dies geschah nur in 13,7 Prozent aller Beiträge. Diesem Politikfeld werden z. B. Diskussionen über Privatisierungen von Staatsbetrieben sowie Themen der Wirtschaftsförderung und einzelne Reformen des Wettbewerbsrechts zugeordnet.

Es folgten die Rentenpolitik als vierthöchste wichtigste Thema mit 12,8 Prozent und die gesellschaftliche und politische Ordnung in Griechenland mit 11,7 Prozent. Hierzu wurden Vorschläge zur Bekämpfung der Korruption im Staatsapparat und zur Reduzierung der Zahl der Beamten, aber auch Diskussionen über Neuwahlen gezählt.

*Haushaltspolitik
dominiert*

Abbildung 32:

Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern



Quelle: eigene Darstellung.

Themen mit Bezug zur Geld- und Währungspolitik spielten mit 9,8 Prozent aller Beiträge nur eine untergeordnete Rolle in der Nachrichtenberichterstattung. Aber auch Sachverhalte hinsichtlich der Arbeits-, Sozial- und Verteidigungspolitik ließen sich in den Beiträgen nur selten finden. Gleiches gilt für Themen mit Be-

zug zur Tarif- und Lohn-, Rechts- und Gesundheitspolitik sowie Energie- und Medienpolitik. Beiträge, in denen die Themen Wohnungsbau und Infrastrukturpolitik angesprochen wurden, ließen sich in den untersuchten Sendungen gar nicht finden (vgl. Abbildung 32). Diesen Politikfeldern wurde z. B. das Programm zur Siche-

rung von Wohnraum, das geplante Aussetzen der Versteigerung von Hauptwohnungen oder Reformen im Bereich Landnutzung, Raumordnung und Katasterwesen zugeordnet.

Die geringe Präsenz dieser Politikfelder in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF ist insofern erstaunlich, da in allen genannten Politikfeldern in Griechenland Reformen diskutiert und sogar teilweise durchgeführten wurden. So wurde zum Beispiel das Insolvenzrecht reformiert, um Firmenneugründungen zu erleichtern. Dies wurde gar nicht thematisiert wurde. Rechtspolitische Reformen, wie z. B. eine Zivilrechtsreform, wurden nur in 1,8 Prozent der Beiträge zum Thema. Außerdem wurde die Unabhängigkeit der griechischen Statistikbehörde gestärkt. In nur einem Beitrag wurde darauf eingegangen.

Wie intensiv einzelne Politikfelder in den Nachrichtensendungen im Mittelpunkt standen, ist zudem an der Zeit, in der über sie berichtet wurde, erkennbar. So ließen sich zur Haushaltspolitik ca. 80 Minuten Sendungsmaterial finden, zur Steuer- und Finanzpolitik ca. 35 Minuten, zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung ca. 28 Minuten sowie zur Wirtschaftspolitik ca. 25 Minuten. Über die Geld- und Währungspolitik wurde insgesamt nur ca. 13 Minuten lang berichtet; die Thematisierung aller weiteren Politikfelder blieb jeweils unter zehn Minuten (vgl. Anhang 5).

Zusammenfassend stand mit fast jedem zweiten Beitrag die Haushaltspolitik im Mittelpunkt der Berichterstattung. Es folgten mit weitem Abstand das Politikfeld Steuer- und Finanzpolitik sowie die Wirtschaftspolitik. Vor

dem Hintergrund, dass in Griechenland in allen 16 Politikfeldern 139 Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, fehlte es an analytischer Qualität in der Berichterstattung über die Breite des Reformprozesses in Griechenland.

Zwischen den untersuchten Sendungen gab es Unterschiede hinsichtlich der Politikfelder, über die berichtet wurde. Im Folgenden soll zwischen den Hauptnachrichtensendungen und den Sondersendungen noch einmal unterschieden werden:

Politikfelder in den Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“

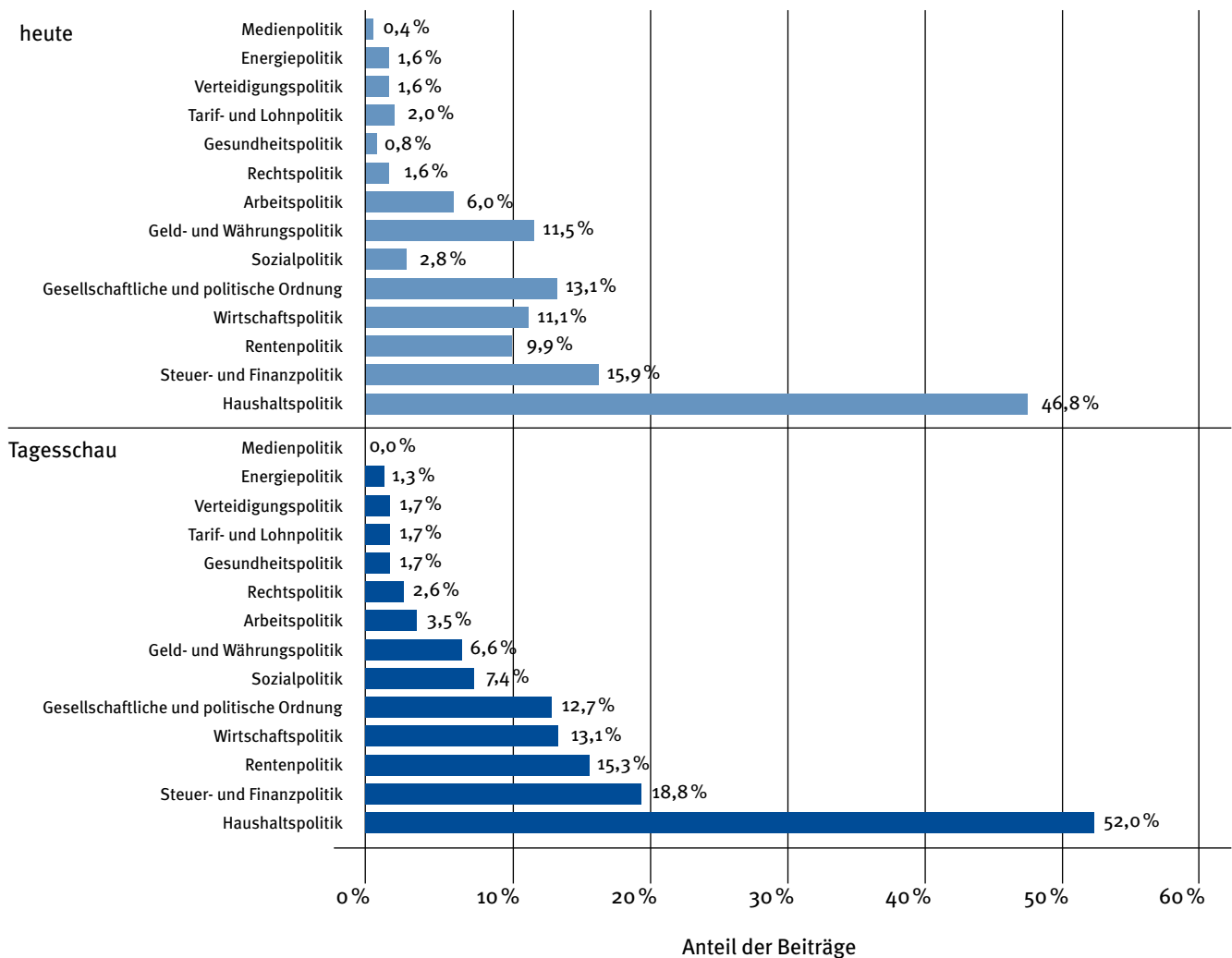
Die Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ wiesen kaum Unterschiede in der Berichterstattung über verschiedene Politikfelder in der griechischen Staatsschuldenkrise auf.

Das Thema Haushaltspolitik war in beiden Sendungen das wichtigste Politikfeld. In der „Tagesschau“ wurde dieses Politikfeld in 51,9 Prozent aller Beiträge thematisiert, in „heute“ in 46,8 Prozent der Beiträge. Auch das Politikfeld Steuer- und Finanzpolitik fand in nahezu identischem Ausmaß Berücksichtigung in beiden Sendungen: in der „Tagesschau“ in 18,8 Prozent, in „heute“ in 15,8 Prozent der Beiträge. Die Rentenpolitik wurde in der „Tagesschau“ mit 15,3 Prozent der Beiträge häufiger thematisiert als in „heute“, wo es nur 9,9 Prozent waren. Dafür wurde die Geld- und Währungspolitik in „heute“ häufiger in Beiträgen thematisiert (11,5 Prozent) als in der „Tagesschau“ (6,6 Prozent). Sozialpolitik wurde in der

Breite des Reformprozesses nicht abgebildet

Abbildung 33:

Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern in „heute“ und „Tagesschau“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „heute“: n=252, „Tagesschau“: n=229, Mehrfachnennungen, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

„Tagesschau“ mehr als doppelt so oft (7,4 Prozent) zum Thema als in „heute“ (2,8 Prozent). In diesen Politikfeldern lagen jedoch schon die deutlichsten Unterschiede. Alle weiteren Politikfelder wurden in nahezu identischem Um-

fang in die Berichterstattung einbezogen (vgl. Abbildung 33).

Das heißt, die Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ unterscheiden sich kaum in der Intensität, in der sie über

Die gleichen Politikfelder im Fokus

verschiedene Politikfelder in der griechischen Staatsschuldenkrise berichteten. Sie haben die gleichen Politikfelder verstärkt in den Fokus genommen (Haushaltspolitik, Steuer- und Finanzpolitik) und andere in gleichem Maße vernachlässigt (Medienpolitik, Energiepolitik, Gesundheitspolitik und Rechtspolitik).

Zusammenfassend gibt es kaum Unterschiede zwischen den Nachrichtensendungen: Sowohl die „Tagesschau“ als auch die „heute“-Sendung berichteten in rund jedem zweiten Beitrag über das Politikfeld Haushaltspolitik. Es folgten mit weitem Abstand die Steuer- und Finanzpolitik. In der „Tagesschau“ wurden drei Politikfelder gar nicht thematisiert: Medienpolitik, Infrastrukturpolitik und Wohnungsbau. In „heute“ wurden Infrastrukturpolitik und Wohnungsbau nicht angesprochen. Damit kann nicht von einer ausreichenden Hintergrundberichterstattung in den Sendungen „Tagesschau“ und „heute“ über die Reformprozesse in Griechenland gesprochen werden.

Im Folgenden soll zwischen den Sondersendungen noch einmal unterschieden werden.

Politikfelder in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“

Die Thematisierung der Politikfelder in der Berichterstattung unterschied sich zwischen Sondersendungen und Hauptnachrichtensendungen kaum: Die Haushaltspolitik dominierte, Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Rentenpolitik folgten auch hier. Die Sondersendungen wurden nur zu bestimmten Anlässen ausgestrahlt, die Anzahl der Beiträge ist daher geringer und die Anlässe sind begrenzter als

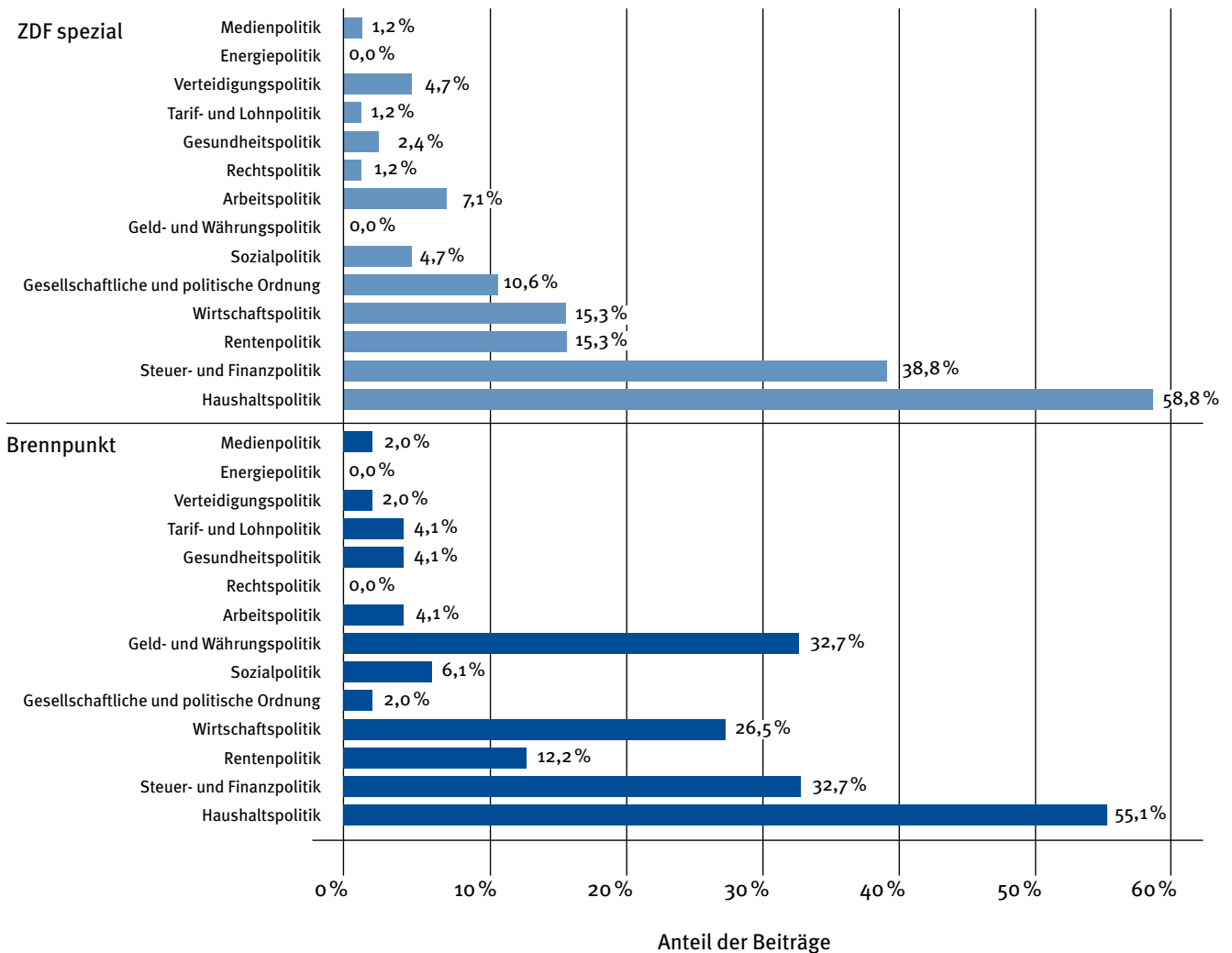
in den Hauptnachrichtensendungen. Dies hat auch zur Folge, dass einzelne spezifische Politikfelder wie Energiepolitik, Medienpolitik und Rechtspolitik hier in geringerem Umfang oder gar nicht vorkamen.

Unterschiede zwischen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ resultieren vielfach aus der unterschiedlichen Anzahl der Sendungen und Beiträge der beiden Formate. Auffällig ist jedoch, dass das „ZDF spezial“ Rentenpolitik sowie die Steuer- und Finanzpolitik häufiger thematisierte als der „Brennpunkt“. Relativiert an der Gesamtzahl der Beiträge in diesen Sendungen waren die Anteile jedoch ähnlich: Bei der Rentenpolitik lag der Anteil in „ZDF spezial“ bei 15,3 Prozent, im „Brennpunkt“ bei 12,2 Prozent. Bei der Steuer- und Finanzpolitik lag der Anteil in „ZDF spezial“ bei 38,8 Prozent, im „Brennpunkt“ bei 32,3 Prozent. Der „Brennpunkt“ berichtete dafür erheblich häufiger über das Politikfeld Geld- und Währungspolitik als das „ZDF spezial“. Die gesellschaftliche und politische Ordnung war in „ZDF spezial“ ebenfalls häufiger Thema, was daran liegen mag, dass es hier bereits eine Sondersendung zur Wahl von Syriza am 26. Januar gab, jedoch keinen „Brennpunkt“ (vgl. Abbildung 34).

So bleibt festzuhalten, dass in allen Sendungen rund jeder zweite Beitrag das Politikfeld Haushaltspolitik thematisierte. Darunter fällt etwa ein Schuldenschnitt oder auch der Staatsbankrott Griechenlands. In allen Sendungen folgten mit weitem Abstand die Politikfelder Steuer- und Finanzpolitik sowie die Wirtschaftspolitik. Das gilt im Besonderen für die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“,

Abbildung 34:

Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern in „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, „ZDF spezial“: n=85, „Brennpunkt“: n=49, Mehrfachnennungen, 2015

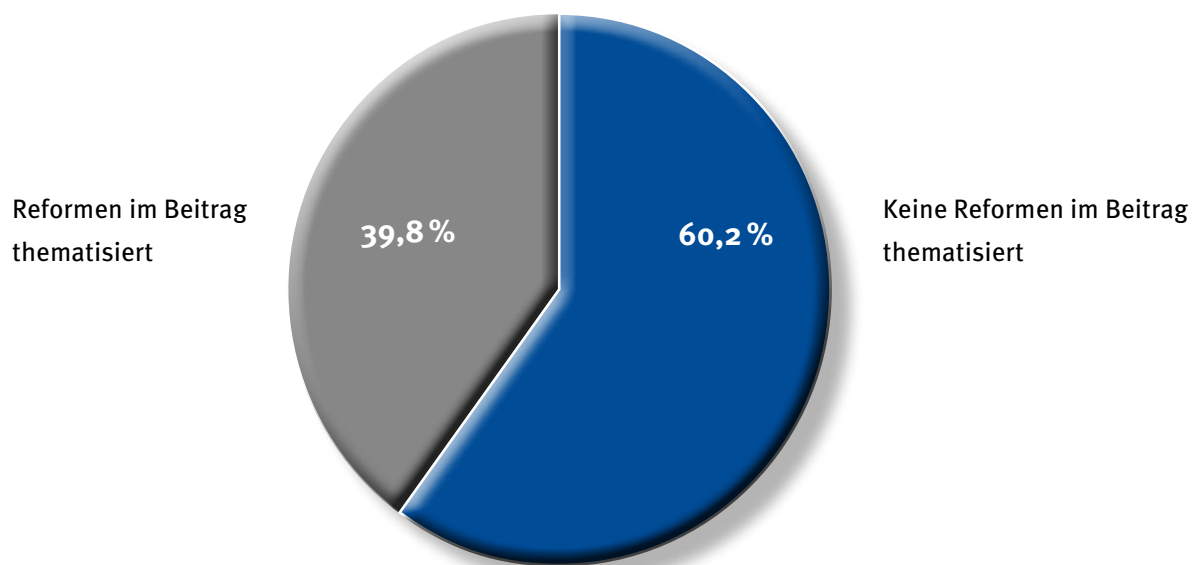
Quelle: eigene Darstellung.

die sehr stark auf Haushalts- und Finanzpolitik eingingen. Natürlich kann von Sondersendungen nicht erwartet werden, dass sie auf alle Politikfelder der griechischen Reformpolitik eingehen und den Reformprozess in seiner ganzen

Breite abbilden. Es ist jedoch erkennbar, dass viele Themen in der Berichterstattung ausgelassen wurden. Über viele Politikfelder wie Arbeitspolitik, Tarif- und Lohnpolitik, Sozialpolitik oder Rechtspolitik wurde nur marginal berichtet;

Abbildung 35:

Thematisierung von Reformen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

über andere Politikfelder, wie Infrastrukturpolitik, gar nicht. In Griechenland wurden in 16 Politikfeldern Reformen diskutiert und zum Teil umgesetzt. Vor diesem Hintergrund kann nicht von einer intensiven Hintergrundberichterstattung der untersuchten Nachrichtensendungen über den Reformprozess der griechischen Regierung in der Staatsschuldenkrise gesprochen werden. Damit fehlte der Berichterstattung in den untersuchten Nachrichtensendungen die geforderte analytische Qualität.

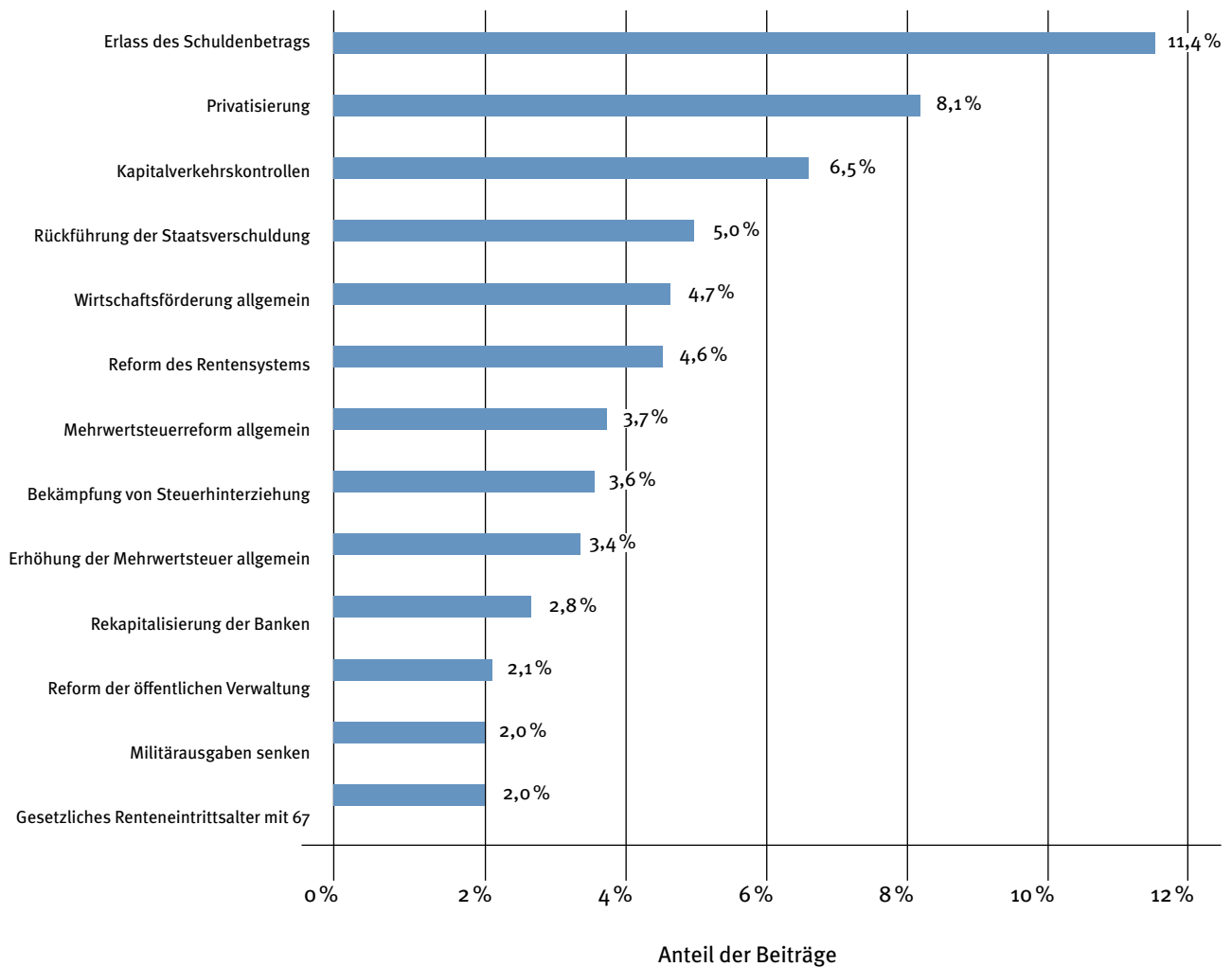
Im Folgenden wird die Berichterstattung zu konkreten Reformvorschlägen in der griechischen Staatsschuldenkrise genauer betrachtet.

5.5.2 Berichterstattung über konkrete Reformvorschläge

Die griechische Regierung hat an mehreren Stellen konkrete Reformvorschläge gemacht, u. a. in einer Reformliste vom 24. Februar 2015 sowie in ihrem Regierungsprogramm. Auch im Fortschrittsbericht der EU und dem Kompromisspapier über ein neues ESM-Programm des Eurogipfels in Brüssel vom 12. Juli 2015 finden sich einzelne Reformvorschläge der griechischen Regierung und anderer politischen Akteure. Insgesamt konnten aus diesen Dokumenten 139 Reformvorschläge ermittelt werden. Um das Ausmaß der Hintergrundbe-

Abbildung 36:

Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, Mehrfachnennungen, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

richterstattung und damit die analytische Qualität der Berichterstattung der untersuchten Sendungen zur griechischen Staatsschuldenkrise beurteilen zu können, soll im folgenden Abschnitt untersucht werden, über welche Re-

formen wie intensiv berichtet wurde und über welche nicht.

Nur wenige Beiträge befassten sich mit konkreten Reformen. In 60,2 Prozent aller Beiträge wurde kein einziger Reformvorschlag

*Schuldenschnitt und
Privatisierungen*

aufgegriffen (vgl. Abbildung 35). Noch am häufigsten wurde über den Vorschlag eines Schuldenschnitts berichtet (vgl. Abbildung 36). 11,4 Prozent der Beiträge thematisierten einen Schuldenschnitt. Alexis Tsipras forderte einen Schuldenschnitt von Beginn seiner Amtszeit an. Die Geldgeber, insbesondere die deutsche Regierung, lehnten dies ab. In 8,1 Prozent der Beiträge wurde die Privatisierung von Staatsbetrieben als Reformvorschlag genannt. In der Nachrichtenberichterstattung wurden demnach Privatisierungen von Staatbetrieben als Ausweg und Lösung der Krise vergleichsweise häufig aufgegriffen und thematisiert.

An dritter Stelle, in 6,5 Prozent der Beiträge, wurden Kapitalverkehrskontrollen thematisiert. Am 28. Juni 2015 wurden in Griechenland Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, gefordert wurden sie bereits vorher. Um das Bankensystem zu stabilisieren, führte die griechische Regierung Kapitalverkehrskontrollen ein. Dies führte zu Begrenzungen von Bargeldabhebungen und Schlangen an den Geldautomaten. Die Medien berichteten darüber sehr umfangreich, schließlich waren dies sichtbare Folgen der Staatsschuldenkrise in Griechenland. Erst nach der Einigung Griechenlands mit den Gläubigern über ein neues Rettungspaket öffneten die Banken am 22. Juli 2015 nach dreiwöchiger Bankenschließung wieder. Kontoinhaber konnten dann pro Woche 420 Euro abheben. Die Kapitalverkehrskontrollen wurden in den folgenden Monaten schrittweise gelockert, jedoch nicht aufgehoben.

Maßnahmen zur Rückführung der Staatsverschuldung wurden in 5,0 Prozent der Bei-

träge thematisiert. In 4,7 Prozent aller Beiträge wurden Vorschläge zur Wirtschaftsförderung thematisiert. Ähnlich häufig, nämlich in 4,6 Prozent der Beiträge, ging es um die Reform des Rentensystems. Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (3,4 Prozent) und eine allgemeine Mehrwertsteuerreform (3,7 Prozent) sowie konkrete Reformvorschläge zum Thema Mehrwertsteuer, wie Ausnahmen für Inseln (0,6 Prozent) und Erhöhungen für Gastronomie und Tourismus (0,8 Prozent), wurden in der Nachrichtenberichterstattung selten thematisiert.

Weitere Reformen und Lösungsoptionen wurden weniger häufig thematisiert: in 3,6 Prozent der Beiträge die Bekämpfung von Steuerrückzahlung, in 2,1 Prozent der Beiträge die Reform der öffentlichen Verwaltung oder in 2,0 Prozent der Beiträge die Erhöhung des Renteneintrittsalters. In den Beiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise ging es jedoch nur sehr selten um andere zentrale Reformvorschläge wie die Einführung einer Großvermögenssteuer (1,1 Prozent), die Bekämpfung von Korruption (1,3 Prozent), die Bekämpfung von Schwarzhandel und Schmuggel (0,6 Prozent), eine Unternehmenssteuerreform (0,5 Prozent), die Kontrolle von Gesundheitsausgaben (0,3 Prozent), die Reform der Besteuerung griechischer Reeder (0,2 Prozent) oder die Bekämpfung von Schwarzarbeit (0,2 Prozent). Hinzu kommen einzelne Reformvorschläge der griechischen Regierung, die gar nicht thematisiert wurden, u. a. eine Reform der Gehaltsstrukturen im öffentlichen Sektor, eine Reform der Wettbewerbsbedingungen,

eine Grundsteuerreform, eine Einkommenssteuerreform oder die Reform der Steuer- und Finanzverwaltung.

Die Berichterstattung beschränkte sich erkennbar auf wenige Lösungsoptionen der Staatsschuldenkrise:

- Kapitalverkehrskontrollen möglicherweise aufgrund ihrer Visualisierbarkeit in den Schlangen vor den Geldautomaten;
- Mehrwertsteuererhöhungen, weil Steuererhöhung zur Rückführung von Schulden eingesetzt werden;
- Privatisierungen, weil der Staat Besitz veräußern soll, um Schulden bei den Gläubigern zu begleichen.

Zusammenfassend wurden von 139 Reformen nur 63 in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise thematisiert. Das entspricht 45,3 Prozent. In 60,2 Prozent der Beiträge wurde keine einzige Reform thematisiert. Am häufigsten wurde in 11,3 Prozent der Beiträge der Schuldenschnitt thematisiert, es folgte mit 8,1 Prozent die Privatisierung von Staatsbetrieben, danach mit 6,5 Prozent die Kapitalverkehrskontrolle. Von einer gründlichen Hintergrundberichterstattung zu dem griechischen Reformprozess in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF kann also nicht gesprochen werden.

Im Folgenden soll zwischen den Hauptnachrichtensendungen und den Sondersendungen noch einmal unterschieden werden. Es soll gezeigt werden, welche spezifischen Reformen besonders fokussiert wurden, um so einen vergleichenden Überblick über die Hintergrundbe-

richterstattung als Ausdruck der analytischen Qualität der Sendungen zu gewinnen.

Spezifische Reformen in den Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“

„Tagesschau“ und „heute“ unterschieden sich – wie bei den thematisierten Politikfeldern – in der Thematisierung spezifischer Reformen in ihrer Berichterstattung kaum. Die Hauptnachrichtensendungen wählten weitestgehend gleich aus.

Am häufigsten wurde über einen Schuldenschnitt in beiden Sendungen gesprochen. In der „Tagesschau“ in 13,5 Prozent aller Beiträge der Sendung, in „heute“ in 10,3 Prozent. Auf den vorderen Plätzen waren bei beiden Hauptnachrichtensendungen auch die Reform des Rentensystems, die Rückführung der Staatsverschuldung und Privatisierungen (vgl. Abbildung 37 und für eine vollständige Auflistung der Reformen Anhang 6).

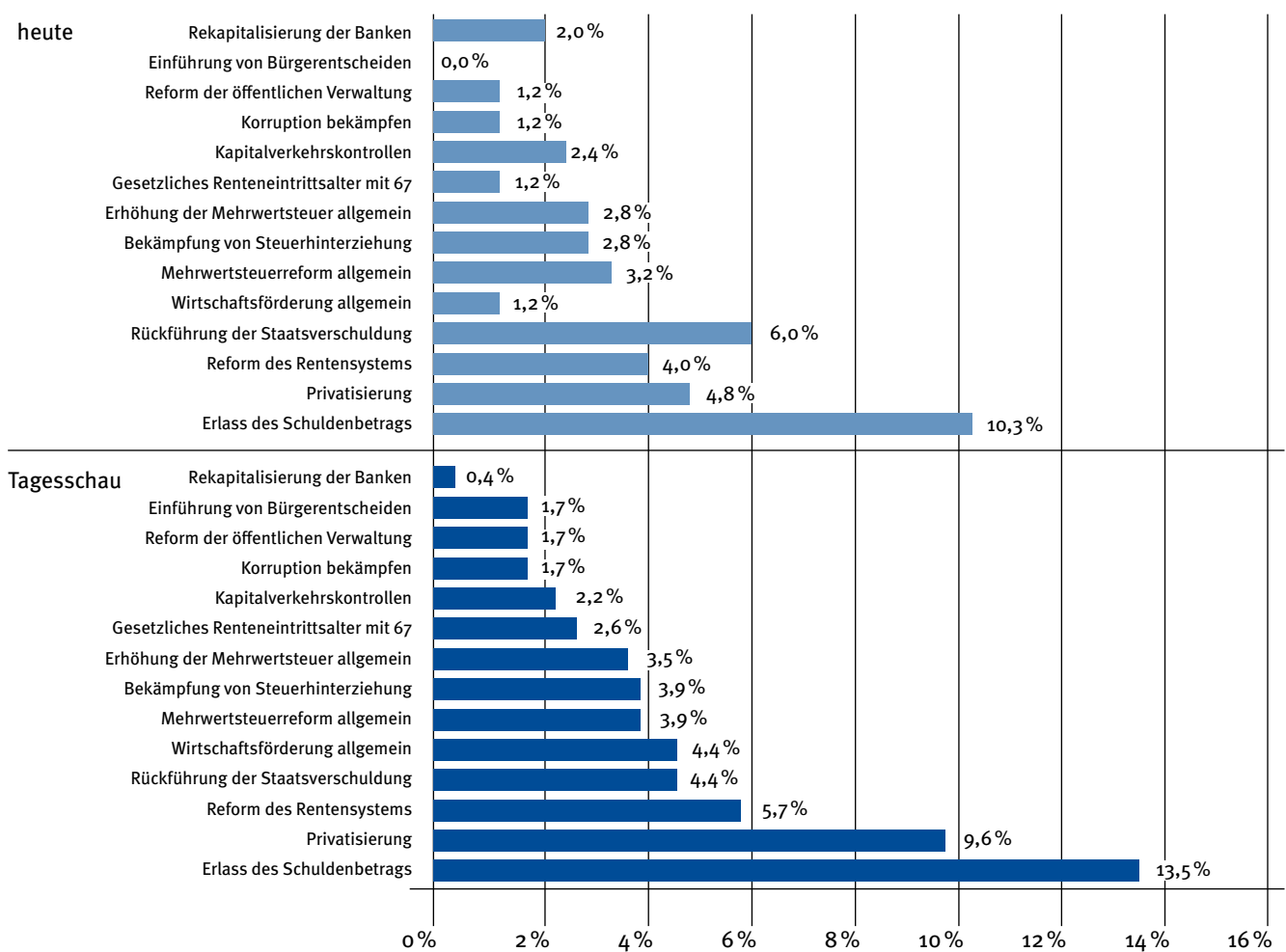
Auffällig ist im Vergleich zwischen den Sendungen, dass in der „Tagesschau“ 9,6 Prozent der Beiträge Privatisierungen von Staatsbetrieben thematisierten, in „heute“ nur 4,8 Prozent. Der Privatisierungen von Staatsbetrieben wurde in der „Tagesschau“ demnach eine höhere Bedeutung zugemessen als in „heute“. Ähnlich verhält es sich mit Vorschlägen zur Wirtschaftsförderung – auch sie wurden häufiger in der „Tagesschau“ thematisiert als in „heute“. Die Fallzahlen sind bei allen Sendungen sehr gering, die meisten Reformvorschläge wurden nur selten thematisiert.

Die Sendung „heute“ bezog sich etwas häufiger als die „Tagesschau“ auf einzelne

Privatisierungen in der „Tagesschau“ präsenter als in „heute“

Abbildung 37:

Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen in „heute“ und „Tagesschau“



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise,

„Tagesschau“: n=229, „heute“: n=252, Mehrfachnennungen, 2015

Anteil der Beiträge

Quelle: eigene Darstellung.

Initiativen der griechischen Regierung, ihre Bürger*innen zu entlasten oder nicht zu stark zu belasten: Eine Anhebung des Mindestlohns, eine kostenfreie medizinische Versorgung, Ausnahmen von der Mehrwertsteuerreform für

Bücher, Theater und Medikamente oder das Programm zur Bewältigung der humanitären Krise in Griechenland wurden von „heute“ häufiger thematisiert, wobei auch hier die Fallzahlen sehr gering sind (vgl. Anhang 6).

Das Thema Kapitalverkehrskontrollen spielte in den Hauptnachrichten über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine erkennbar geringere Rolle als in den Sondersendungen. Kapitalverkehrskontrollen wurden nur in 2,2 Prozent der Beiträge der „Tagesschau“ und in 2,4 Prozent der Beiträge von „heute“ (2,4 Prozent) thematisiert. Bei den Sondersendungen waren es 26,5 Prozent im „Brennpunkt“ und 18,8 Prozent der Beiträge in „ZDF spezial“. Die Ursache wird darin gesehen, dass diese Sondersendungen zum Höhepunkt der Krise, zu dem auch die Kapitalverkehrskontrollen eingeführt wurden, ausgestrahlt wurden und sich daher viel stärker als die Hauptnachrichtensendungen auf die Kapitalverkehrskontrollen als Symbol der Krise fokussierten.

Zusammenfassend ist im Hinblick auf die Hintergrundberichterstattung festzuhalten, dass in der „Tagesschau“ in 62,2 Prozent der Beiträge keine Reformen aufgegriffen wurden. In „heute“ waren es 65,1 Prozent der Beiträge. Von 139 Reformen wurden in der „Tagesschau“ nur 53 thematisiert, was 38,1 Prozent entspricht. In der „heute“-Sendung waren es 40 Reformen, über die berichtet wurde, was 28,8 Prozent entspricht. Am häufigsten wurde über einen Schuldenschnitt in beiden Sendungen gesprochen. In der „Tagesschau“ in 13,5 Prozent aller Beiträge der Sendung, in „heute“ in 10,3 Prozent. Insgesamt haben die beiden Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ nur wenig Hintergründe zu einzelnen Reformen geliefert.

Im Folgenden soll noch einmal zwischen den Sondersendungen unterschieden werden.

Spezifische Reformen in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“

Die Sondersendungen konzentrierten sich noch seltener als die Hauptnachrichtensendungen auf die spezifischen diskutierten Reformvorschläge. Die Vielfalt der thematisierten Reformen war hier begrenzt – auch durch die wenigen Sendetermine zu einzelnen Ereignissen, wie dem Scheitern des EU-Gipfels am 29. Juni 2015 oder dem Referendum in Griechenland am 5. Juli 2015.

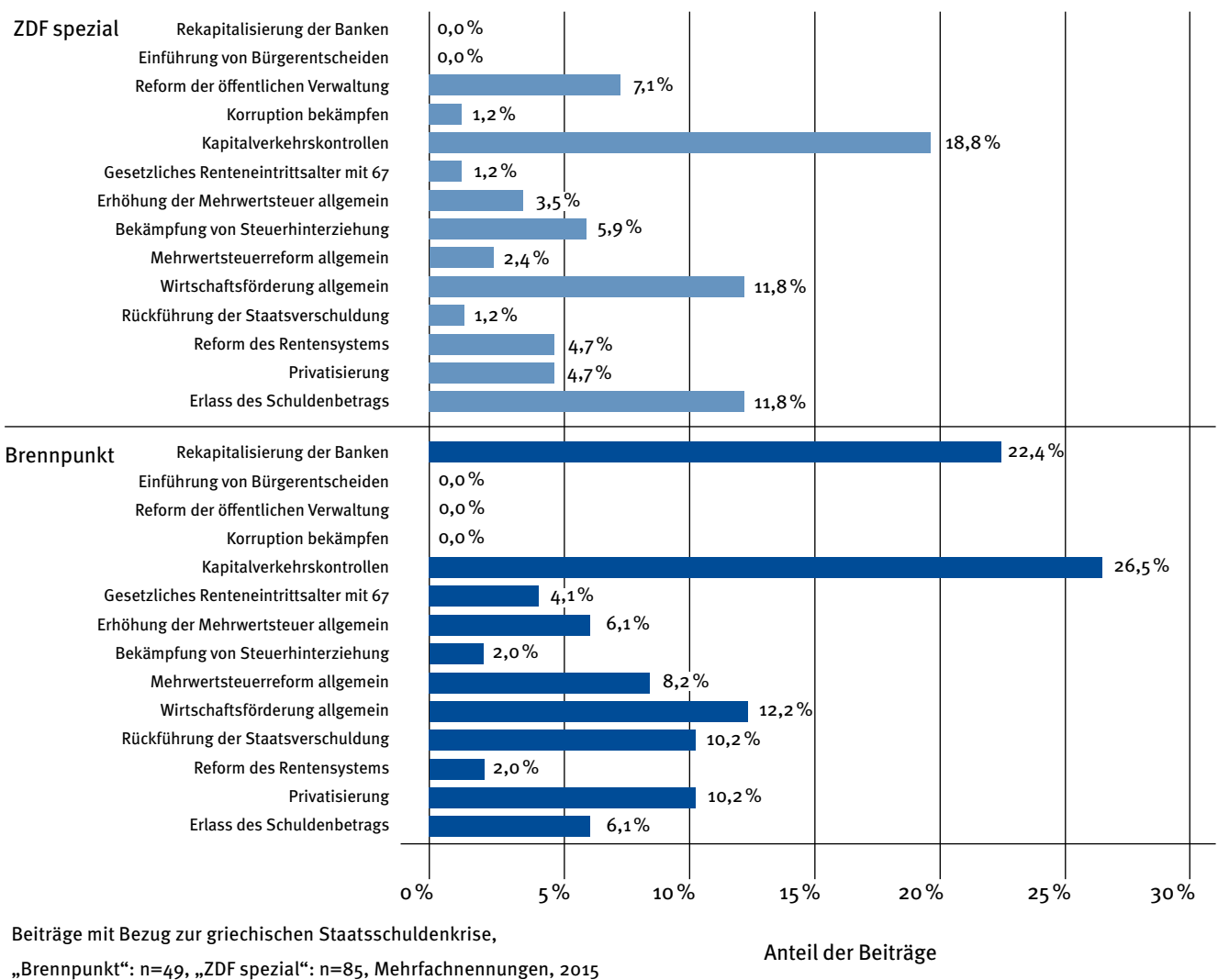
Am häufigsten trat das Thema Kapitalverkehrskontrollen in den Sondersendungen auf (vgl. Abbildung 38). Es wurde im „Brennpunkt“ in 26,5 Prozent der Sendungen thematisiert, in „ZDF spezial“ in 18,8 Prozent. Bei den weiteren Themen setzten die beiden Sondersendungen unterschiedliche Schwerpunkte. Das „ZDF spezial“ befasste sich mit einigen Reformen intensiver als der „Brennpunkt“, u. a. mit dem Schuldenschnitt in 11,8 Prozent der Beiträge, während es beim „Brennpunkt“ nur 6,1 Prozent waren. Auch die Reform der öffentlichen Verwaltung wurde in „ZDF spezial“ häufiger (7,6 Prozent) thematisiert als im „Brennpunkt“ (0 Prozent). Dafür befasste sich der „Brennpunkt“ häufiger mit der Rekapitalisierung der Banken. Dies war in 22,5 Prozent der Beiträge der Fall, in „heute“ gar nicht. Auch Privatisierungen spielten im „Brennpunkt“ eine größere Rolle. Sie wurden hier in 20,4 Prozent der Beiträge thematisiert, in „heute“ nur in 7,1 Prozent.

Nur 25 Reformvorschläge wurden im „Brennpunkt“ thematisiert, 27 in „ZDF spezial“. Eine ganze Reihe von Reformvorschlägen

Nur wenige Reformen in Sondersendungen thematisiert

Abbildung 38:

Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen in „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“



Quelle: eigene Darstellung.

wurde in Sondersendungen gar nicht thematisiert – dies war hier erheblich öfter der Fall als in den Hauptnachrichtensendungen. Beispielsweise wurden der Kampf gegen Korruption in der Verwaltung, die Abschaffung von

Subventionen, die Besteuerung griechischer Reeder, die Reform des Haushaltsrahmengesetzes oder Vorschläge zur Verbesserung des Schuldenmanagements nicht thematisiert.

Zusammenfassend berichteten die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ noch seltener als die Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ über einzelne Reformen. Im „Brennpunkt“ wurde in 44,9 Prozent der Beiträge keine konkrete Reform thematisiert, in „ZDF spezial“ war dies in 49,4 Prozent der Beiträge der Fall. Von 139 Reformen wurde im „Brennpunkt“ nur über 25 Reformen berichtet, was 17,9 Prozent der Reformvorschläge entspricht. In der Sendung „ZDF spezial“ wurde über 27 Reformen berichtet, was 19,4 Prozent der Reformvorschläge entspricht. Der Schwerpunkt der Sondersendung „Brennpunkt“ lag mit 26,5 Prozent der Beiträge bei Kapitalverkehrskontrollen. In „heute“ wurden in 18,8 Prozent der Beiträge ebenfalls Kapitalverkehrskontrollen am häufigsten thematisiert. Die Möglichkeit, durch zusätzliche Sendezeit eine breitere journalistische Analyse zu betreiben und auf mehr Reformen und Reformvorschläge für Griechenland einzugehen und über diese zu berichten, wurde demnach nicht genutzt.

5.5.3 Andere Themen im Fokus der Berichterstattung

Spezifische Reformvorschläge wurden in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise nur selten thematisiert. Im folgenden Abschnitt soll daher aufgezeigt werden, mit welchen Themen sich die Nachrichtenberichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender stattdessen beschäftigten. Daran soll erkennbar werden, worauf der Fokus der Nachrichtenberichterstattung lag und mit welchem Hintergrund über die griechische Re-

formagenda in der griechischen Staatsschuldenkrise berichtet wurde.

In einer hohen Zahl von Beiträgen wurde nur allgemein von „den Reformen“ gesprochen. Dies war in 36,7 Prozent der Beiträge der Fall. So hieß es beispielsweise „Tsipras habe [...] einen neuen Reformplan vorgelegt“ („Tagesschau“, 2. Juni 2015), „Die Regierung in Athen verhandelt derzeit mit den internationalen Geldgebern über weitere finanzielle Unterstützung. Bedingung dafür sind Reformen“ („Tagesschau“, 5. Mai 2015), „Griechenland will jetzt mit konkreten Reformvorschlägen die Einigung im Schuldenstreit mit den Europartnern besiegeln“ („Tagesschau“, 22. Februar 2015) oder „Die Eurogruppe fordert weiter substantielle Reformen von Athen, bevor weitere Hilfgelder fließen können“ („heute“, 20. März 2015).

Die Berichterstattung der Nachrichtensendungen blieb somit an der Oberfläche und benannte nur in geringer Fallzahl, um was es konkret ging. Selbst der am häufigsten genannte Reformvorschlag – ein Schuldenschnitt – kam nur in 11,3 Prozent der Beiträge vor. Die Darstellung des öffentlichen Konfliktes zur griechischen Staatsschuldenkrise folgte folgendem Muster: Die Gläubiger fordern Reformen, die griechische Regierung legt Reformvorschläge vor und dann wird darüber befunden, ob diese Reformvorschläge ausreichen. Konkrete Reformen oder Reformvorschläge wurden in der Berichterstattung selten thematisiert, wie oben dargestellt wurde.

Die politische und auch die mediale Diskussion drehten sich zudem in weiten Teilen um Hilfsprogramme für die griechische Regie-

Reformen, aber nichts Konkretes

rung. In 38,5 Prozent der Beiträge ging es allgemein um Hilfsprogramme für die griechische Regierung. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob Hilfsprogramme verlängert werden und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen. So hieß es beispielsweise „Varoufakis ist seit Tagen bemüht, das Programm aufzuweichen“ („Tagesschau“, 5. Februar 2015), „Die Zustimmung zum Gesamtpaket gilt auch heute als sicher“ („heute“, 22. Juli 2015), „Aber in 53 Stunden endet das zweite Hilfspaket und vielleicht der europäische Gedanke“ („ZDF spezial“, 28. Juni 2015). Die Berichterstattung beschränkte sich auf die Darstellung eines politischen Konflikts, bei dem es um die Frage geht, ob ein Hilfspaket verlängert werden kann oder ein neues Hilfsprogramm zustande kommt. Eine tiefergehende Darstellung der Forderungen und der Vorschläge fand indes kaum statt.

An der Oberfläche

So bleibt festzuhalten, dass die Berichterstattung vielfach an der Oberfläche blieb. Sie fokussierte in einer hohen Anzahl an Beiträgen nicht auf konkrete Reformvorschläge, sondern auf die politische Diskussion um die Fortführung der europäischen Hilfspakete und die hierfür eingeforderten Reformen. Welche Reformvorschläge hierfür eingefordert und gemacht wurden, wurde kaum thematisiert – diese Tiefe wurde nicht erreicht. Dies spricht für eine geringe analytische Qualität der Nachrichtenberichterstattung.

Die Analyse der Nachrichtenberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise zeigte, dass in vielen Beiträgen die Inhalte und Reformen, über die zwischen Griechenland und den Geldgebern gestritten wurde, nicht be-

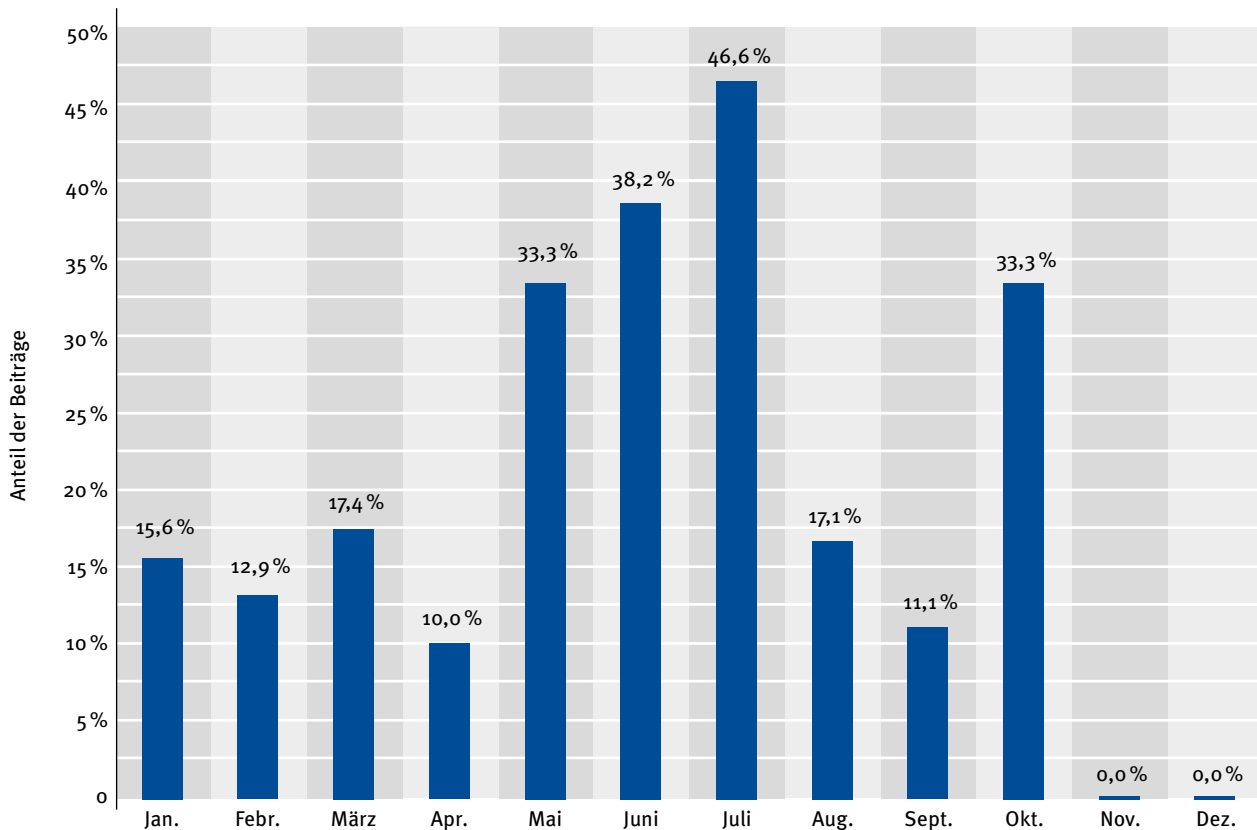
nannt wurden, dafür jedoch sehr oft eine mögliche Konsequenz des Scheiterns von Verhandlungen: der Grexit. Der Begriff setzt sich aus den Wörtern Griechenland und Exit zusammen und meint einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion und somit ein Verlassen der Währung „Euro“. Das „Schreckensszenario“ Euro-Austritt wurde von den untersuchten Nachrichtensendungen in 31,7 Prozent aller Beiträge aufgegriffen. 58 Minuten und 33 Sekunden beschäftigten sich die untersuchten Nachrichtensendungen mit einem Euro-Austritt. Zum Vergleich: Mit Wirtschaftspolitik beschäftigten sich die Sendungen nur etwa 25 Minuten, mit Steuer- und Finanzpolitik nur ca. 35 Minuten.

Der Dramatik eines Scheiterns der Verhandlungen um Hilfspakete wurde durch die Konsequenz eines Grexits in der Berichterstattung eine erhöhte Dramatik verliehen. So hieß es in einem „Brennpunkt“ am 5. Juli 2015: „Die griechische Bevölkerung hat entschieden. Ist dem Kurs der eigenen Regierung gefolgt. Und hat beim Referendum heute wohl mehrheitlich mit Nein gestimmt. Nein zu einem Sparkurs. Aber vielleicht auch Nein zur Eurogruppe. Der Grexit: Er droht. Wie geht es jetzt in Griechenland weiter?“ Und in einem „Brennpunkt“ am 27. Juni 2015 „Ja, es ist heute noch nicht abzusehen, wie sich die Griechenlandkrise weiterentwickeln wird. Alles scheint möglich: die Pleite des Landes, ein Euro-Austritt des Landes, möglicherweise das völlige Chaos.“

Im zeitlichen Verlauf (vgl. Abbildung 39). zeigt sich, dass der Anteil des Themas Euro-

Abbildung 39:

Anteil der Beiträge mit dem Thema Grexit im Zeitverlauf



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

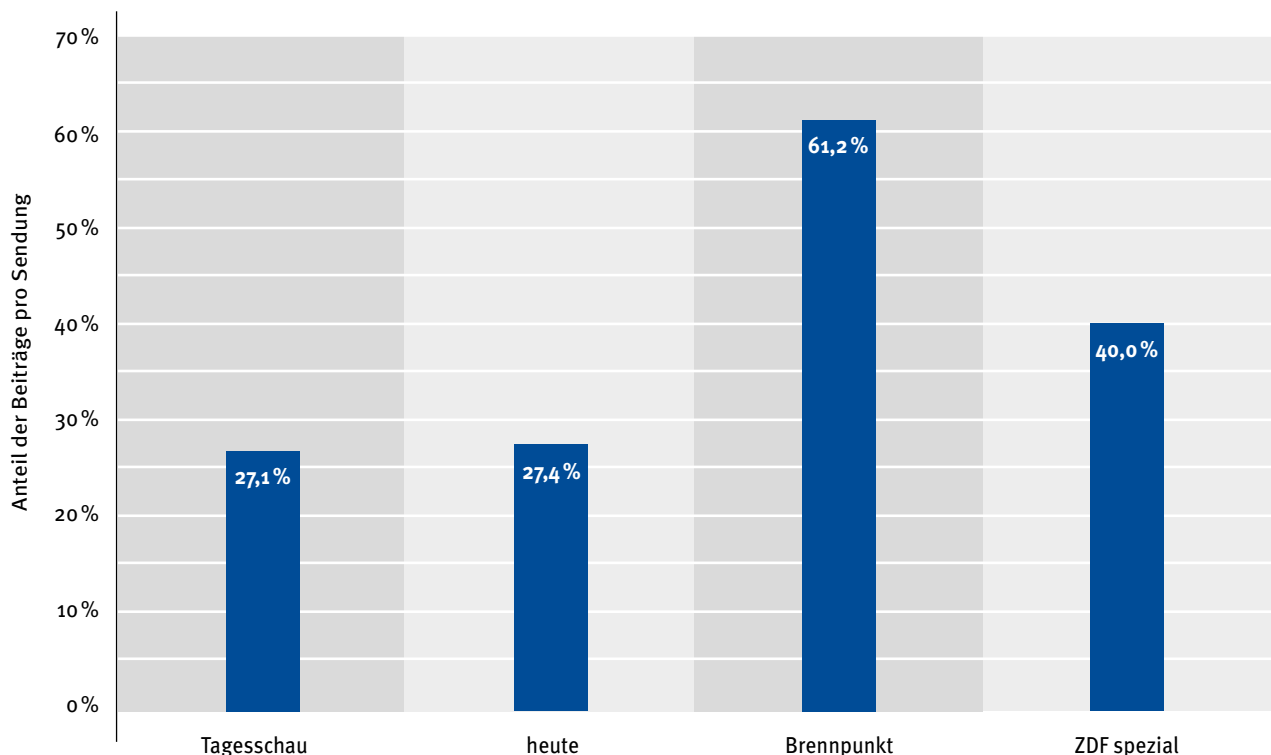
Austritt an der Berichterstattung bis April nur in einem geringen Umfang stieg. Mit dem Auslaufen des zweiten Hilfspaketes Ende Juni 2015, dem Scheitern der Verhandlungen um ein neues Hilfsprogramm und den dann eingeführten Kapitalverkehrskontrollen gewann das Szenario Grexit massiv an Bedeutung in der Berichterstattung. Im Juni befassten sich 38,2 Prozent der Beiträge mit dem Grexit, im Juli 2015 sogar fast jeder zweite Beitrag (46,6 Prozent).

Mit der Einigung zwischen Griechenland und den Geldgebern am 13. Juli 2015, bei denen die Nachricht verbreitet wurde „Dramatischer ging's kaum. Ein Gipfel in Rekordlänge. Rechnen, verhandeln und ein Ergebnis: ‚Grexit is definitely off the table‘ [Jean Claude Juncker]. Grexit vom Tisch“, verlor das Thema im August an Bedeutung.

Zwischen den Hauptnachrichtensendungen und den Sondersendungen gibt es auch

Abbildung 40:

Anteil der Beiträge zum Thema Grexit in den Nachrichtensendungen



Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise, n=615, 2015

Quelle: eigene Darstellung.

einen erkennbaren Unterschied im Ausmaß der Berichterstattung über einen Euro-Austritt Griechenlands. Während „Tagesschau“ und „heute“ in nahezu gleichem Ausmaß in 27,1 bzw. 27,4 Prozent ihrer Beiträge über einen Euro-Austritt berichteten, spielte das Thema in den Sondersendungen eine größere Rolle. Da diese nur zu den Höhepunkten der Krise gesendet wurden, wurde hier das Schreckensszenario Grexit besonders intensiv aufgegriffen: In 61,2 Prozent der „Brennpunkt“-Beiträge und

in 40,0 Prozent der Beiträge des „ZDF spezial“ (vgl. Abbildung 40). Die Sondersendungen verbreiteten somit das Szenario eines Euro-Austritt Griechenlands relativiert an der Anzahl ihrer Beiträge besonders intensiv.

Es kann daher zusammenfassend festgestellt werden, dass die untersuchten Sendungen vergleichsweise intensiv über einen möglichen Euro-Austritt Griechenlands berichteten und dieses Szenario eines Ausgangs der griechischen Staatsschuldenkrise oft und gerne

bemühten. Dies trifft auf die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ in besonderem Maße zu. Die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Krise nahm größeren Raum ein als die mit den meisten Lösungsansätzen der Reformvorschläge. Der Grexit als Sinnbild des Schreckens und des Chaos war als Thema damit auch Ausdruck eines Negativismus, dem sich die Nachrichtenberichterstattung ein Stück weit hingegeben hatte. Vor allem vor dem Hintergrund, dass dieses Szenario erheblich häufiger thematisiert wurde als die meisten Politikfelder und Reformvorschläge.

Die Ergebnisse dieses Analyseabschnitts beantworten die Forschungsfrage, wie intensiv über welche Politikfelder und welche konkreten Reformvorschläge im Zusammenhang mit der griechischen Staatsschuldenkrise berichtet wurde. Dies gibt Aufschluss über die analytische Qualität der Berichterstattung. Im Folgenden werden die Ergebnisse vergleichend und differenziert zusammengefasst:

Mit fast jedem zweiten Beitrag stand die Haushaltspolitik im Mittelpunkt der Berichterstattung. Es folgte mit weitem Abstand das Politikfeld Steuer- und Finanzpolitik sowie die Wirtschaftspolitik. Einige Politikfelder wie die Tarif- und Lohnpolitik, die Arbeitspolitik oder die Sozialpolitik waren stark unterrepräsentiert, Infrastrukturpolitik und Wohnungsbau wurden gar nicht thematisiert. Vor dem Hintergrund, dass in Griechenland in 16 Politikfeldern Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, kann nicht von einer intensiven Hintergrundberichterstattung über den Reformprozess in Griechenland gesprochen werden.

Nur wenige Beiträge befassten sich mit konkreten Reformvorschlägen. In 60,2 Prozent aller Beiträge wurde kein einziger Reformvorschlag aufgegriffen. Von 139 Reformen wurden nur 63 Reformen in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise thematisiert. Das entspricht 45,3 Prozent. Dies spricht für eine geringe analytische Qualität der untersuchten Sendungen. Die Nachrichtenberichterstattung fokussierte in einer hohen Anzahl an Beiträgen auf die politische Diskussion um die Fortführung der europäischen Hilfspakete und die hierfür eingeforderten Reformen. Dabei blieb sie allgemein und benannte Reformvorschläge und -forderungen kaum.

Die Berichterstattung beschränkte sich erkennbar auf wenige Lösungsoptionen der Staatsschuldenkrise, die sich dem Ziel der Austeritätspolitik zuordnen lassen. Die untersuchten Sendungen konzentrierten sich stark auf Vorschläge wie Mehrwertsteuererhöhungen, Privatisierungen und Rentenkürzungen als Antworten auf die Staatsschuldenkrise. Nachfrageorientierte Lösungsansätze wurden nur selten verfolgt und dargestellt. Diese monothematische Darstellung von Reformen ist Ausdruck einer begrenzten Vielfalt von Positionen.

Stattdessen wurde intensiv über einen möglichen Euro-Austritt Griechenlands berichtet. Das Schreckensszenario „Grexit“ dominierte die Berichterstattung im Sommer 2015. Dies trifft insbesondere auf die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ zu. Die in einigen Teilen hysterische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Krise in Form eines möglichen Euro-Austritts Griechenlands nahm

*Grexit dominiert
Debatte*

größeren Raum ein als die Befassung mit den meisten Lösungsansätzen der Reformvorschläge. Hier wurde mehr auf Hysterie und Panik gesetzt als auf Analyse und Lösung.

Die Reformpolitik wurde im März und April 2015 als Thema der Nachrichtenberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise von Randthemen wie der Diskussion über Forderungen Griechenlands nach Reparationszahlungen für Schäden, die Griechenland im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden, verdrängt. Dies

spricht dafür, dass einer Auseinandersetzung mit der Umsetzung von Reformvorschlägen von den Redaktionen keine hohe Relevanz beigemessen wurde und stattdessen auf eine Darstellung des Konflikts zwischen Deutschland und Griechenland fokussiert wurde.

Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise gesprochen werden und damit fehlt es der Berichterstattung zum Teil an analytischer Qualität.

6 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Leistungsanforderungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind mehr oder weniger explizit in den Rechtsgrundlagen für den Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland formuliert: in der Verfassung, in den Landesrundfunkgesetzen und Rundfunkstaatsverträgen und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Der Rundfunk wird dabei als Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung betrachtet, der eine Reihe von Anforderungen erfüllen muss. Die Funktion der Meinungsbildung sieht der Gesetzgeber nur dann erfüllt, wenn die angebotenen Informationen „breit“, „vollständig“ und „ausgewogen“ sind (BVerfGE 12, 205).

Die gesetzlichen Vorgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die darin formulierten Leistungsvorgaben sind die Grundlagen seiner Existenzberechtigung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zur Ausgewogenheit verpflichtet. Dazu gehören das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung und die Verpflichtung zur Überparteilichkeit. Die Abbildung verschiedener Meinungen im Programm soll insgesamt ausgewogen sein. Diese Vorgaben gelten in besonderem Maße für Nachrichtensendungen. Außerdem sind die Nachrichtensendungen dem Gebot der Neutralität verpflichtet und sollen den Bürger*innen wesentliche Hintergrundinformationen (analytische Qualität) zur Meinungsbildung liefern.

Diese Studie hatte das Ziel herauszufinden, wie über die griechische Staatsschuldenkrise in den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks berichtet wurde. Es wurde dabei untersucht, ob der öffentlich-

rechtliche Rundfunk den an ihn gestellten Qualitätsanforderungen gerecht wird. Im Mittelpunkt standen die Relevanz des Themas für die untersuchten Sendungen, die analytische Qualität, die Ausgewogenheit, die Vielfalt und die Neutralität der Berichterstattung.

Zur Beantwortung der Fragestellung wurden im Untersuchungszeitraum – dem gesamten Jahr 2015 – 747 Sendungen der Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ und der Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ analysiert. Insgesamt wurden 615 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise in 282 Sendungen erfasst und auf Beitragsebene analysiert. Die Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise haben eine Gesamtlänge von mehr als 19 Stunden.

Die Ergebnisse werden im Folgenden strukturiert anhand der zentralen zu untersuchenden Qualitätskriterien, übergreifend und sendungsspezifisch vergleichend dargestellt:

6.1 Ergebnisse für die gesamte Nachrichtenberichterstattung

Relevanz des Themas

- Die untersuchten Nachrichtensendungen haben das Thema griechische Staatsschuldenkrise als sehr relevant angesehen. Im Jahr 2015 waren in 38 Prozent der „Tagesschau“-Sendungen und 34 Prozent der „heute“-Sendungen mindestens ein Beitrag zur griechischen Staatsschuldenkrise vertreten.
- Außerdem wurde in 22,6 Prozent der Beiträge mit Bezug zur griechischen Staatsschul-

denkrise das Thema als Aufmacher für die Nachrichtensendungen genutzt. „Tageschau“ und „heute“ unterschieden sich in ihrer Berichterstattungsintensität kaum.

- Ein Großteil der Berichterstattung fand in den Monaten Februar, Juni und Juli 2015 statt.

Fazit: Der griechischen Staatsschuldenkrise wurde in allen untersuchten Sendungen Relevanz beigemessen.

Vielfalt

- Es zeigt sich, dass in den meisten Beiträgen, in denen O-Töne vorkommen, mehr als nur eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe dargestellt wurde. Mehr als eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe fand sich in 32,4 Prozent der Beiträge. Es wurden innerhalb der Beiträge also mehrheitlich vielfältige Akteure durch O-Töne dargestellt.

Fazit: Es wurden in den Beiträgen mehrheitlich vielfältige Akteure dargestellt, das Kriterium der Vielfalt wurde daher mehrheitlich erfüllt.

Darstellungen und Wertungen von Akteuren nicht ausgewogen

Ausgewogenheit

Die Darstellung der Akteure in der Berichterstattung war nicht ausgewogen:

- Die griechische Regierung wurde in 67,3 Prozent der Beiträge gezeigt oder genannt, die deutsche Regierung nur in 41,6 Prozent der Beiträge. Die Nennung und Darstellung der Akteure war daher nicht gleichgewichtig und demnach auch nicht ausgewogen: Die griechische Regierung wurde häufiger gezeigt oder genannt.

- Die griechische Regierung trat nur in 11,4 Prozent der Beiträge als Sender von Aussagen auf, in 41,5 Prozent der Beiträge wurden Aussagen über sie getroffen.

- Der Anteil der griechischen Regierung an den O-Tönen lag gerade einmal bei 10,7 Prozent, der Anteil der deutschen Regierung bei 23,8 Prozent. Das Auftreten der Akteure als O-Ton-Geber*innen war nicht ausgewogen: Die griechische Regierung kam deutlich seltener zu Wort als die deutsche Regierung.

Die Wertungen, die in der Berichterstattung vorgenommen wurden, waren ebenfalls nicht ausgewogen:

- In 20,3 Prozent der Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden Wertungen der griechischen und/oder der deutschen Regierung von Journalist*innen vorgenommen. In 18,4 Prozent der Beiträge betrafen diese Wertungen die griechische Regierung. In nur 7,8 Prozent der Beiträge wurde die deutsche Regierung von Journalist*innen bewertet. Die griechische Regierung wurde in 11,9 Prozent der Beiträge durch Journalist*innen negativ bewertet, nur in 1,1 Prozent positiv. Die deutsche Regierung wurde nur in 2,1 Prozent der Beiträge negativ durch Journalist*innen bewertet, in 1,5 Prozent aller Beiträge positiv. Journalist*innen bewerteten demnach nicht ausgewogen: Die griechische Regierung wurde somit erheblich häufiger durch Journalist*innen negativ bewertet als die deutsche Regierung und seltener positiv.

- In 34,3 Prozent aller Beiträge trafen Akteure wertende Aussagen über die griechische Regierung. Über die deutsche Regierung wurden in nur 9,1 Prozent der Beiträge wertende Aussagen von Akteuren getroffen. In 20,8 Prozent der Beiträge fanden sich negative Bewertungen von Akteuren über die griechische Regierung. Die deutsche Regierung wurde nur in 5,7 Prozent der Beiträge negativ von anderen Akteuren beurteilt. Die griechische Regierung wurde erheblich häufiger negativ bewertet als die deutsche. Die Darstellung von Bewertungen durch Akteure war also nicht ausgewogen.
- In 26,5 Prozent aller Beiträge wurde die griechische Regierung in O-Tönen ausgewogen bewertet. In 17,8 Prozent aller Beiträge äußerten sich O-Ton-Geber*innen kritisch über die griechische Regierung, während eine positive Wertung nur in 5,5 Prozent aller Beiträge der Fall war. Die Bewertung der griechischen Regierung durch O-Töne innerhalb der Beiträge ist nicht ausgewogen: Es fanden häufiger negative als positive Bewertungen durch O-Töne statt.

Fazit: Insgesamt war die Berichterstattung im Hinblick auf die griechische Regierung unausgewogen. Sie kam weniger zu Wort und wurde kritischer beurteilt als die deutsche Regierung.

Neutralität

Wertungen durch Journalist*innen sollten in Nachrichtensendungen dem Qualitätskriterium der Neutralität folgend nicht in Nachrichten

ten und Berichten stattfinden, sondern vor der Kamera in Schalten und Aufsayern.

- Klassische Nachrichten waren weitestgehend frei von Bewertungen durch Journalist*innen. In 3,9 Prozent der Nachrichten fanden sich positive oder negative Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen.
- In 10,2 Prozent der Berichte nahmen Journalist*innen jedoch positive oder negative Bewertungen der griechischen oder der deutschen Regierung vor.

Fazit: Berichte wurden in den untersuchten Nachrichtensendungen in jedem zehnten Fall für Wertungen genutzt. Damit wurde das Gebot der Neutralität in Berichten verletzt.

Analytische Qualität/

Hintergrundberichterstattung

- Mit fast jedem zweiten Beitrag stand die Haushaltspolitik im Mittelpunkt der Berichterstattung. Es folgte mit weitem Abstand das Politikfeld Steuer- und Finanzpolitik sowie die Wirtschaftspolitik. Einige Politikfelder wie die Tarif- und Lohnpolitik, die Arbeitspolitik und die Sozialpolitik waren stark unterrepräsentiert; Infrastrukturpolitik und Wohnungsbau wurden gar nicht thematisiert. Vor dem Hintergrund, dass in Griechenland in 16 Politikfeldern Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, kann nicht von einer intensiven Hintergrundberichterstattung über den Reformprozess in Griechenland gesprochen werden.

*Wertungen durch
Journalist*innen
in jedem zehnten
Bericht*

- Von 139 Reformen wurden nur 63 in der Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise thematisiert. Das entspricht 45,3 Prozent. In 60,2 Prozent der Beiträge wurde keine einzige Reform thematisiert. Am häufigsten wurde in 11,3 Prozent der Beiträge der Schuldenschnitt thematisiert, es folgte mit 8,1 Prozent die Privatisierung von Staatsbetrieben, danach mit 6,5 Prozent die Kapitalverkehrskontrolle. Von einer gründlichen Hintergrundberichterstattung zu dem griechischen Reformprozess in den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF kann nicht gesprochen werden.
- Das „Schreckensszenario“ Euro-Austritt wurde von den untersuchten Nachrichtensendungen in 31,7 Prozent aller Beiträge aufgegriffen. 58 Minuten und 33 Sekunden beschäftigten sich die untersuchten Nachrichtensendungen mit einem Euro-Austritt. Zum Vergleich: Mit Wirtschaftspolitik beschäftigten sich die Sendungen nur etwa 25 Minuten, mit Steuer- und Finanzpolitik nur ca. 35 Minuten. Dieses Szenario wurde somit erheblich häufiger thematisiert als die meisten Politikfelder und Reformvorschläge. Vor allem vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass die Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Krise größeren Raum einnahm als die Befassung mit den meisten Lösungsansätzen der vorgeschlagenen Reformen.

*Reformvorschläge kaum
thematisiert*

Fazit: In einem Großteil der Berichterstattung wurde keine Reform thematisiert. Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hin-

tergrundberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise gesprochen werden. Damit fehlte es der Berichterstattung zum Teil an analytischer Qualität.

6.2 Vergleich der untersuchten Nachrichtensendungen

Relevanz des Themas

- Die Sendung „heute“ maß der griechischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2015 die höchste Relevanz bei. 252 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise konnten in „heute“ gezählt werden. Das sind 23 Beiträge mehr als in der „Tagesschau“. Die Sondersendung „Brennpunkt“ erschien 7 Mal mit Bezug zur griechischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2015. 49 Beiträge zur griechischen Staatsschuldenkrise konnten in diesen „Brennpunkt“-Sendungen gezählt werden. Das sind weniger Sendungen und auch weniger Beiträge als in der Sondersendung des ZDF, dem „ZDF spezial“. Die ARD hat demnach in „Tagesschau“ und „Brennpunkt“ in geringerer Intensität über die griechische Staatsschuldenkrise berichtet und somit dem Thema eine geringere Relevanz beigemessen als das ZDF.

Fazit: Die Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „Brennpunkt“ der ARD berichteten in geringerem Ausmaß als die ZDF-Sendungen „heute“ und „ZDF spezial“ über die griechische Staatsschuldenkrise.

Vielfalt

- In der „Tagesschau“ kam in der Mehrzahl der Beiträge mehr als eine O-Ton-Geber*innen-Gruppe zu Wort kommt. Dies war in der „Tagesschau“ in 40,2 Prozent der Beiträge der Fall, mehr als in den anderen untersuchten Sendungen. Dies spricht für Akteursvielfalt bei O-Tönen in der „Tagesschau“. In der ZDF-Nachrichtensendung „heute“ kamen in 34,5 Prozent der Beiträge mehrere O-Ton-Geber*innen-Gruppen zu Wort.
- In den Sondersendungen war es erheblich häufiger als in den Hauptnachrichtensendungen der Fall, dass nur eine Gruppe von O-Ton-Geber*innen zu Wort kam. Das liegt im Wesentlichen am Einsatz der Darstellungsform Interview. In der Sondersendung „ZDF spezial“ kam in 75,3 Prozent der Beiträge nur eine Gruppe von Akteuren als O-Ton-Geber*innen vor. Das „ZDF spezial“ wies demnach eine geringere Vielfalt von O-Ton-Geber*innen innerhalb eines Beitrags auf als andere Sendungen.

Fazit: In den Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ kamen vielfältige Akteure in O-Tönen zu Wort. In den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ war die Vielfalt durch den Einsatz von Interviews eingeschränkt.

Ausgewogenheit

Hinsichtlich der Akteursausgewogenheit fällt auf, dass diese in allen untersuchten Sendungen nicht erfüllt wird:

- Bei der Nennung und Darstellung der Akteure zeigte sich bereits ein Ungleichgewicht: In der „Tagesschau“ wurde die griechische Regierung in 66,4 Prozent der Beiträge gezeigt oder genannt, die deutsche Regierung nur in 21,3 Prozent der Beiträge. In „heute“ war beides häufiger der Fall. In den Sondersendungen wurde die deutsche Regierung häufiger genannt und gezeigt, das Verhältnis war jedoch auch hier nicht gleichgewichtig. Die Darstellung der beiden Akteure war in beiden Sendungen nicht ausgewogen.
- Auch die O-Töne waren nicht gleichgewichtig unter den untersuchten Akteuren verteilt. Während die griechische Regierung in allen Sendungen häufiger gezeigt und genannt wurde als andere Akteure, kam sie doch erkennbar seltener zu Wort. Die griechische Regierung kam in der „Tagesschau“ in ca. 17 Minuten direkt zu Wort, die deutsche Regierung in ca. 32 Minuten. In „heute“ kam die griechische Regierung noch etwas seltener zu Wort, die deutsche Regierung hingegen in größerem Umfang. Die Diskrepanz ist also noch größer. Am seltensten kam die griechische Regierung in „ZDF spezial“ zu Wort, nämlich nur in ca. einer Minute. Die Verteilung der O-Töne ist in allen untersuchten Nachrichtensendungen ungleichgewichtig und somit auch unausgewogen: Die griechische Regierung kam erheblich seltener zu Wort als andere Akteure.

Neben der Akteursausgewogenheit zeigen sich auch Besonderheiten in der Bewertungsausgewogenheit im Vergleich zwischen den Sendungen:

- Die griechische Regierung wurde in der „Tagesschau“ durch Journalist*innen in 11,8 Prozent der Beiträge negativ bewertet. Die deutsche Regierung wurde nur in 2,6 Prozent der Beiträge negativ bewertet. In „heute“ wurde die griechische Regierung durch Journalist*innen ebenso häufig negativ bewertet wie in der „Tagesschau“, die deutsche Regierung jedoch nur in 0,8 Prozent der Beiträge. Im „Brennpunkt“ zeigte sich dieses Missverhältnis ebenfalls, in „ZDF spezial“ wurde die deutsche Regierung gar nicht bewertet. Negative Wertungen überwogen also bei der griechischen Regierung, das Verhältnis war nicht ausgewogen.
- Auch die Wertungen, die von dargestellten Akteuren ausgingen, waren unausgewogen zu Ungunsten der griechischen Regierung. In der „Tagesschau“ fanden sich in 18,8 Prozent der Beiträge negative Bewertungen der griechischen Regierung durch dargestellte Akteure. Die deutsche Regierung wurde in 3,5 Prozent der Beiträge negativ von anderen Akteuren beurteilt. Dargestellte Akteure bewerteten in „heute“ die griechische Regierung in 24,2 Prozent der Beiträge, die deutsche Regierung nur in 7,2 Prozent. Im „Brennpunkt“ wurde die deutsche Regierung häufiger negativ bewertet, nämlich in 13,3 Prozent der Beiträge – die griechische Regierung hingegen in 44 Prozent der Beiträge. In der Sendung „ZDF spezial“ war die Differenz geringer als im „Brennpunkt“, hier fanden sich in 38,8 Prozent der Beiträge negative Bewertungen der griechischen Regierung durch dargestellte Akteure. Die

deutsche Regierung wurde in 11,8 Prozent der Beiträge des „ZDF spezial“ negativ von Akteuren beurteilt. Alle untersuchten Sendungen wiesen bei den dargestellten Wertungen der Akteure ein Ungleichgewicht auf: Die griechische Regierung wurde erheblich häufiger negativ bewertet als die deutsche Regierung. Dies spricht für eine Unausgewogenheit der dargestellten Positionen.

- Diese setzt sich teilweise in den O-Tönen der Sendungen fort. In 32,8 Prozent der „Tagesschau“-Beiträge waren die O-Töne ausgewogen. 14,8 Prozent der Beiträge wiesen O-Töne mit negativen Wertungen der griechischen Regierung auf, 6,1 Prozent waren positiv. Auch in „heute“ ist das Verhältnis ähnlich: Die Mehrzahl der O-Töne mit Bewertungen der griechischen Regierung, nämlich 23,6 Prozent, waren ausgewogen. Die Sondersendungen hingegen folgten dieser Ausrichtung nicht. Die Mehrzahl der O-Töne in „ZDF spezial“ bewertete die griechische Regierung negativ – dies ist in 41,2 Prozent der Beiträge der Fall, nur in 2,4 Prozent gab es positiv wertende O-Töne, nur in 18,8 Prozent ein ausgeglichenes Verhältnis. Auch im „Brennpunkt“ überwogen negativ wertende O-Töne, wenn auch nicht so stark wie in „ZDF spezial“. Während also die Hauptnachrichtensendungen zumindest in den gesendeten O-Tönen auf ein ausgeglichenes Verhältnis der Bewertungen der griechischen Regierung achteten, war dies in den Sondersendungen nicht der Fall. Hier sind die Bewertungen nicht ausgewogen.

Kritik trifft vor allem die griechische Regierung

Fazit: Die Darstellung und Bewertung der griechischen und der deutschen Regierung in den Nachrichtenbeiträgen zur griechischen Staatsschuldenkrise war in allen untersuchten Sendungen unausgewogen. Die griechische Regierung wurde in allen Sendungen erheblich häufiger negativ bewertet als die deutsche Regierung.

Neutralität

■ In allen untersuchten Sendungen wurde das Gebot der Neutralität verletzt. In der „Tagesschau“ wurde das Gebot der Neutralität seltener verletzt als in den anderen untersuchten Sendungen. 3,0 Prozent der Nachrichten und 7,2 Prozent der Berichte in der „Tagesschau“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. Insgesamt wurde in „heute“ etwas häufiger als in der „Tagesschau“ auch in Nachrichten und Berichten Bewertungen von Journalist*innen vorgenommen und damit das Gebot der Neutralität verletzt. 5,6 Prozent der Nachrichten und 8,5 Prozent der Berichte in „heute“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text. Am stärksten wurde das Gebot der Neutralität in den Sondersendungen verletzt. 12,5 Prozent der Berichte in „ZDF spezial“ enthielten Wertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen im Off-Text, 28 Prozent waren es beim „Brennpunkt“. Damit wurde das Gebot der Neutralität von Nachrichten und Berichten im „Brennpunkt“ am häufigsten verletzt.

Fazit: In allen untersuchten Sendungen wurde das Gebot der Neutralität verletzt, am stärksten in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“.

Analytische Qualität/

Hintergrundberichterstattung

Es kann nicht von einer ausreichenden Hintergrundberichterstattung in den untersuchten Nachrichtensendungen über die Reformprozesse in Griechenland gesprochen werden.

■ Alle untersuchten Nachrichtensendungen berichteten am häufigsten über das Politikfeld Haushaltspolitik, andere Politikfelder wurden erheblich seltener aufgegriffen. Erst mit weitem Abstand folgte die Steuer- und Finanzpolitik. In der „Tagesschau“ wurden drei, in „heute“ zwei Politikfelder gar nicht thematisiert. Über viele Politikfelder wie Arbeitspolitik, Tarif- und Lohnpolitik, Sozialpolitik oder Rechtspolitik wurde im „Brennpunkt“ nur marginal berichtet, über andere Politikfelder wie Infrastrukturpolitik gar nicht. In „ZDF spezial“ wurden u. a. Energiepolitik sowie Geld- und Währungspolitik nicht thematisiert.

■ In der „Tagesschau“ wurden in 62,2 Prozent der Beiträge keine Reformen aufgegriffen, in „heute“ waren es 65,1 Prozent der Beiträge. Von 139 Reformen wurden in der „Tagesschau“ nur 53 thematisiert, in „heute“ sogar nur 40. Am häufigsten wurde in „Tagesschau“ und „heute“ ein Schuldenchnitt für Griechenland thematisiert. Die Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“ berichteten noch seltener

als die Hauptnachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“ über einzelne Reformen. Im „Brennpunkt“ wurde in 44,9 Prozent der Beiträge keine konkrete Reform thematisiert. Von 139 Reformen wurde im „Brennpunkt“ nur über 25 Reformen berichtet, was 17,9 Prozent der Reformvorschläge entspricht. In „ZDF spezial“ wurde über 27 Reformen berichtet, was 19,4 Prozent der 139 Reformvorschläge entspricht. In beiden Sondersendungen wurden Kapitalverkehrskontrollen am häufigsten thematisiert. Natürlich kann von Sondersendungen nicht im gleichen Maße wie von Hauptnachrichtensendungen erwartet werden, den griechischen Reformprozess abzubilden. Die enge Fokussierung auf die Haushaltspolitik zeigt jedoch, dass viele Politikfelder und Reformen nicht in der Berichterstattung thematisiert und analysiert wurden.

Fazit: Insgesamt kann nur von einer eingeschränkten Hintergrundberichterstattung der untersuchten Nachrichtensendungen zur griechischen Staatsschuldenkrise gesprochen werden. In einem großen Teil der Beiträge wurde keine konkrete Reform aufgegriffen und wenn, dann beschränkte sich die Berichterstattung auf wenige diskutierte Reformen. Damit fehlte es der Berichterstattung zum Teil an analytischer Qualität.

6.3 Schlussfolgerungen

Qualitätskriterien konsequenter anwenden

Die Journalist*innen der untersuchten Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben die an sie gestellten Qua-

litätsanforderungen also nur teilweise erfüllt. Die festgestellten Verletzungen zentraler Qualitätskriterien, wie Neutralität, Ausgewogenheit und Hintergrundberichterstattung, in der Berichterstattung der Nachrichtensendungen zur griechischen Staatsschuldenkrise weisen auf Mängel in der journalistischen Professionalität hin.

Eine differenzierte Betrachtung, wie sie oben vorgenommen wurde, lässt auch Unterschiede zwischen den Sendungen, insbesondere zwischen den Hauptnachrichtensendungen und den Sondersendungen, erkennen. Die Sondersendungen verletzten die Qualitätskriterien der Ausgewogenheit und der Neutralität stärker als die Hauptnachrichtensendungen.

Als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen sollten die öffentlich-rechtlichen Programme noch stärker darauf achten, die strengen Qualitätskriterien, die für die Hauptnachrichtensendungen gelten, auch auf die Sondersendungen anzuwenden. Die Trennung von Nachricht und Meinung muss konsequenter beachtet werden, insbesondere in Off-Texten von Berichten.

Die Berichterstattung über die griechische Reformpolitik und die Fixierung auf einen Grexit als Szenario für einen Ausgang der Krise zeigen, dass die Berichterstattung einen engen Blick auf wenige Lösungen aufwies. Die Journalist*innen sollten stärker darauf achten, verschiedene Lösungsoptionen in die Berichterstattung einzubeziehen. Bei der Auswahl von O-Tönen und Interviewpartnern sollte insbesondere in den Sondersendungen stärker auf die Ausgewogenheit geachtet und alle Konfliktparteien einbezogen werden.

Anhang

Literaturverzeichnis	112
Tabellarischer Anhang.....	115
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	123
Hinweise zu den Autor*innen	126

Literaturverzeichnis

- ALM – Die Medienanstalten (2014) (Hrsg.): Programmbericht 2014. Fernsehen in Deutschland. Programmforschung und Programmdiskurs, Leipzig: Vistas.
- Arlt, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang (2010): Krisenerlebnisse und Lernprozesse des Wirtschaftsjournalismus, in: *Forschungsjournal NSB* 3/2010, S. 35–43.
- Arnold, Klaus (2008): Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept, in: *Publizistik* 4/2008, S. 488–508.
- Arnold, Klaus (2009): *Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum*, Konstanz: UVK.
- Arnold, Klaus (2012): Qualität im Journalismus, in: Meier, Klaus/Neuberger, Christoph (Hrsg.): *Journalismusforschung. Stand und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, S. 77–88.
- Bach, Thomas/Weber, Mathias/Quiring, Oliver (2012): Das Framing der Finanzkrise. Deutungsmuster und Inter-Media Frame Transfer im Krisenherbst 2008, in: *SCM*, 1. Jg., 2/2012, S. 193–224.
- Beck, Klaus/Reineck, Dennis/Schubert, Christiane (2010): *Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise*, Konstanz: UVK.
- Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, 2. Aufl., Paderborn: Schöningh.
- Bruns, Thomas/Marcinkowski, Frank (1997): *Politische Informationen im Fernsehen. Eine Längsschnittstudie zur Veränderung der Politikvermittlung in Nachrichten und politischen Informationssendungen*, Opladen: Leske und Budrich.
- Bucher, Hans-Jürgen (2003): Journalistische Qualität und Theorien des Journalismus, in: Hans-Jürgen Bucher/Klaus-Dieter Altmeppen (Hrsg.): *Qualität im Journalismus. Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 11–34.
- Bundesministerium der Finanzen (2015): Europäische Finanzhilfen: EFSF und EFSM, verfügbar unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/stabilisierung_des_euroraums.html, eingesehen am 30.06.2016.
- Bundesverfassungsgericht (1961): BVerfGE 12, 205, verfügbar unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv012205.html>, eingesehen am 30.06.2016.
- Bundesverfassungsgericht (1986): BVerfGE 73, 118, verfügbar unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv073118.html>, eingesehen am 30.06.2016.
- Bundesverfassungsgericht (1991): BVerfGE 83, 238, verfügbar unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv083238.html>, eingesehen am 30.06.2016.
- Daschmann, Gregor (2009): Qualität von Fernsehnachrichten: Dimensionen und Befunde, in: *Media Perspektiven* 5/2009, S. 257–266.
- Deutscher Bundestag (2015a): Unterrichtung, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804093.pdf>, eingesehen am 18.06.2015.
- Deutscher Bundestag (2015b): Antrag, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/055/1805590.pdf#page=96&zoom=auto,-274,49>, eingesehen am 18.06.2015.
- Die Medienanstalten (2013): *Rundfunkstaatsvertrag*, verfügbar unter: http://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/Download/Rechtsgrundlagen/Gesetze_aktuell/15_RStV_01-01-2013.pdf, eingesehen am 30.06.2016.

Donsbach, Wolfgang/Büttner, Katrin (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnachrichten. Darstellungsmerkmale der Politikberichterstattung vor den Bundestagswahlen 1983, 1990 und 1998, in: Publizistik 1/2005, S. 21–38.

Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht (1998): Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren, in: Discussion Paper FS III 98–107, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Ernst, Cornelia (2015): Eine Alternative ist möglich – SYRIZA für Griechenland, verfügbar unter: <http://www.cornelia-ernst.de/2015/06/interessantes-zu-griechenland/>, eingesehen am 19.06.2015.

Faulstich, Werner (2008): Grundkurs Fernsehanalyse, Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.

Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2015): Politbarometer Juni 2015, verfügbar unter: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Juni_2015/, eingesehen am 18.06.2015.

Früh, Werner (2011): Inhaltsanalyse, 7. Aufl., Konstanz: UVK.

Gäbler, Bernd (2015): „... den Mächtigen unbequem sein.“ Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine, OBS-Arbeitsheft 81, Frankfurt am Main.

Hagen, Lutz M. (1995): Informationsqualität von Nachrichten. Messmethoden und ihre Anwendung auf Dienste von Nachrichtenagenturen, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Holsti, Ole R. (1969): Content analysis for the social sciences and humanities, Reading, MA: Addison-Wesley.

Kotios, Angelos (2015): Griechenland nach den Wahlen, in: Wirtschaftsdienst 2/2015, S. 82–83.

Kromrey, Helmut (2009): Empirische Sozialforschung, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Krüger, Udo M. (2015): Fernsehnachrichten: Auslandsberichterstattung nimmt zu, in: Media Perspektiven 12/2015, S. 573–600.

Krüger, Udo M./Zapf-Schramm, Thomas (2016): Infomonitor 2015: Europa und Deutschland rücken ins Zentrum globaler Krisen, in: Media Perspektiven 2/2016, S. 70–97.

Leidenberger, Jacob (2015): Boulevardisierung von Fernsehnachrichten. Eine Inhaltsanalyse deutscher und französischer Hauptnachrichtensendungen, Wiesbaden: Springer VS.

Maurer, Torsten (2005): Fernsehnachrichten und Nachrichtenqualität. Eine Längsschnittstudie zur Nachrichtentwicklung in Deutschland, München: Fischer.

Meckel, Miriam (1997): Die neue Unübersichtlichkeit. Zur Entwicklung des Format-Fernsehens in Deutschland, in: Rundfunk und Fernsehen 45, S. 475–485.

Meckel, Miriam/Kamps, Klaus (1998): Fernsehnachrichten. Entwicklungen in Forschung und Praxis, in: Klaus Kamps/Miriam Meckel (Hrsg.): Fernsehnachrichten. Prozesse, Strukturen, Funktionen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 11–29.

Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.

Neuberger, Christoph (2013): Qualität im Journalismus – Was ist Qualität? Und wie wird sie gemessen und gesichert?, in: Neuberger, Christoph/Kapern, Peter (Hrsg.): Grundlagen des Journalismus, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 114–145.

Neuendorf, Kimberley A. (2002): *The Content Analysis Guidebook*, Thousand Oaks: Sage.

Otto, Kim (2001): Thematisierungsstrategie in den Massenmedien und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger, verfügbar unter: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/2965/1/otto.pdf>, eingesehen am 18.09.2015.

Otto, Kim/Köhler, Andreas (2016): Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise, IMK Study 45/2016, verfügbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_45_2016, eingesehen am 01.06.2016.

Plake, Klaus (2004): *Handbuch Fernsehforschung. Befunde und Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag.

Pöttker, Horst (2000): Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe, in: Martin Löffelholz (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 375–390.

Rager, Günther (1994): Dimensionen der Qualität. Weg aus den allseitig offenen Richter-Skalen?, in: Günter Bentele/Kurt R. Hesse (Hrsg.): *Publizistik in der Gesellschaft. Festschrift für Manfred Rühl*, Konstanz: UVK, S. 189–210.

Raupp, Juliane (2007): *Politische Meinungsforschung. Die Verwendung von Umfragen in der politischen Kommunikation*, Konstanz: UVK.

Schatz, Heribert/Schulz, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem, in: *Media Perspektiven* 11/1992, S. 690–712.

Schlosser, Simone (2013): „Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Pleitegriechen.“ Die Darstellung Griechenlands in ausgewählten deutschen Medien während der Euro-Krise und ihr Einfluss auf die Meinung der deutschen Öffentlichkeit, in: *Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA)* 4/2013.

Schranz, Mario/Eisenegger, Mark/Imhof, Kurt/Schneider, Jörg (2010): *Wirtschaftsberichterstattung in der Krise*, Basel: Schwabe Verlag.

Schranz, Mario/Eisenegger, Mark (2011): The Media Construction of the Financial Crisis in a Comparative Perspective, in: *Swiss Journal of Sociology* 2/2011, S. 241–258.

Seiffert, Jens/Fähnrich, Birte (2012): Mehr als nur Rhetorik? Die strategische Kommunikation der deutschen Bundesregierung in der Euro-Krise, in: Romy Fröhlich/Thomas Koch (Hrsg.): *Politik – PR – Persuasion*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 261–284.

Weischenberg, Siegfried/Scholl, Armin (1998): Die Wahr-Sager. Wirklichkeiten des Nachrichtenjournalismus im Fernsehen, in: Klaus Kamps/Miriam Meckel (Hrsg.): *Fernsehnachrichten. Prozesse, Strukturen, Funktionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 137–146.

Wyss, Vinzenz (2002): *Redaktionelles Qualitätsmanagement. Ziele, Normen, Ressourcen*, Konstanz: UVK.

Zubayr, Camille/Heinz, Gerhard (2016): Tendenzen im Zuschauerverhalten, in: *Media Perspektiven* 3/2016, S. 142–155.

Tabellarischer Anhang

Anhang 1:

Gesamtlänge aller O-Töne und durchschnittliche Länge der einzelnen O-Töne von Akteuren in Nachrichtensendungen 2015 (in Minuten, n=615)

	Griechische Regierung	Deutsche Regierung	EU-Vertreter*innen	Euro-Gruppen-Vertreter*innen	Andere
Durchschnittliche Länge der O-Töne	0:15	0:34	0:26	0:14	0:38
Gesamtlänge	36:04	80:13	29:48	10:38	179:18

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 2:

Gesamtlänge aller O-Töne und durchschnittliche Länge der einzelnen O-Töne von Akteuren in Nachrichtensendungen 2015 im Vergleich zwischen den Sendungen (in Minuten, n=615)

	Griechische Regierung	Deutsche Regierung	EU-Vertreter*innen	Euro-Gruppen-Vertreter*innen	Andere
Tageschau					
Durchschnittliche Länge der O-Töne	0:13	0:29	0:15	0:13	0:20
Gesamtlänge	16:30	31:40	5:46	4:49	32:26
heute					
Durchschnittliche Länge der O-Töne	0:13	0:39	0:15	0:15	0:24
Gesamtlänge	15:19	35:10	7:51	5:15	36:01
Brennpunkt					
Durchschnittliche Länge der O-Töne	1:43	0:47	0:53	0:08	1:05
Gesamtlänge	3:27	7:57	6:12	0:16	27:18
ZDF spezial					
Durchschnittliche Länge der O-Töne	0:15	0:32	1:25	0:18	1:12
Gesamtlänge	0:47	5:26	10:00	0:18	83:30

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 3:

Anzahl der Wertungen durch Journalist*innen nach Sendungen in 2015

Wertungen der griechischen Regierung

	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
positiv	3	3	1	0	7
ausgewogen	9	21	2	0	32
negativ	27	30	10	6	73
Gesamt	39	54	13	6	112

Wertungen der deutschen Regierung

	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
positiv	3	1	5	0	9
ausgewogen	2	2	0	0	4
negativ	6	2	5	0	13
Gesamt	11	5	10	0	26

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 4:

Anzahl und Tonalität der O-Töne zur griechischen Regierung in Beiträgen 2015, unterschieden nach Beteiligung von O-Ton-Geber*innen an diesen O-Tönen

	Griechische Regierung	Deutsche Regierung	EU-Vertreter*innen	Euro-Gruppen-Vertreter*innen	Andere	Gesamt*
positiv	19	11	5	5	22	34*
ausgeglichen	70	66	32	17	113	163*
negativ	27	35	23	14	82	110*
Gesamt	116	112	60	36	217	307*

* Die Gesamtzahl in der Randsumme rechts ist nicht die Summe der Spalten. O-Ton-Geber*innen sind Mehrfachnennungen

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 5:**Länge der Berichterstattung in 2015 über einzelne Politikfelder (in Minuten, n=615)**

Haushaltspolitik	79:47
Finanzpolitik	34:36
Gesellschaftliche und politische Ordnung	27:54
Wirtschaftspolitik	24:28
Geld- und Währungspolitik	12:42
Rentenpolitik	7:33
Sozialpolitik	6:13
Gesundheitspolitik	5:37
Arbeitspolitik	2:19
Rechtspolitik	1:50
Verteidigungspolitik	1:30
Energiepolitik	1:09
Tarif- und Lohnpolitik	0:58
Medienpolitik	0:20

Quelle: eigene Darstellung.

Anhang 6:**Anzahl der Beiträge mit spezifischen Reformvorschlägen zur griechischen Staatsschuldenkrise bzw. deren Anteil an allen Beiträgen der Sendungen in 2015****(Tagesschau: n=229, heute: n=252, Brennpunkt: n=49, ZDF spezial: n=85)**

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Erlass des Schuldbetrags	31	26	3	10	70
	13,54%	10,32%	6,12%	11,76%	–
Kapitalverkehrskontrollen	5	6	13	16	40
	2,18%	2,38%	26,53%	18,82%	–
Rückführung der Staatsverschuldung	10	15	5	1	31
	4,37%	5,95%	10,20%	1,18%	–
Wirtschaftsförderung allgemein	10	3	6	10	29
	4,37%	1,19%	12,24%	11,76%	–

Anhang 6: Fortsetzung

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Reform des Rentensystems	13	10	1	4	28
	5,68%	3,97%	2,04%	4,71%	–
Privatisierung allgemein	12	6	5	4	27
	5,24%	2,38%	10,20%	4,71%	–
Mehrwertsteuerreform allgemein	9	8	4	2	23
	3,93%	3,17%	8,16%	2,35%	–
Bekämpfung von Steuerhinterziehung	9	7	1	5	22
	3,93%	2,78%	2,04%	5,88%	–
Erhöhung der Mehrwertsteuer allgemein	8	7	3	3	21
	3,49%	2,78%	6,12%	3,53%	–
Rekapitalisierung der Banken	1	5	11	0	17
	0,44%	1,98%	22,45%	0,00%	–
Reform der öffentlichen Verwaltung	4	3	0	6	13
	1,75%	1,19%	0,00%	7,06%	–
Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre	6	3	2	1	12
	2,62%	1,19%	4,08%	1,18%	–
Militärausgaben senken	4	3	1	4	12
	1,75%	1,19%	2,04%	4,71%	–
Einrichtung eines Fonds	1	5	2	3	11
	0,44%	1,98%	4,08%	3,53%	–
Programm zur Bewältigung der humanitären Krise	2	3	2	2	9
	0,87%	1,19%	4,08%	2,35%	–
Privatisierung von Hafenkonzessionen	3	3	2	1	9
	1,31%	1,19%	4,08%	1,18%	–
Korruption bekämpfen	4	3	0	1	8
	1,75%	1,19%	0,00%	1,18%	–

Anhang 6: Fortsetzung

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Konzentrierung der Prüftätigkeit auf internationale Steuerhinterziehung	2	4	1	0	7
	0,87%	1,59%	2,04%	0,00%	–
Einführung einer Großvermögenssteuer	3	1	0	3	7
	1,31%	0,40%	0,00%	3,53%	–
Privatisierung der Flughäfen	2	2	1	1	6
	0,87%	0,79%	2,04%	1,18%	–
Modernisierung der Steuer- und Finanzverwaltung	3	1	0	2	6
	1,31%	0,40%	0,00%	2,35%	–
Mindestlohn anheben	1	3	0	1	5
	0,44%	1,19%	0,00%	1,18%	–
Erhöhung der Mehrwertsteuer für Gastronomie/Tourismus	3	2	0	0	5
	1,31%	0,79%	0,00%	0,00%	–
Verbesserung des Schulden- und Liquiditätsmanagements	2	3	0	0	5
	0,87%	1,19%	0,00%	0,00%	–
Steuerrabatte/Subventionen für Landwirte (z. B. Diesel)	3	2	0	0	5
	1,31%	0,79%	0,00%	0,00%	–
Reform des Bankensektors allgemein	3	0	1	0	4
	1,31%	0,00%	2,04%	0,00%	–
Einführung von Bürger*innenentscheiden	4	0	0	0	4
	1,75%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Bekämpfung von Schwarzhandel/Schmuggel	1	2	0	1	4
	0,44%	0,79%	0,00%	1,18%	–
Kampf gegen Korruption in der Verwaltung	3	1	0	0	4
	1,31%	0,40%	0,00%	0,00%	–

Anhang 6: Fortsetzung

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Ausnahmen von der Mehrwertsteuererhöhung für Inseln	2	1	0	1	4
	0,87%	0,40%	0,00%	1,18%	–
Privatisierung der Eisenbahnbetriebe	2	1	1	0	4
	0,87%	0,40%	2,04%	0,00%	–
Privatisierung der Stromversorgung	3	0	0	0	3
	1,31%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Steuerrabatte/Subventionen abschaffen	2	1	0	0	3
	0,87%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Nahrungsmittelhilfe durch Lebensmittelgutscheine	3	0	0	0	3
	1,31%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten	2	1	0	0	3
	0,87%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Unternehmens- und Körperschaftssteuerreform	1	1	0	1	3
	0,44%	0,40%	0,00%	1,18%	–
Reform des Haushaltsrahmengesetzes	1	2	0	0	3
	0,44%	0,79%	0,00%	0,00%	–
Reform der Zusatzaltersvorsorge	1	1	0	0	2
	0,44%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Reform des Energiemarktes	2	0	0	0	2
	0,87%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Beschäftigungsanreize für kleine und mittelständische Unternehmen	1	0	1	0	2
	0,44%	0,00%	2,04%	0,00%	–
Anzahl der Ministerien auf 10 reduzieren	1	1	0	0	2
	0,44%	0,40%	0,00%	0,00%	–

Anhang 6: Fortsetzung

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Kostenfreie medizinische Versorgung	0	1	0	1	2
	0,00%	0,40%	0,00%	1,18%	–
Rückgabe eines Großteils der vom EFSF für die Rekapitalisierung der Banken gehaltenen Anleihen	0	0	2	0	2
	0,00%	0,00%	4,08%	0,00%	–
Verbesserung der Gesetzgebung zur Rückzahlung von Steuern	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Ausnahmen von der Mehrwertsteuererhöhung für Essen, Hotelgewerbe und Wasser	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Steuererhöhung für Glücksspiel und Lotterie	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Besteuerung griechischer Reeder/Tonnagesteuer	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Elektronischen Zahlungsverkehr ausbauen	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Reform des Verwaltungsaufwands	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Reform der Bagatellgebühren	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Progressive Erhöhung der Renten	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Vereinheitlichung aller Pensionsfonds	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–

Anhang 6: Fortsetzung

Reformvorschläge	Tagesschau	heute	Brennpunkt	ZDF spezial	Gesamt
Entlastung von Arbeitslosen, Niedriglohnempfängern, Niedrigrentnern, Kleineigentümern, Kleinaktionären und kleinen Anleihegläubigern	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Sonderkarte zur kostenfreien Beförderung	1	0	0	0	1
	0,44%	0,00%	0,00%	0,00%	–
Ausnahmen von der Mehrwertsteuer für Bücher, Medikamente und Theater	0	1	0	0	1
	0,00%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Einführung einer Großgrundsteuer (FMAP)	0	0	1	0	1
	0,00%	0,00%	2,04%	0,00%	–
Modernisierung der Bankrottgesetze	0	0	1	0	1
	0,00%	0,00%	2,04%	0,00%	–
Privatisierung der Staatslotterie	0	0	1	0	1
	0,00%	0,00%	2,04%	0,00%	–
Reform des Rechtsrahmens für Massenentlassungen	0	1	0	0	1
	0,00%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Schwarzarbeit bekämpfen	0	0	0	1	1
	0,00%	0,00%	0,00%	1,18%	–
Pfändungsregelungen ändern	0	1	0	0	1
	0,00%	0,40%	0,00%	0,00%	–
Unabhängigkeit für ELSTAT	0	0	0	1	1
	0,00%	0,00%	0,00%	1,18%	–

Quelle: eigene Darstellung.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1:	Zuschauer*innen und Marktanteile der Fernsehnachrichten in Deutschland.....	15
Tabelle 2:	Forschungsansätze zu Qualitätskriterien	19
Tabelle 3:	Anteil der Beiträge mit Attribuierungen von politischen Akteuren	52
Abbildung 1:	Qualitätsdimensionen und -kriterien	22
Abbildung 2:	Operationalisierung der Qualitätsdimensionen und -kriterien	32
Abbildung 3:	Anzahl der Beiträge in den Nachrichtensendungen	38
Abbildung 4:	Durchschnittliche Länge der Beiträge in den Nachrichtensendungen	39
Abbildung 5:	Anteil der Beiträge in den Untersuchungsmonaten im zeitlichen Verlauf.....	40
Abbildung 6:	Anzahl der Beiträge nach Sendungen im zeitlichen Verlauf.....	41
Abbildung 7:	Durchschnittliche Anzahl der Beiträge in den Nachrichtensendungen	42
Abbildung 8:	Positionierung von Beiträgen in den Nachrichtensendungen	43
Abbildung 9:	Beiträge an erster Position der Nachrichtensendungen im zeitlichen Verlauf.....	44
Abbildung 10:	Anteil der Beiträge differenziert nach Vielfalt der O-Ton-Geber*innen.....	45
Abbildung 11:	Anteil der Beiträge differenziert nach Vielfalt der O-Ton-Geber*innen und Sendung	46
Abbildung 12:	Anteil der Beiträge mit Nennung oder Darstellung von Akteuren	49
Abbildung 13:	Anteil der Beiträge mit Nennung oder Darstellung der griechischen und deutschen Regierung	50
Abbildung 14:	Anteil der Beiträge mit politischen Akteuren als Adressaten bzw. Sendern von Aussagen	51
Abbildung 15:	Länge der O-Töne der politischen Akteure in den Nachrichtenbeiträgen	53
Abbildung 16:	Länge der O-Töne der politischen Akteure in den Nachrichtensendungen	56
Abbildung 17:	Länge der Redezeit in Interviews in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“	57

Abbildung 18:	Anteil der Beiträge mit Bewertungen der deutschen und der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“	59
Abbildung 19:	Anteil der Beiträge mit unterschiedlichen Bewertungen der deutschen oder der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „heute“	61
Abbildung 20:	Anteil der Beiträge mit Bewertungen der deutschen oder der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Sendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“	62
Abbildung 21:	Anteil der Beiträge mit unterschiedlichen Bewertungen der deutschen und der griechischen Regierung durch Journalist*innen in den Sendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“	63
Abbildung 22:	Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren	65
Abbildung 23:	Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren in den Sendungen „Tagesschau“ und „heute“	67
Abbildung 24:	Anteil der Beiträge mit Wertungen von Akteuren in den Sondersendungen „Brennpunkt“ und „ZDF spezial“	70
Abbildung 25:	Länge der O-Töne mit Wertungen der griechischen Regierung in den Sendungen „heute“ und „Tagesschau“	73
Abbildung 26:	Länge der O-Töne mit Wertungen der griechischen Regierung in den Sondersendungen „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“	75
Abbildung 27:	Anteil der Beiträge nach Darstellungsform	78
Abbildung 28:	Anteil der Beiträge mit Bewertungen der griechischen oder der deutschen Regierung durch Journalist*innen nach Darstellungsform	79
Abbildung 29:	Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen	80
Abbildung 30:	Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Sendungen „heute“ und „Tagesschau“	81
Abbildung 31:	Anteil der Beiträge mit Wertungen durch Journalist*innen nach Darstellungsform in den Sondersendungen „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“	82

Abbildung 32:	Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern	85
Abbildung 33:	Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern in „heute“ und „Tagesschau“	87
Abbildung 34:	Anteil der Beiträge differenziert nach Politikfeldern in „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“	89
Abbildung 35:	Thematisierung von Reformen	90
Abbildung 36:	Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen	91
Abbildung 37:	Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen in „heute“ und „Tagesschau“	94
Abbildung 38:	Anteil der Beiträge mit Thematisierung einzelner Reformen in „ZDF spezial“ und „Brennpunkt“	96
Abbildung 39:	Anteil der Beiträge mit dem Thema Grexit im Zeitverlauf	99
Abbildung 40:	Anteil der Beiträge zum Thema Grexit in den Nachrichtensendungen	100
Anhang 1:	Gesamtlänge aller O-Töne und durchschnittliche Länge der einzelnen O-Töne von Akteuren in Nachrichtensendungen 2015	115
Anhang 2:	Gesamtlänge aller O-Töne und durchschnittliche Länge der einzelnen O-Töne von Akteuren in Nachrichtensendungen 2015 im Vergleich zwischen den Sendungen	115
Anhang 3:	Anzahl der Wertungen durch Journalist*innen nach Sendungen in 2015	116
Anhang 4:	Anzahl und Tonalität der O-Töne zur griechischen Regierung in Beiträgen 2015, unterschieden nach Beteiligung von O-Ton-Geber*innen an dieses O-Tönen	116
Anhang 5:	Länge der Berichterstattung in 2015 über einzelne Politikfelder	117
Anhang 6:	Anzahl der Beiträge mit spezifischen Reformvorschlägen zur griechischen Staatsschuldenkrise bzw. deren Anteil an allen Beiträgen der Sendungen in 2015	117

Hinweise zu den Autor*innen

Prof. Dr. Kim Otto ist Professor für Wirtschaftsjournalismus an der Universität Würzburg und forscht dort u. a. zur Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus. Als Journalist arbeitet er für das ARD-Politikmagazin „Monitor“ sowie für die Reihe „die story“. 2007 wurde er mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet. Er studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften und VWL in Duisburg und promovierte in Journalistik in Dortmund.

Andreas Köhler, M. A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Wirtschaftsjournalismus an der Universität Würzburg und forscht in den Bereichen Journalismus, politische Kommunikation und Social Media. Er studierte Politikwissenschaft, Medienwissenschaften und Soziologie an der Technischen Universität Braunschweig und ist Doktorand an der Universität der Bundeswehr in München.

Kristin Baars, B. A. ist wissenschaftliche Hilfskraft der Professur für Wirtschaftsjournalismus an der Universität Würzburg. Sie studierte Journalistik an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen.

Kim Otto, Andreas Köhler¹

Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise

Studie im Auftrag des
Instituts für Makroökonomie und
Konjunkturforschung (IMK) der
Hans-Böckler-Stiftung

Die Studie untersucht die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise im ersten Halbjahr 2015 in der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel bundesweiter Tageszeitungen sowie der Onlineplattform „Spiegel Online“. Mittels quantitativer Inhaltsanalyse der Artikel zur griechischen Staatsschuldenkrise wurden Berichterstattungsintensität, Anlässe, Akteure, Inhalte, Themen und Wertungen erfasst. Dies erlaubt Aussagen über deren Vielfalt, Ausgewogenheit, Neutralität und Tiefe sowie das Ausmaß der Europäisierung. Es zeigt sich, dass die Berichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise sehr stark regierungsgeprägt, mehrheitlich meinungsorientiert und wertend ist. Dabei wird die deutsche Regierung in den Artikeln viel weniger gewertet als die griechische. Es werden erheblich häufiger Aussagen über die griechische Regierung gemacht, als dass diese zu Wort kommt und in 26 Prozent der Artikel gehen Meinungen und Wertungen direkt von Journalisten aus, welche die Artikel verfasst haben. Insgesamt erfüllt die Berichterstattung nicht die erforderlichen Qualitätsstandards.

¹ Prof. Dr. Kim Otto & Andreas Köhler, M.A., Professur für Wirtschaftsjournalismus,
Universität Würzburg
Email: Kim.Otto@Uni-Wuerzburg.de, Andreas.Koehler1@Uni-Wuerzburg.de

- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie
(Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte
(Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner
(Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale
(Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format?
(Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks
(Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR
(Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends
(Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland
(Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen
(David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten
zu Beginn der 18. Wahlperiode
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR
(Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland
(Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie –
Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen
(Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze
(Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013
(Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6 Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste
(Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5 Wie sozial sind die Piraten?
(Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4 Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele
(Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3 Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen
(Anton Wundrak)
- Nr. 2 Werkverträge in der Arbeitswelt
(Andreas Koch)
- Nr. 1 Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland
(Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

■ OBS-Arbeitsheft 87

Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars

„Die Griechen provozieren!“

Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise

■ OBS-Arbeitsheft 86

Lutz Frühbrodt

Content Marketing

Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen

■ OBS-Arbeitsheft 85*

Sabine Ferenschild, Julia Schniewind

Folgen des Freihandels

Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten

■ OBS-Arbeitsheft 84*

Fritz Wolf

„Wir sind das Publikum!“

Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog

■ OBS-Arbeitsheft 83

Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre

Gewerkschaften im Aufwind?

Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland

■ OBS-Arbeitsheft 82

Silke Röbenack, Ingrid Artus

Betriebsräte im Aufbruch?

Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland

■ OBS-Arbeitsheft 81*

Bernd Gäbler

„... den Mächtigen unbequem sein“

Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine

■ OBS-Arbeitsheft 80*

Wolfgang Merkel

Nur schöner Schein?

Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis

■ OBS-Arbeitsheft 79*

Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann

„Das Unwort erklärt die Untat“

Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik

■ OBS-Arbeitsheft 78*

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz

Missbrauchte Politik

„Bild“ und „BamS“ im Bundestagswahlkampf 2013

■ OBS-Arbeitsheft 77*

Werner Rügemeier, Elmar Wigand

Union-Busting in Deutschland

Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitsheft 87

„Die Griechen provozieren!“

www.otto-brenner-stiftung.de